KONZERN

LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG

BETEILIGUNGSBERICHT

2020

Guten Tag,

mit der 17. Auflage des Beteiligungsberichts bieten wir auch im Jahr 2020 in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2019. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2019).

Der Bericht enthält Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter *www.landkreis-limburg-weilburg.de* erhältlich.
Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im November 2020

Michael Köberle
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1 Grundsätzliche Informationen 1

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht 1

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung 2

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen 3

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung 5

1.5 Übersicht der Beteiligungen 7

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe 9

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg 11

2.2 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg 27

2.3 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH 33

2.4 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. 45

2.5 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L. 47

2.6 Kreishallenbad Weilburg GmbH 49

2.7 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 53

2.8 Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH 63

3 Sparkassen 65

3.1 Kreissparkasse Limburg 67

3.2 Kreissparkasse Weilburg 75

3.3 Nassauische Sparkasse 83

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %) 87

4.1 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH 89

4.2 ZVN Finanz GmbH 97

4.3 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH 101

4.4 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH 113

4.5 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH 115

4.6 FrankfurtRheinMain GmbH 117

4.7 Nassauische Heimstätte 119

4.8 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG 121

4.9 Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG 123

4.10 Frankfurter Volksbank eG 125

5 Wasser- und Bodenverbände, Zweckverbände 127
5.1 Abwasserverband Christianshütte 129
5.2 Sparkassenzweckverband Nassau 133
5.3 Zweckverband Naturpark Taunus 135
5.4 Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg 137
5.5 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd 139
5.6 ekom21 141
6 Jobcenter 143
6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg 145
7 Mittelbare Beteiligungen 149
7.1 MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co.KG 151
7.2 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH 155
7.3 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH 157
7.4 Hallenbad Diez-Limburg GmbH 161
7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH 167
7.6 MVZ Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 171
7.7 clinicpartner eG 173
8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine 175
8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse 2019 177
9 Bürgschaften/ Darlehen 183

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:
Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Der Bericht ist seit dem Jahr 2020 nach einer Änderung der HGO innerhalb von 9 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zu erstellen. Aufgrund der Tatsache, dass nicht alle erforderlichen Jahresabschlüsse der im Bericht erwähnten Unternehmen bis zu diesem Termin veröffentlicht waren, konnte diese Frist nicht gehalten werden. Da bei einigen Beteiligungen immer noch keine Jahresabschlüsse veröffentlicht sind, wird teilweise auf vorläufiges Zahlenmaterial zurückgegriffen. Dies ist bei den entsprechenden Beteiligungen vermerkt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für das Unternehmen.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.
In diesen Bericht werden deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises

Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2018 bis 2019. Änderungen, die erst im Jahr 2020 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.
Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine

Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt.
Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d. h., nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz).
Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h., von der übrigen (Kreis-) Verwal-

tung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, dass der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe: die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva).
Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).
In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h., eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt - dar.
Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

Unternehmen	Stammkapital / Grundkapital / Hafteinlage / Stimmrecht	Anteil Landkreis / Beteiligung	Anteil in %	Gesellschafter / Träger
Beteiligungen				
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	971.454,58 €	971.454,58 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	25.850,00 €	25.850,00 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	25.000,00 €	25.000,00 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	25.000,00 €	25.000,00 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Kreishallenbad Weilburg GmbH	25.564,59 €	25.564,59 €	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	110.000,00 €	100.000,00 €	90,909 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH	25.600,00 €	12.800,00 €	50,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	103.000,00 €	15.450,00 €	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
ZVN Finanz GmbH	25.000,00 €	2.850,00 €	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	130.000,00 €	12.500,00 €	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Regionalmanagement Mittelhessen	25.000,00 €	1.351,00 €	5,404 %	Landkreis Limburg-Weilburg
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	690.244,04 €	25.564,59 €	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg
FrankfurtRheinMain GmbH	250.000,00 €	2.500,00 €	1,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	119.965.553,00 €	10.140,00 €	0,008 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	5.959.145,81 €	5.500,00 €	0,092 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG	1.410.606.433,67 € (Wert 2018)	250,00 €	< 0,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Frankfurter Volksbank eG	10.138.000.000,00 €	100,00 €	< 0,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Mittelbare Beteiligungen				
MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG	511.291,88 €	511.291,88 €	100,000 %	Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	25.564,59 €	25.564,59 €	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	26.000,00 €	6.500,00 €	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25.564,59 €	6.391,14 €	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg GmbH
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	25.000,00 €	25.000,00 €	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH
MVZ Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	25.000,00 €	25.000,00 €	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH
clinicpartner eG	Genossenschaft hat derzeit 64 Mitglieder	1 Stimmrechtsanteil	1,563 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Unternehmen	Stammkapital / Grundkapital / Hafteinlage / Stimmrecht	Anteil Landkreis / Beteiligung	Anteil in %	Gesellschafter / Träger
Sparkassen				
Kreissparkasse Limburg			100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Kreissparkasse Weilburg			100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Nassauische Sparkasse			100,000 %	Sparkassenzweckverband Nassau
Wasser- und Bodenverbände, Zweckverbände				
Abwasserverband Christianshütte	Stimmrechtsanteil orientiert sich nach Investitionskosten		54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Sparkassenzweckverband Nassau	Verbandsversammlung besteht aus 24 Vertretern	3 Vertreter	12,500 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Zweckverband „Naturpark Taunus“	Verbandsversammlung besteht aus 30 Vertretern	2 Vertreter	6,667 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	Kostenbeteiligung errechnet sich nach Einwohnerzahl und Viehbestand der Mitglieder	maßgebend ist der Bestand zum 30.06. des Vorjahres	3,667 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	Kostenbeteiligung errechnet sich nach Einwohnerzahl der Mitglieder	aktuell festgeschrieben bis 2021	3,129 %	Landkreis Limburg-Weilburg
ekom21 - KGRZ Hessen	Stimmrechtsanteil Mitglieder nach Jahresumsatz mit der ekom21	maßgebend ist der letzte geprüfte Jahresabschluss	1,076 %	Landkreis Limburg-Weilburg
Jobcenter				
Jobcenter Limburg			50,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg

2 Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach

Homepage: www.awb-lm.de

Rechtsform: Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg

Stammkapital: 971.454,58 Euro

Gesellschafter: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Gründungsjahr: 15.12.1995

Betriebssatzung: beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen ist die damit verfolgte Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Der öffentliche Zweck ist die zentrale kommunalrechtliche Legitimationsgrundlage für die Kommunalwirtschaft. Sein Erfordernis legt die Kommunalwirtschaft auf Gemeinwohlbelange fest. Notwendig ist, dass die wirtschaftliche Betätigung durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist.

Die erste bundeseinheitliche rechtliche Regelung wurde 1972 mit dem Erlass des Abfallbeseitigungsgesetzes geschaffen. Dieses wurde durch Überarbeitungen und Anpassungen zum geltenden Kreislaufwirtschaftsgesetz weiterentwickelt.

Gegenstand und Zweck des Unternehmens:

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sowie der Abfall- und Gebührensatzung sicher. Hierzu gehören folgende Aufgaben:

a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
d) die Abfallberatung,
e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung Bernd Caliari

Betriebskommission:

Jörg Sauer (ab 16. März 2019)	Vorsitzender
Helmut Jung (bis 15. März 2019)	Vorsitzender
Ruprecht Keller	
Doris Reifenberg	
Reinhold Ketter	
Valentin Bleul	
Burkhard Hölz	
Peter Trottmann	
Peter Rompf	
Kerstin Weyrich	
Michael Franz	
Horst Kaiser	
Oliver Jung	
Sebastian Jeuck	
Carmen Steger	

Bezüge
Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betrugen im Geschäftsjahr 2019 1.968,00 Euro. In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2019 in €**	**2018 in €**
Anlagevermögen	10.601.540,58	10.799.969,87
Immaterielle Vermögensgegenstände	170.262,50	154.495,50
Vorräte	35.016,00	30.509,00
Forderungen	7.808.869,60	2.980.118,88
Finanzeinlagen	52.807.939,82	52.000.000,00
Kassenbestand	4.402.813,51	7.212.760,66
Rechnungsabgrenzungsposten	43.627,78	23.897,50
Summe Aktiva	**75.870.069,77**	**73.225.615,20**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Stammkapital	971.454,58	971.454,58
Gewinnrücklagen	2.105.245,41	2.165.754,67
Gewinnvortrag	150.205,84	131.387,93
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-644.240,05	-41.691,35
Sonderposten mit Rücklageanteil	32.970,00	38.755,99
Rückstellungen	68.173.503,80	64.115.017,16
Verbindlichkeiten	5.080.930,19	5.838.916,22
Summe Passiva	**75.870.069,77**	**73.225.615,20**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Umsatzerlöse	20.783.977,06	20.668.008,60
+ sonstige betriebliche Erträge	66.790,47	113.693,85
- Materialaufwand	1.986.953,83	1.621.718,28
- Personalaufwand	1.874.462,89	1.865.189,39
- Abschreibungen	1.333.705,84	1.157.581,27
- sonstige betriebliche Aufwendungen	16.985.214,12	16.925.116,52
+ Erträge aus Wertpapieren	862.432,14	963.798,52
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.371,96	4.033,20
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	169.099,49	190.677,56
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.693,93	16.008,20
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	16.069,40	14.936,30
Jahresgewinn/-fehlbetrag	**-644.240,05**	**41.691,35**

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

Allgemeines

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 15.12.1995 wurden die dem Landkreis obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf den mit Wirkung zum 01.01.1996 geschaffenen Abfallwirtschaftsbetrieb AWB) des Landkreises Limburg-Weilburg übertragen.
Der AWB wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

Einrichtungen

Der AWB betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt die Behandlung der Restabfälle im mechanisch-biologischen Verfahren in der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG, Rennerod.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Hausmüll, Sperrmüll, Bauschutt, Erde, Asbestabfälle, Bitumenabfälle, Mineralfaserabfälle, HBCD-haltige Dämmmaterialien, Altholz, Metall, Papier und Pappe, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststoffe, Flachglas, Autobatterien, CDs, DVDs, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien sowie Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser) und Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen, Solarmodule und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Mit der Inbetriebnahme der neu angeschafften Gasverwertungsanlage wird jetzt neben der Entgasung der Deponie auch die Gasverwertung in Eigenregie des AWB durchgeführt. Seit dem Jahr 2018 wird ein Teil des erzeugten Stroms in den Einrichtungen des AWB selbst verbraucht.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die kreiseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach. Am Kompostwerk Beselich werden derzeit umfangreiche Baumaßnahmen zur Ertüchtigung des Werkes durchgeführt.

Seit dem Jahr 2016 werden die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten vom Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung durchgeführt.

Seit dem Jahr 2017 wird das gesammelte Altpapier von der Bördner GmbH Städtereinigung einer Verwertung zugeführt.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die Bördner GmbH Städtereinigung eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2018 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft zerlegt.

Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2019 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg” vom 14. Dezember 2018 erhoben.

Seit dem 01.07.2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 18.901 T€. Hiervon entfielen 18.373 T€ auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll (inkl. Verkauf von Abfallsäcken), 409 T€ auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 119 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 450 T€ über der Einnahme des Jahres 2018.

Abfallmengen

Im Jahr 2019 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 94.169 Mg Abfall überlassen. Dies sind 1.127 Mg mehr als im Jahr 2018.

Von dieser Menge wurden 46.329 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 368 Mg gesunken. Im Jahr 2019 wurden 22.621 Mg Bioabfall (minus 708 Mg), 12.953 Mg Altpapier (minus 135 Mg), 3.557 Mg Altglas (plus 25 Mg), 4.154 Mg Verkaufsverpackungen (plus 111 Mg) und 1.489 Mg Haushaltsgeräte (minus 53 Mg) gesammelt und verwertet.
Weiterhin wurden 1.553 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 49 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 44.541 Mg an gemischten Abfällen überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Zunahme von 85 Mg. Von dieser Menge entfielen 38.230 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 6.234 Mg auf Sperrmüll.

Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 36.756 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt. Aus dieser Menge konnten 21.277 Mg Ersatzbrennstoff und 1.513 Mg Altmetalle gewonnen werden. 3.687 Mg verblieben als mineralischer Rest und wurden beseitigt. Die Differenz zur Ausgangsmenge entfällt auf das während der Behandlung verdunstete Wasser.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in zehn Materialfraktionen sortiert. Von den Sortierfraktionen wurden 151 Mg Abfall einer stofflichen und 6.083 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt.

Über die Sonderabfall-Kleinmengensammlung wurden 93,7 Mg Schadstoffe erfasst. Von dieser Menge wurden 31 Mg (Batterien, Öle, Fette und Fotochemikalien) einer Verwertung zugeführt.

Von der im Jahr 2019 überlassenen Menge von 94.169 Mg Abfall konnten 90.191 Mg verwertet werden. 3.978 Mg wurden beseitigt, davon 3.210 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselich.

Personal

Der Stellenplan 2018/19 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 34 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 5 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleiter), 10 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 16 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren zum Stichtag 1. Oktober 2019 alle Stellen besetzt.

Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Im Jahr 2019 betrug der Personalaufwand 1.858 T€, davon entfallen 1.436 T€ auf Gehälter und 422 T€ auf den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse.

Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 4 T€ verausgabt.

Stand der Bauvorhaben

Zum Jahresende 2018 wurde der Neubau des Verwaltungsgebäudes einschließlich des neuen Waagebüros fertiggestellt. Die Sanierung des AWB-Eingangsbereichs konnte im Frühjahr 2019 abgeschlossen werden.

Als nächste Deponiebau Maßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie ebenfalls ein Bestandteil der Nachsorge.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

Vermögenslage

Das Stammkapital des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich auf 971.454,58 Euro. Die Gebührenausgleichsrücklage aus den Vorjahren beläuft sich auf 2.105.245,41 Euro der Gewinnvortrag Photovoltaikanlagen/Gasmotor auf 150.205,84 Euro. Insofern ergibt sich per 31.12.2019 unter Berücksichtigung des Verlustes aus dem Wirtschaftsjahr 2019 von 644.240,55 Euro ein positiver Kapitalbetrag in Höhe von 2.582.665,78 Euro. Die in der Bilanz zum 31.12.2019 passivierten zweckgebundenen Sonderposten mit Rücklageanteil aus erhaltenen Zuschüssen betragen 32.970,00 Euro.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens und sonstigen liquiden Mitteln beträgt 4.402.813,51 Euro (Vorjahr: 7.212.760,66 Euro). Der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens hat sich von 52.000.000 Euro auf 50.000.000,00 Euro vermindert.

Mit notariellem Vertrag vom 6. März 2019 hat der Landkreis Limburg-Weilburg 50 % der Anteile an der Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH sowie 50 % der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG erworben. Diese Beteiligung wird im Sondervermögen des AWB bilanziert. Im Jahr 2019 wurden auf diesen Beteiligungserwerb 2.807.939,82 € verausgabt.

Daneben haben sich die Verbindlichkeiten an Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 264.279,82 Euro auf 3.248.030,69 Euro vermindert.

Die Summe der Rückstellungen beläuft sich auf 68.173.503,80 Euro. Hiervon entfallen auf die Rückstellung für die Nachsorge und Rekultivierung der Deponie 67.671.731,80 Euro. Für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaub, Überstunden, Archivierungskosten und Steuern wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 153.660 Euro gebildet. Für den Rückbau der Kompostierungsanlage Gräveneck nach Aufgabe einer dauerhaften Nutzung wurde eine Rückstellung in Höhe von 290.062,000 €, für den Rückbau der Photovoltaikanlagen wurde eine Rückstellung in Höhe von 58.050,00 € gebildet.

Gegenüber dem Landkreis Limburg-Weilburg besteht zum 31.12.2019 eine Verbindlichkeit aus den Verrechnungen der Debitoren und Kreditoren in Höhe von 232.879,55 T€. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen kurzfristigen Verpflichtungen bestehen in Höhe von 1.191 T€.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 116 T€ auf 20.784 T€ gestiegen.

Die Gesamterträge einschließlich der Zinsen beliefen sich 2019 auf 21.715 T€ und lagen damit 128 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes.

Die bezogenen Leistungen liegen mit einem Gesamtvolumen i.H.v. 1.923 T€ ca. 360 T€ über dem Planansatz. Diese Überschreitung ist im Wesentlichen auf die Betreiberentgelte für die Kompostanlagen zurückzuführen wobei Einsparungen für die Sickerwasserreinigung dem gegenüber standen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden 36 T€ geringere Aufwendungen gegenüber dem Planansatz verbucht.

Gegenüber dem Planansatz wurden bei den Personalkosten 28 T€ höhere Aufwendungen, dem gegenüber bei den Abschreibungen 74 T€ geringere Aufwendungen realisiert.

Der Gesamtbetrag der Aufwendungen liegt mit 22.359 T€ ca. 30 T€ unter dem Planansatz von 22.389 T€.

Die Abschreibungen wurden 2019 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter bzw. auf den voraussichtlichen Schließungstermin der Deponie im Jahre 2020 ermittelt.

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 644 T€. Er liegt damit um 158 T€ unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 802 T€.

Ausblick und Risikoabschätzung

Gebühren

Die Erhebung der Gebühren erfolgt im Jahr 2020 auf Basis der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg (Abfall- und Gebührensatzung) vom 6. Dezember 2019. Diese Gebühren wurden analog zu den durch das Büro Schüllermann und Partner für das Jahr 2007 kalkulierten Gebührensätzen errechnet. Dabei wurden die Vorgaben aus dem Beschluss des VGH vom 8. September 2005 berücksichtigt. Für das Jahr 2020 ergaben sich im Bereich der Haushalte um 0,12 € niedrigere personenbezogene Gebühren.

Im Rahmen des vom Landkreis für die Jahre 2020 und 2021 aufgestellten Doppelhaushalts hat auch der AWB eine Planung für diese zwei Jahre erstellt. Für das Wirtschaftsjahr 2020 sind 22.282.000 € Gesamterträge geplant. Denen stehen Aufwendungen von 23.658.950 € gegenüber. Somit ist ein Verlust in Höhe von 1.376.950 € geplant. Dieser Verlust kann aus der Gebührenausgleichsrücklage abgedeckt werden.

Für das Jahr 2020 sind Investitionen in Höhe von 9.045.000 T€ vorgesehen. Im Jahr 2019 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in das laufende Jahr verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Entsorgungsanlagen, Gebäude und Betriebsausstattung.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand. Es ist keine Kreditaufnahme erforderlich.

In welchem Umfang eine Gebührenanpassung für das Jahr 2021 notwendig ist, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag jeweils bis zum 1.Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den schon verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden.

In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht, der Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2019 ein Betrag in Höhe von 6.249 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit muss für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 71.713 T€ erwirtschaftet werden. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponienachsorge auf einen Betrag von 67.672 T€. Zum 31. Dezember 2019 besteht noch eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 71.713 T€ in Höhe von 4.041 T€. Dieser Betrag soll im Jahr 2020 erwirtschaftet werden.

Es erfolgt eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Aktualisierung des Kosten- und Ausgabenplans.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten Finanzmittel sind zu etwa 56 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfond des Bundesverbandes deutscher Banken angehören, angelegt worden. Ca. 18 Prozent sind als festverzinsliche Anlagen bei Instituten angelegt, die dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angehören. Die übrigen 26 Prozent wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden oder in Gebäude, Fahrzeuge, Maschinen des AWB und Beteiligungen an der MBS-Anlage investiert.

Aufgrund der Reform des freiwilligen Einlagensicherungsfonds der deutschen Banken wurden Bund, Länder und Kommunen mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 als professionelle Investoren eingestuft und Einlagen dieser Anleger ab diesem Datum nicht mehr vollumfänglich geschützt. Die vor dem 1. Oktober 2017 getätigten Einlagen genießen Bestandsschutz.

Aus diesem Grund werden ab diesem Datum Finanzanlagen nur bei Kreditinstituten getätigt, die über die gesetzlich vorgeschriebene Einlagensicherung hinaus durch den Haftungsverbund ihrer Mitgliedsinstitute eine weitere Sicherheit bieten. Dies sind Geldinstitute, die dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken oder dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands angehören. Erfahrungsgemäß liegen die Zinssätze der diesen Sicherungseinrichtungen angeschlossenen Institute deutlich unter denen der privaten Banken. Somit ist mittelfristig ein Rückgang der Zinserträge aus den angelegten Rückstellungen zu erwarten.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Vorbehandlung der Restabfälle im mechanisch-biologischen Verfahren zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof Umwelttech-

nik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind: das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %, die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 % und der Westerwaldkreis mit 26 % der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Bei der mechanisch-biologische Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg-Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114,00 € je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft inzwischen die Verarbeitungsentgelte zum 1. April 2015 auf netto 86,00 € je Tonne vermindern. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Ab dem 1. April 2020 beträgt das Entgelt netto 94,95 € je Tonne.

Vor dem Hintergrund, dass die Behandlungsverträge der Landkreise Westerwaldkreis und Limburg-Weilburg mit der MBS-Anlage Westerwald im März bzw. Mai 2020 auslaufen, haben die beiden privatwirtschaftlichen Mitgesellschafter den Verkauf ihrer Gesellschaftsanteile angeboten. Nach Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Grundlagen sowie der kommunal-, gesellschafts-, vergabe-, gemeindewirtschafts-, kommunal-, preis- und arbeitsrechtlichen Aspekte haben die Landkreise Westerwald und Limburg-

Weilburg zum Stichtag 31. Dezember 2018 je 50 % der Gesellschaftsanteile erworben. Die Kaufpreiszahlung in Höhe von 2,75 Mio. € erfolgte am 17. April 2019.

Im nächsten Schritt müssen die Gremien des Landkreises Limburg-Weilburg noch formell beschließen, die MBS-Anlage-Westerwald GmbH & Co. KG weiterhin mit der Behandlung der Restabfälle zu beauftragen. In diesem Zusammenhang wird die Sperrmüllbehandlung zukünftig getrennt von der Restabfallbehandlung abgerechnet werden. Eine erste Ausschreibung der MBS Anlage für die Sperrmüllmengen aus dem Landkreis Limburg-Weilburg hat einen Behandlungspreis von 127,00 €/Mg (netto) erbracht. Bei ca. 6.000 Mg ergeben sich zukünftig für die Sperrmüllentsorgung somit ca. 198.000 € Mehrkosten pro Jahr.

Abfalleinsammlung

Im Jahr 2016 hat die Fa. Remondis 100% der Gesellschaftsanteile an der Fa. Bördner Städtereinigung erworben. In Hinblick auf zukünftige Ausschreibungen im Bereich der Abfallsammlung ist zu beobachten, wie sich der Markt in diesem Bereich entwickelt. Bereits bei der im Jahr 2015 durchgeführten Ausschreibung der Sammlung und des Transports von Rest- und Bioabfall, Altpapier sowie Sperrmüll und Gehölzschnitt haben nur noch drei bzw. vier Unternehmen Angebote eingereicht. Bei Ausschreibung der gleichen Leistung im Jahr 2008 waren es noch fünf bzw. sechs Anbieter. Bis zur nächsten Ausschreibung sollen die Kosten für eine Eigenerledigung von Sammelleistungen ermittelt werden. Auf Basis einer eigenen Kalkulation soll dann entschieden werden, ob die jeweilige Leistung ausgeschrieben und durch Dritte erbracht oder selbst durchgeführt werden soll. Zur Ermittlung der gefäßbezogenen Basisdaten, wie z. B. die genaue Anzahl der Abfallgefäße, deren räumliche Verteilung sowie der Bereitstellungsgrad der Gefäße ist die Identifikation der Abfallgefäße erforderlich. Hierzu wurde ein externes Unternehmen mit der Gefäßidentifikation beauftragt, das im zweiten Halbjahr 2018 etwa 95 Prozent der Abfallgefäße mit Transpondern ausstatten konnte. Die dabei nicht ausgestatteten Gefäße müssen durch den AWB nachgerüstet werden.

Das Unternehmen Bördner hat zum 1. Januar 2019 für die Abfallsammlung eine Preisanpassung in Höhe von ca. 3,9 % geltend gemacht hat, da die vertragliche Regelung einer mindestens zweiprozentigen Abweichung gegenüber dem bestehenden Preis erfüllt ist. Dies ist die erste Preisanpassung für den seit dem Jahr 2016 laufenden Vertrag. Die jährliche Mehrbelastung beträgt ca. 86.000 €.

Wertstofferfassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt seit dem 1. Januar 2015 u. a. die getrennte Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor. Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit.

Nachdem es der Gesetzgebung nicht gelungen ist, ein Wertstoffgesetz umzusetzen, wurde das Verpackungsgesetz verabschiedet. Dieses hat seit dem 1. Januar 2019 die Verpackungsverordnung ersetzt. Neu im Verpackungsgesetz ist unter anderem, dass die Gebietskörperschaften verpflichtet werden, den bei der Sammlung von Altpapier erfassten Anteil an Verkaufsverpackungen an die dualen Systeme herauszugeben. Auf Grundlage der früheren Rechtslage und Rechtsprechung konnten die Gebietskörperschaften

davon ausgehen, dass sie Eigentümer des Altpapiers sind. Vor diesem Hintergrund konnte das seit dem Jahr 2016 praktizierte Verfahren, dass der AWB die gesamte Altpapiermenge vermarktet, nicht fortgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund der absehbar geänderten Rechtslage und aufgrund der Tatsache, dass seit Beginn des Jahres 2016 keines der dualen Systeme das Unternehmen Bördner mit der Einsammlung der anteiligen Papierverpackungen beauftragt hatte, sind das Unternehmen Bördner und ein duales System im Mai 2017 an den AWB herangetreten, um eine Lösung zu finden.

Im Januar 2018 wurde dann mit dem Unternehmen Bördner rückwirkend zum 1. Januar 2016 eine Nachtragsvereinbarung für die Dauer des Papiersammelvertrages geschlossen. Diese Vereinbarung sieht vor, dass der AWB der Fa. Bördner eine Rückvergütung aus der Verwertung der Verkaufsverpackungen für die Mengenanteile derjenigen dualen Systeme gewährt, die mit dem Unternehmen Bördner eine entsprechende Kostenbeteiligung vereinbart haben. Im Gegenzug erhält der AWB vom Unternehmen Bördner einen Betrag für die Mitbenutzung des Erfassungssystems „blaue Tonne“. Die Auszahlung dieses Mitbenutzungsentgelts in Höhe von jährlich 86.000 € erfolgt gleichfalls entsprechend der Mengenanteile derjenigen dualen Systeme, die mit dem Unternehmen Bördner eine Kostenbeteiligung vereinbart haben. Für die Jahre 2016 und 2017 konnte Bördner mit 8 von 11 dualen Systemen eine Vereinbarung zur Beteiligung an den Sammelkosten vereinbaren. Im Frühjahr 2019 konnte das Unternehmen Bördner mit allen am Markt tätigen dualen Systemen eine vertragliche Regelung nachweisen.

Sollte ein Betreiber eines dualen Systems die körperliche Herausgabe von Verkaufsverpackungen aus PPK vor einem Gericht durchsetzen, wird die Nachtragsvereinbarung hinfällig und muss rückabgewickelt werden.

Eine weitere Folge des Verpackungsgesetzes besteht darin, dass die bestehende Abstimmungserklärung über das Sammelsystem aus dem Jahr 1991 ausläuft und eine neue Abstimmung herbeigeführt werden muss. Unter Berücksichtigung einer möglichen zweijährigen Übergangsfrist ab Inkrafttreten des Gesetzes sollte eine neue Abstimmungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2020 geschlossen werden. Zwecks Verhandlung einer neuen Abstimmungserklärung müssen die dualen Systeme gemeinsame Vertreter benennen. Diese verhandeln dann mit den einzelnen Gebietskörperschaften die neuen Vereinbarungen und sind für spätere Änderungen von Abstimmungsvereinbarungen zuständig. Das erzielte Ergebnis mit der Gebietskörperschaft bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der dualen Systeme. Zudem müssen auch die Nebenentgelte für Abfallberatung und Bereitstellung von Containerstandplätzen neu verhandelt werden.

Ende Mai 2019 hat das duale System Reclay Systems mitgeteilt, dass es als gemeinsamer Vertreter der dualen Systeme ausgelost wurde und die Verhandlungen zum Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit dem Landkreis Limburg-Weilburg führen wird. Diese Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt und sollen im Jahr 2020 abgeschlossen werden.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen sind erfüllt.

In den Jahren 2012 und 2013 hat sich die Betriebskommission intensiv mit der Bioabfallvergärung beschäftigt. Durch den Einsatz dieser Technik sollten die Geruchsemissionen aus der Kompostierungsanlage deutlich vermindert werden. Da mit der Standortgemeinde kein Einvernehmen über den Bau einer Vergärungsanlage erzielt werden konnte, hat die Betriebskommission im Januar 2016 die Verlängerung des Vertrages über die Planung, Errichtung und Betrieb eines Kompostwerks zu verminderten Entgelten um drei Jahre bis zum 30.09.2020 beschlossen, um weitere Zeit für eine Entscheidungsfindung über die zukünftige Bioabfallbehandlung zu gewinnen.

Im Oktober 2016 hat das Regierungspräsidium Gießen der Herhof Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG als Betreiberin der Kompostierungsanlage eine nachträgliche Anordnung zur Sanierung der Anlage und Minderung der Geruchsemissionen zugestellt. Kernpunkt dieser Anordnung ist die Vorgabe, dass zukünftig kein Kompost und keine Nebenprodukte mit einem Rottegrad kleiner III (Frischkompost) außerhalb geschlossener Einrichtungen behandelt oder gelagert werden dürfen. Diese Vorgabe ergibt sich auch aus den Regelungen, die in der in Beratung befindlichen Neufassung der technischen Anleitung Luft (TA Luft) vorgesehen sind. Inwieweit die im Raum stehende Anordnung Vorgaben hinsichtlich des Rottegrades schon jetzt beinhalten darf, wird zwar juristisch unterschiedlich bewertet. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Vorgaben nach Fertigstellung der Maßnahme ohnehin gelten werden.

Nach Prüfung möglicher Alternativen hat sich die Betriebskommission des AWB für eine Ertüchtigung des Kompostwerkes ausgesprochen. Mit der Betreiberin wurde ein schrittweises Vorgehen besprochen und zunächst eine Vereinbarung über die Erstellung der Genehmigungsplanung geschlossen. Diese Planung kommt zu dem Ergebnis, dass die Kompostanlage nach entsprechender Ertüchtigung für ca. 6,7 Mio. € weitere 15 Jahre betrieben werden kann. Nachdem ein externer Gutachter die vorgelegte Planung hinsichtlich der technischen Eignung, der Angemessenheit und Auskömmlichkeit der kalkulierten Investitionsund Betriebskosten bestätigt hat, wurde das Unternehmen Herhof mit der Ertüchtigung des Kompostwerkes beauftragt. Hierzu wurde mit dem Unternehmen Herhof eine Vereinbarung geschlossen, die als wesentliche Punkte die Ertüchtigung zu einem Festpreis von 6.736.590 € festschreibt, wobei der AWB dem Unternehmen in gleicher Höhe ein zinsloses Darlehen gewährt.

Nach Abschluss der Ertüchtigungsarbeiten im Bestand der Anlage hat das Unternehmen Herhof mit Schreiben vom 3. Juni 2019 Mehrkosten bei der Bauausführung in Höhe von brutto rund 790.000 € angemeldet. Dieses Schreiben und die beigefügten Unterlagen zu den Entstehungsbereichen der Mehrkosten werden derzeit geprüft. Anschließend wird das weitere Vorgehen in der Betriebskommission beraten.

Inzwischen konnte die Gesamtmaßnahme fertiggestellt werden. Der Betrieb des ertüchtigten Kompostwerks Niederstein wird im Frühjahr 2020 ausgeschrieben und die Vergabe des Auftrags ist für Juni 2020 vorgesehen

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 255 € je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des 1995 genehmigten Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurde. Vielmehr hält die Behörde aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses letzten Teilabschnitts eine erneute Genehmigung für erforderlich. Die Argumentation der Behörde wird derzeit geprüft und das weitere Vorgehen festgelegt. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung auch im Jahr 2020 nicht mehr möglich.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwerte sicher ein.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Mit dem Betrieb dieses Motors im Rahmen eines Betreibermodells war das Unternehmen Pro2 Anlagentechnik GmbH bis zur Inbetriebnahme des neuen Gasmotors im Dezember 2016 beauftragt. Seit diesem Zeitpunkt erfolgt die Gasverwertung in Eigenregie des AWB. Für den Zeitraum von fünf Jahren ist das Unternehmen Pro2 als Lieferant mit der Wartung des neuen Motors beauftragt.

Infolge des Zusammenschlusses mit anderen Unternehmen ist das Unternehmen Pro2 jetzt Teil der SERCOO-Group, die als Serviceunternehmen im Bereich erneuerbare Energien tätig ist. Die Wartungsaufgaben am BHKW des AWB werden seit Anfang dieses Jahres vom SERCOO-Group Mitgliedsunternehmen Bücker & Essing aus Lingen (Ems) durchgeführt. Die vorhandene Hochtemperaturfackel kann bei Ausfall des Gasmotors weiterhin genutzt werden. Mit der Neuanschaffung der Gasverwertungsanlage und der Übernahme des Betriebs durch den AWB soll auch bei der abzusehenden rückläufigen Deponiegasentwicklung ein wirtschaftlicher Einsatz bei ordnungsgemäßer Entgasung der Deponie ermöglicht werden.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein, den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft. Für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich wurde in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage (Betriebsgebäude Südwest) ein Schwarz-Weiß-Bereich eingerichtet. Hallen- und Freiflächen der ehemaligen Sortieranlage werden im Rahmen des zum 1. Januar 2016 übernommenen Behältermanagements genutzt.
Sie dienen zur Unterstellung von Fahrzeugen und zur Lagerung, Reinigung und Reparatur von Abfallgefäßen.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage wurde das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude durch ein in Passivhaustechnik errichtetes Gebäude ersetzt und mit dem in den 1980er Jahren erbauten Betriebsgebäude, das um einen modernen Waagebereich erweitert wurde, zu einem Gesamtkomplex verbunden. Die Baumaßnahme einschließlich der Umgestaltung des Eingangsbereichs mit neuer Tor- und Schrankenanlage wurde Anfang 2019 abgeschlossen.

Das ehemalige Kraftwerksgebäude wurde von der Kreisverwaltung umgebaut und wird seit dem Jahr 2018 von den Kreisgärtnern genutzt.

Standortgemeinde Beselich

In dem Schiedsverfahren zwischen dem Landkreis und der Standortgemeinde haben sich beide Parteien am 7. September 2016 auf einen Schiedsspruch geeinigt.

Dieser sieht die schrittweise Absenkung der in § 3 Absatz 1 lit.b des Vertrages über die Nutzung der Kreisabfalldeponie Beselich festgesetzten Ausgleichszahlung an die Gemeinde bis auf 50% in den Jahren 2019 und 2020 vor. Gleichzeitig verpflichtet sich der Landkreis, bis zum Ende des Jahres 2020 Abfälle auf der Kreisabfalldeponie abzulagern.

Sofern der Landkreis die Abfallablagerung über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen möchte, haben die Parteien ihre Bereitschaft erklärt, Verhandlungen über eine Neuregelung der Ausgleichszahlung für den Zeitraum nach dem Jahr 2020 zu führen. Sollte bei diesen Verhandlungen keine einvernehmliche Lösung erreicht werden und der Landkreis die Ablagerung fortsetzen, so ist die Ausgleichszahlung auf der oben genannten Basis von 50% weiterhin zu entrichten. Dies entspricht einer Jahressumme von etwa 500.000 €.

2.2 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 27. April 2012	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (EGW) übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen und der wald- und forstwirtschaftlichen Flächen.

Die Bewirtschaftung beinhaltet den Kauf, die Anmietung und Vermietung von Immobilien, die Planung, die Errichtung, den Neubau, den Um- und Ausbau, die Erweiterung, die Sanierung, die Nutzung, den Betrieb, die Unterhaltung, die Instandhaltung und Wartung, die Modernisierung, die Verwertung und Verkauf von Immobilien des Landkreises Limburg-Weilburg.

Nicht zu den Aufgaben des EGW gehören die laufende Unterhaltsreinigung der Immobilien und die Organisation der Hausmeisteraufgaben. Insofern sind dem EGW derzeit keine Reinigungskräfte bzw. Hausmeister zugeordnet.

Der EGW verwaltet insgesamt 78 Immobilienstandorte. Davon dienen 67 Immobilien schulischen Zwecken (einschließlich Sporthallen), acht Immobilien Verwaltungszwecken und drei Immobilien sonstigen Zwecken (z.B. Garagen, Parkplätze, etc.).

Nachdem im Juni 2015 bzw. Juni 2016 die Immobilien aus den beiden „Sale and lease back-Geschäften“ zurückgekauft wurden, befinden sich nun per 31. Dezember 2016 im

Eigentum des EGW 70 Immobilien (66 Schulen bzw. Sporthallen und vier zu sonstigen Zwecken genutzte Immobilien). Gemietet sind sieben Immobilien (zwei Schulen von den jeweiligen Standortgemeinden, fünf Immobilien für Verwaltungszwecke und zwei Immobilien für sonstige Zwecke) und eine Immobilie befindet sich im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages auf fremden Grund und Boden.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Michael Lohr	Kaufmännischer Betriebsleiter
	Albrecht Heckelmann	Technischer Betriebsleiter

Betriebskommission	Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
	Jörg Sauer, Erster Kreisbeigeordneter (ab 16. März 2019)	
	Helmut Jung (bis 15. März 2019)	
	Ruprecht Keller	
	Karl-Heinz Stoll	
	Heinz Valentin	
	Andreas Bendel	
	Wolfgang Erk (bis 12. April 2019)	
	Ingrid Friedrich	
	Norbert Haberhauer	
	Willi Hamm	
	Tobias Kress	
	Karl Nießler	
	Dr. Frank Schmidt	
	Peter Trottmann	
	Michael Uhl	
	Kerstin Weyrich	
	Manfred Weyl (bis 22. Oktober 2019)	

Die Neubesetzung von ausgeschiedenen Betriebskommissionsmitgliedern ist erst in 2020 erfolgt.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	13.015,26	1.959,53
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	334.388.411,26	333.491.928,28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.691.063,66	5.371.906,23
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.303.165,40	9.524.891,46
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	72.428,00	62.040,90
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	106.591,99	246.655,04
Sonstige Vermögensgegenstände	115.473,62	93.928,01
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.237.823,53	2.600.904,11
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.377.728,30	1.696.061,57
SUMME AKTIVA	**351.305.701,02**	**353.090.275,13**
Passiva		
A. Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Allgemeine Rücklage	130.938.158,03	130.931.092,53
Gewinn/ Verlust	11.830,84	7.065,50
B. Sonderposten		
Sonderposten für Zuweisungen	79.432.802,64	75.914.399,89
C. Rückstellungen		
Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.	3.530.097,00	2.747.138,00
Sonstige Rückstellungen	377.797,09	411.752,75
D. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	133.579.234,16	139.510.896,72
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.693.113,73	1.646.232,10
Verbindlichkeiten ggü. dem Landkreis	652.957,56	829.334,39
Sonstige Verbindlichkeiten	89.709,97	62.363,25
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
SUMME PASSIVA	**351.305.701,02**	**353.090.275,13**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
+ Umsatzerlöse	23.315.593,99	22.377.343,88
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.921.304,82	1.746.618,15
- Materialaufwand	-5.008.435,72	-4.762.368,20
- Personalaufwand	-2.581.597,11	-2.009.239,52
- Abschreibungen	-10.566.549,89	-10.423.769,27
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.885.790,94	-3.620.214,41
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	222,94	359,32
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.181.570,03	-3.299.945,10
- Sonstige Steuern	-1.347,22	-1.360,03
= Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**11.830,84**	**7.065,50**

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Vermögens- und Finanzlage

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft schließt das Jahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 11.830,84 € ab. Die Eigenkapitalquote beträgt 37,6 %. Das Anlagevermögen ist vollständig langfristig finanziert.

Ertragslage

Über die Entwicklung der wesentlichen Hauptgruppen soll die unten aufgeführte Tabelle Auskunft geben:

	2019 EUR
Umsatzerlöse	23.315.593,99
Sonstige betriebliche Erträge	1.921.304,82
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	222,94

Im Jahr 2019 fanden keine Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen seitens des Landkreises Limburg-Weilburg statt. Es ergaben sich somit keine direkten Auswirkungen auf die Haushaltsführung des Landkreises Limburg-Weilburg.

Künftige Entwicklung und Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Geplante Projekte

Als neu zu beginnende Baumaßnahmen sind mit den Ansätzen 2020 für das folgende Wirtschaftsjahr insbesondere zu nennen:

- Erweiterung Betreuung/Mensa Grundschule Staffel
- Anbau Betreuung Grundschule Offheim
- Modernisierung Sporthalle Heinrich-v.-Gagern-Schule Weilburg
- Dachsanierung Ausbildungszentrum Friedrich-Dessauer-Schule Limburg
- Sanierung Gebäude C II.BA Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg
- Festverbundene Maschinentechnik Gebäude C Wilhelm-Knapp-Schule Weilburg

Weitere Sanierungsmaßnahmen in den Turn- und Sporthallen sowie Schulgebäuden werden im Rahmen der KIP Programme 2018 bis 2022 abgewickelt.

Risiken der künftigen Entwicklung

Nach dem Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes KIP I (2016 – Energetische Sanierung, Investitionsaufkommen 10,5 Mio. €) hat das Land Hessen zusammen mit dem Bund ein weiteres Investitionsprogramm KIP II- "KIP macht Schule" aufgelegt. Dies ermöglicht den öffentlichen Schulträgern weitere Investitionen in die Schulinfrastruktur.

Dem Landkreis Limburg-Weilburg steht durch KIP II ein Investitionsvolumen von 20.750.157 € zur Verfügung. 15.562.618 € fließen als Zuschuss des Bundes. Für den kommunalen Eigenanteil in Höhe von 5.187.539 € stellt das Land Hessen Darlehen über die WiBank Hessen zur Verfügung. Dies entspricht einem Bundeszuschuss von 75 % der förderfähigen Kosten.

Mit den Sanierungsarbeiten wurde im Jahr 2018 begonnen und die Abwicklung ist bis zum Ende des Jahres 2022 vorgesehen. Für die erforderlichen neuen und bereits begonnenen Baumaßnahmen sind für das Wirtschaftsjahr 2020 Mittel für Investitionen in Höhe von 5,275 Mio. € vorgesehen. Trotz der in den vergangenen Jahren sehr hohen Investitionstätigkeit besteht nach wie vor noch Sanierungsbedarf an den Schulen und Sporthallen.

Nach wie vor nimmt der Schulbau großen Einfluss auf die Qualität unseres Bildungssystems. Denn gute Schulbauten spielen als Lernumgebung eine wichtige Rolle für die Qualität von Bildung. Inklusion und der rhythmisierte Ganztag stellen dabei viele neue Anforderungen an Schule und Unterricht. Aus diesem Grunde sind diese Investitionstätigkeiten in den nächsten Jahren erforderlich. Ferner müssen die zeitgemäßen pädagogischen Kriterien beachtet werden.

Insgesamt wurden im Zeitraum von 2008 bis Ende 2019 ca. 221,2 Mio. € in die Gebäude des Landkreises Limburg-Weilburg –hier vorwiegend in die zu schulischen Zwecken genutzten Gebäude- investiert. Zu diesem Betrag kommen noch die Aktivierungen des Grund- und Bodens und der Gebäude aus der Rückabwicklung der beiden "Sale and lease back- Geschäfte" von ca. 153,0 Mio. €. Dem Stand der Sachanlagen zum 31. Dezember 2019 von ca. 348,4 Mio. € stehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einschließlich der Finanzierung des Nießbrauchrechts am Kreishaus von ca. 133,6 Mio. € gegenüber.

Ausweislich des Wirtschaftsplanes 2020 geht der Eigenbetrieb für das nächste Geschäftsjahr von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Über die im Jahresabschluss bereits berücksichtigte Vorsorge in Form von Rückstellungen hinaus, werden keine weiteren finanziellen Risiken gesehen.

2.3 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital: **25.850 €** **entspricht 100%**

Einlage Landkreis: **25.850 €** **entspricht 100%**

Gründungsjahr: 1994

Gesell.-vertrag: vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011

Beteiligungen:

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg (siehe 7.2)	100 %
Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH (siehe 7.3)	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung, die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 AO sowie die Wohlfahrtpflege im Sinne des § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d.h. unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die qualifizierende Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialleistungsempfängern/und –empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z.B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Beteiligungen

Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100 %
Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH	25 %

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Stephan H. Zimmermann

Aufsichtsrat/ Mitglieder Gesellschafterversammlung:

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
Marianne Zimmermann	stellv. Vorsitzende
Michael Lohr	
Karl Nießler	
Tobias Eckert	

Bezüge
Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**	**2017 in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	624,14	1.447,61	2.271,09
Sachanlagen	14.427.382,07	11.142.615,17	10.404.729,09
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.783,00	12.783,00	12.783,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
Vorräte	153.105,63	166.347,01	175.487,26
Forderungen	1.119.875,57	845.568,60	525.733,83
Kassenbestand	641.849,32	3.629.940,13	2.848.019,44
Rechnungsabgrenzungsposten	56.597,96	1.395,53	1.395,53
SUMME AKTIVA	**16.412,217,69**	**15.800.097,05**	**13.970.419,24**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**	**2017 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	2.676.350,78	2.676.350,78	2.676.350,78
Gewinnvortrag	564280,05	-221.481,83	-47.676,38
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	-176.871,65	342.798,22	173.805,45
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	12.113,00	12.353,00	12.593,00
Rückstellungen	1.139.130	1.200.840,00	1.106.700,00
Verbindlichkeiten	12.158.231,93	11.286.273,22	8.487.675,74
Rechnungsabgrenzungsposten	13.133,58	34.150,00	1.439.767,89
SUMME PASSIVA	**16.412.217,69**	**15.800.097,05**	**13.970.419,24**

Gewinn und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €	2017 in €
+ Umsatzerlöse	9.197.109,80	9.908.533,93	9.981.039,13
+ andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	2.820,00
+ sonstige betriebliche Erträge	80.473,95	37.381,34	102.608,15
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	240,00	240,00	1.100,76
	9.277.823,75	**9.946.155,27**	**10.087.568,04**
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	194.099,71	175.133,34	176.100,21
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.256.556,09	2.781.161,38	3.073.923,23
- Personalaufwand	5.123.969,80	4.982.995,19	4.547.763,07
- Abschreibungen	853.549,42	750.099,77	740.294,60
- sonstige betriebliche Aufwendungen	798.447,85	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	214.486,18	161.766,18	180.969,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
- sonstige Steuern	13.586,35	18.233,95	14.108,49
Jahresüberschuss/- fehlbetrag (-)	**-176.871,65**	**342.798,22**	**173.805,45**

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Entwicklung Bund

Nach Wachstumsraten zwischen 1,5 und 2,2 % in den Vorjahren ist die deutsche Wirtschaft in 2019 nur noch mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes um 0,6 % gewachsen. Im ersten Quartal 2020 hat sich dieses Wachstum nochmals abgekühlt und war in Folge der Corona-Maßnahmen mit 2,2 % gegenüber dem Vorjahresvergleichsquartal negativ. Der private Konsum verzeichnete nach einer Steigerung um 1,0 % im Vorjahr nur noch ein Plus von 0,6 %, wohingegen die Zunahme staatlicher Konsumausgaben mit 2,5 überdurchschnittlich war. Auch das Wachstum der deutschen Ausfuhren hat sich nach einer Steigerung von um 2,4 % in 2018 nur noch schwach um 0,9 % erhöht.

	2016	2017	2018	2019
	%	%	%	%
Bruttoinlandsprodukt Wachstumsrate	1,9	2,2	1,5	0,6

(alle Angaben Destatis, Pressemitteilung vom 15.01.2020)

Arbeitsmarkt

Bundesweit hat sich die Beschäftigung in den letzten Jahren positiv entwickelt. Bedingt durch die gute konjunkturelle Lage und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen konnten die Arbeitslosenquoten langfristig gesenkt werden. Dabei war ein positiver Saldo von europainterner Arbeitsmigration zu verzeichnen. So war trotz der weiteren Alterung der Gesellschaft in 2019 ein Plus bei den Beschäftigten von 400.000 Personen möglich. Von dieser positiven Wirtschaftsentwicklung hat auch der Arbeitsmarkt profitiert. Als Resultat haben die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Mitarbeiternachfrage der Unternehmen in 2019 nochmals zugelegt.

	2017	2018	2019	+ / - 2018/2019
	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.
Erwerbstätige	44,28	44,8	45,3	+ 0,5
	%	%	%	%-Punkte
Arbeitslosenquote	5,3	5,2	5,0	- 0,2

Ausbildungsmarkt

Auch der Ausbildungsmarkt war in 2019 geprägt durch einen weiteren Rückgang der Bewerberzahlen und eine nochmalige Ausweitung des Ausbildungsstellenangebotes. Die in den Vorjahren bestehenden Disparitäten bezüglich des Berufswunschs, der Qualifikation und dem jeweiligen regionalen Angebot/Nachfrage haben sich allerdings verschärft, so dass in der Folge sowohl die unbesetzten Ausbildungsplätze als auch die unversorgten Bewerber zugenommen haben.

	2017/2018	2018/2019	+ / - 2018/2019
	Tsd.	Tsd.	Tsd.
Bewerber	535,6	511,8	- 23,8
versorgte Bewerber	511,1	487,3	- 23,8
unversorgte Bewerber	24,5	24,5	0,0
Ausbildungsstellen Angebot	565,3	572,0	+ 6,7
Unbesetzte Ausbildungsstellen	57,6	53,1	- 4,5

Ausgangssituation des Landkreises

Der Landkreis Limburg-Weilburg ist durch seine Lage zwischen den wirtschaftsstarken Räumen Rhein-Main-Wiesbaden und Köln-Bonn darauf angewiesen, seine Wirtschaftskraft, die Lebens- und Wohnqualität und damit seine kulturelle und soziale Anziehungsfähigkeit zu behaupten. Hierzu sind leistungsfähige Mittelstands- und Handwerksbetriebe, die Erhaltung und der Ausbau der Infrastruktur gerade auch im Hinblick auf Digitales und (öffentlicher) Verkehr Grundvoraussetzung. Die Region ist seit langer Zeit durch Pendlerströme Richtung Rhein-Main-Gebiet geprägt. Dadurch wurde und wird auch Kauf- und Wirtschaftskraft in den Landkreis importiert. Gerade für junge Menschen stellen jedoch Metropolregionen mit ihren wirtschaftlichen, schulischen und kulturellen Angeboten und der guten öffentlichen Infrastruktur eine starke Anziehungskraft dar. Die Gefahr besteht, dass gerade junge Leistungsträger abwandern und die Bevölkerungsentwicklung des Landkreises negativ beeinflussen.
Mit der THM in Limburg, der Technikerakademie in Weilburg und weiteren universitären Ausbildungsmöglichkeiten ist es jedoch gelungen Angebote im Landkreis zu halten und neu zu schaffen. Gerade das duale Studium stellt für eine auch ländlich geprägte Region eine gute Möglichkeit zur Fach- und Expertenkräftebindung dar. Zahlreiche heimische Unternehmen nutzen bereits diese Chance und in 2019 haben sowohl der Landkreis, als

auch die GAB erste Studierende übernommen. Wie die Strukturdaten des HMSI und des IWAK eindeutig zeigen, setzt mit dem beginnenden Ausscheiden der sogenannten Babyboomer aus dem aktiven Arbeitsleben ein Zwang zur Anpassung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes an diese Entwicklung ein. Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass in nahezu allen Wirtschafts- und Berufsfeldern Lücken entstehen, denen durch geeignete Maßnahmen begegnet werden sollte. Wir sehen zwar auch gegenläufige Entwicklungen, wie verminderter Personalbedarf durch fortschreitende Digitalisierung, eine Öffnung zur Option längerer und flexiblerer Lebensarbeitszeiten oder Risiken durch gesamtwirtschaftliche negative Tendenzen, jedoch muss auf regionaler Ebene versucht werden, alle Potentiale zu heben und ein Matching zwischen Arbeits- und Ausbildungsmarktangebot und –nachfrage zu fördern.

2. Geschäftsverlauf

Das Jahr 2019 war für die GAB weiterhin geprägt durch die parallele Ausrichtung der beiden Bereiche Dienstleistungen für den Landkreis und Bildungsträger- und Projektarbeit auf die neuen Herausforderungen durch die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland. Wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert, wurden die namensgebenden Ziele der GAB - Ausbildung und Beschäftigung – zur Grundlage dieser Betätigungen und konnten damit gemeinwohlfördernd fortgesetzt werden.
Schwerpunkte im Bildungsträgerbereich sind neben der Ausbildung die Aktivierungshilfe für Jugendliche und junge Menschen sowie die Jugendsozialarbeit. Auch das Projekt Chance Arbeitsmarkt wurde mit der Potentialfeststellung und Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge und Asylbewerber positiv fortgeführt. Frauenkurse haben nach Anlaufschwierigkeiten gezeigt, dass hier mit einfühlsamer Ansprache ein Potential zur persönlichen Entwicklung und Beschäftigung aktiviert werden kann.
Ein ganz wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt war wie bereits im Vorjahr auch in 2019 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung. Die teilweise Übernahme dieser Aufgaben für den Landkreis wurde bereits Ende 2014 begonnen und durch die Schaffung von Unter bringungsplätzen in eigenen und angemieteten Gebäuden sowie die Bereitstellung der sozialen Betreuung in 2015/2016 verstärkt und in 2017/2018 weiter fortgesetzt. In dieser Betätigung wurden getreu der Zielsetzung der GAB die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte mit ihren Mitarbeitern und Teilnehmern eingebunden und tragen maßgeblich zur erfolgreichen Arbeit bei. Die in 2018 begonnene Konsolidierung und Optimierung dieses Betätigungsfeldes wurde in 2019 erfolgreich fortgeführt. Infolge der normalisierten Zuweisungszahlen im Landkreis konnten die Platzzahlen im Ankunftszentrum GAB-Halle Auf der Heide und der Containerwohnanlage halbiert werden. Mit der Halle steht zu künftig auch eine Notausfallunterkunft mit bis zu 130 Plätzen zur Verfügung. Erwähnt werden soll auch das große Engagement ehrenamtlicher Helfer, die insbesondere im Bereich der Betreuung der Flüchtlinge tatkräftige Unterstützung geleistet haben. Die in 2018 begonnene Wildkrautbeseitigung mittels Heißwasser und die Essensausgabe in den Schulkantinen hat sich in 2019 sehr positiv entwickelt und wird gut angenommen.

3. Vermögenslage

Die Bilanz stellt sich im Vorjahresvergleich folgendermaßen dar:

	31.12.2019		31.12.2018		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	14.440,2	87,9	11.156,8	70,6	+ 3.283,4
Umlaufvermögen o. Liquide Mittel	1.330,2	8,2	1.013,4	6,4	+ 316,8
Liquide Mittel	641,8	3,9	3.629,9	23,0	- 2.988,1
Bilanzsumme	16.412,2	100,0	15.800,1	100,0	+ 612,1
Eigenkapital und Sonderposten	3.101,7	18,9	3.278,8	20,8	- 177,1
Darlehensverbindlichkeiten	11.811,7	71,9	10.889,8	68,9	+ 921,9
langfristige Rückstellungen	978,6	6,0	1.006,9	6,4	- 28,3
kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	507,1	3,1	590,4	3,7	- 83,3
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	13,1	0,1	34,2	0,2	- 21,1
Bilanzsumme	16.412,2	100,0	15.800,1	100,0	+ 612,1

Das **Anlagevermögen** hat sich bei Investitionen von T€ 4.146,4 und Abschreibungen von T€ x 853,5 sowie Abgängen von T€ 8,8 um T€ 3.283,0 erhöht. Von den Investitionen entfielen T€ x 2.974,6 auf den Erwerb der GAB-Halle Auf der Heide in Limburg-Dietkirchen, T€ 929,8 auf den Anbau Jobcenter und T€ 36,7 auf weitere Baumaßnahmen.

Drei zunächst für die Asylnutzung gedachte Objekte befinden sich noch in der Genehmigungs- und Planungsphase und sind mit T€ 743,7 unter den Anlagen im Bau erfasst. Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude am Standort „Im Schlenkert“ beläuft sich einschließlich des voraussichtlich im Juni 2020 bezugsfertigen Anbaus Jobcenter zum 31.12.2019 auf T€ 4.045,5 und beträgt damit 28,0 % des Anlagevermögens. Der neu erworbene Standort mit Halle und Verwaltungsgebäude Auf der Heide 3 taxiert mit T€ 2.913,5 oder 20,2 % des Anlagevermögens. Für die am Standort gewerblich genutzten Hallen (Entsorgungszentrum, Metall-, Elektrowerkstatt und MöVe) wurde die Restnutzungsdauer in 2017 auf 3 Jahre verkürzt. Hieraus resultieren in 2019 letztmalig Abschreibungen in Höhe von T€ 330,1. Die Asylobjekte haben zum 31.12. einschließlich der Anlagen im Bau einen Restbuchwert von T€ 6.804,8 oder 47,1 % des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100 % langfristig finanziert. Von den übrigen Investitionen entfallen T€ 108,0 auf Betriebs- und Geschäftsausstattung/GWG sowie T€ 97,3 auf das Wildkrautmobil, einen HAKO-Multicar mit Aufbau.

Vom **Umlaufvermögen** entfallen T€ 984,3 auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und weitere T€ 89,2 auf Forderungen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH. Zur Risikovorsorge sind von den Forderungen T€ 161,2 einzelwertberichtigt. Die Zunahme der Forderungen gegenüber dem Vorjahr ist durch die Entwicklung der Ge-

schäftstätigkeit mit dem Landkreis bedingt. Die zum Bilanzstichtag offenen Forderungen an den Landkreis in Höhe von T€ 815,4 waren zum Berichtszeitpunkt bezahlt.

Die **Liquiden Mittel** (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) enthielten zum 31.12.2018 mit T€ 3.000 die Mittel, der der GAB noch in 2018 geleisteten Ausleihung des Landkreises. Die bestimmungsmäßige Verwendung für den Ankauf der OHL-Heat-Halle ist bedingt durch die notarielle Abwicklung des Ankaufs erst im Januar 2019 mit der Kaufpreiszahlung erfolgt.

Die **Eigenkapital**ausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2019 18,9 % (Vorjahr 20,8%) der Bilanzsumme. Durch den Jahresverlust in Höhe von T€ 176,9 hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Der Sonderposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgswirksam mit T€ 0,2 aufgelöst.

Die **Darlehensverbindlichkeiten** wurden mit T€ 694,3 planmäßig getilgt. Zur Finanzierung des Anbau Jobcenter hat der Landkreis der GAB in 2019 eine verzinsliche **Ausleihung** mit einer Laufzeit von 30 Jahren in Höhe von bis zu T€ 2.300 bewilligt. Davon wurden bis zum Bilanzstichtag T€ 1.600 abgerufen. Die Ausleihung wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

Unter den **Sonstigen Rückstellungen** wurde die Verpflichtung zur Beteiligung an in der Vergangenheit angefallenen Gebäudesanierungskosten Mittel in Höhe von T€ 110,0 ausgewiesen. Zur Deckung der Wiederherrichtungs- und Rückbauverpflichtungen der Asylobjekte wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 868,6 gebildet. Daneben bestehen Rückstellungen für bis zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommene Resturlaubstage (T€ 78,9), Leistungsentgelte (T€ 41,0) und Prüfungs-/Abschlussarbeiten (T€ 33,3).

Weitere **kurzfristige Verbindlichkeiten** resultieren mit T€ 234,9 aus Lieferungen und Leistungen und mit T€ 111,6 aus Sonstigen Verbindlichkeiten. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen waren zum Zeitpunkt der Bilanzprüfung beglichen.

Die Gesellschaft war in 2019 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

4. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 176,9 ab, nachdem im Vorjahr noch ein Jahresüberschuss von T€ 342,7 erwirtschaftet wurde.

	2019		2018		+/-
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse - Zuschüsse und Erstattungen	2.293,0	24,7	2.466,6	24,8	- 173,6
- Flüchtlingsunterbringung und -betreuung	4.184,2	45,1	5.083,9	51,1	- 899,7

- Drittumsätze einschl. Mieten	2.719,9	29,3	2.358,0	23,7	+ 361,9
Summe Umsatzerlöse	9.197,1	99,1	9.908,5	99,6	-711,4
Andere Erträge, Zinserträge	80,7	0,9	37,6	0,4	+ 43,1
Summe Erträge	9.277,8	100,0	9.946,1	100,0	- 668,3
Materialaufwendungen	2.450,7	26,4	2.956,3	29,7	- 505,6
Personalaufwendungen	5.124,0	55,2	4.983,3	50,1	+ 141,0
Abschreibungen	853,5	9,2	750,1	7,6	+ 103,4
Sonstige Aufwendungen	812,0	8,8	752,2	7,6	- 59,8
Zinsaufwendungen	214,5	2,3	161,8	1,6	- 52,7
Summe Aufwendungen	9.454,7	101,9	9.603,4	96,6	- 148,7
Jahresergebnis	**- 176,9**	**- 1,9**	**+ 342,7**	**+ 3,4**	**- 519,6**

Von den Umsätzen aus **Zuschüssen und Erstattungen** für Maßnahmen und Projekte entfallen T€ 785,1 (Vorjahr T€ 907,8) auf die Ausbildungsförderung, T€ 495,0 (Vorjahr T€ 508,9) auf Aktivierungs- und Jugendhilfe, T€ x 162,9 (Vorjahr T€ 120,1) auf das Projekt Chance Arbeitsmarkt und T€ 232,0 (Vorjahr T€ 216,3) auf Schulbetreuung und Frauenkurse. Zur Beschäftigungsförderung wurden Lohnzuschüsse in Höhe von T€ 142,0 (Vorjahr T€ 55,1) vereinnahmt.
Aus Mitteln des Arbeitsmarktbudgets und des Landkreises wurde die Schuldnerberatung mit T€ 255,9 (Vorjahr T€ 254,4) teilfinanziert. Der Landkreis hat wie im Vorjahr einen allgemeinen Zuschuss zur Co-Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von T€ 300,0 gewährt.

Die Geschäftstätigkeit im Bereich **Flüchtlingsunterbringung und –betreuung** wurde in 2019 planmäßig konsolidiert. Aufgrund der normalisierten Zuweisungszahlen konnte die dem Landkreis abgerechnete Platzzahl im Ankunftszentrum Halle Auf der Heide und der Containerwohnanlage auf 194 Plätze halbiert werden. Die Umsätze haben sich hierdurch um T€ 977,8 vermindert. In der Halle stehen 130 zusätzliche Plätze zur Notausfallunterbringung jederzeit zur Verfügung. In den Umsätzen sind mit T€ 1.165,0 Erstattungen der Kosten für das Catering und die Bewachung der Großgemeinschaftsunterkünfte enthalten. Diese sind im Materialaufwand in gleicher Höhe ausgewiesen.

Die unter den **Drittumsätzen** erfassten Erlöse der Projekte Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Elektro-, Holz- und Metallwerkstatt sowie der Gebraucht- und Neumöbelgestellung (MöVe) waren durch die in 2018 neu übernommenen und in 2019 ganzjährig erbrachten Dienstleistungen Wildkrautbehandlung und Essensausgabe in den Schulkantinen weiter ansteigend. Auch bei den Schulhausmeisterdiensten wurden die Leistungen bedarfsbedingt ausgeweitet. Allerdings musste hier zum Teil ein dritter Dienstleister eingesetzt werden. Dies verursachte Kosten von T€ 87,7, die den angestiegenen Erlösen für diese Dienstleistung entgegenstehen. Die Umsätze aus den Lieferungen von Elektrogroßgeräten und Einrichtungsgegenständen gegen Bedarfsschein sind mit T€ 250,0 nahezu unverändert. Erlöse aus der Vermietung von Flächen und Räumen am Standort Im Schlenkert sind in Höhe von T€ 564,2 (Vorjahr T€ 514,2) angefallen.

Die **Anderen Erträge** sind infolge periodenfremder Posten (T€ 25,4), höhere Versicherungserstattungen (T€ 15,9) und die Auflösung von nicht benötigten Rückstellung für eine Abfindung (T€ 5,0) höher als im Vorjahr.

Die **Materialaufwendungen** haben sich um T€ 505,6 vermindert. Davon entfallen T€ 359,1 auf geringere Mietkosten durch den Erwerb der OHL-Heat-Halle zu Beginn des Jahres 2019. Des Weiteren wurden im Asylbereich einschließlich der Minderung im Catering T€ x 158,3 eingespart.

Die **Personalaufwendungen** betragen in 2019 55,2 % (Vorjahr 50,1 %) der Erträge. Neben den tariflichen Erhöhungen erforderte die Übernahme weiterer Schulen für die Betreuung und die Essensausgabe an den Schulkantinen neue Mitarbeiter.

Durch die Investitionen des Berichtsjahres haben sich die **Abschreibungen** um T€ 103,4 erhöht. Davon entfallen T€ x 79,9 auf das Objekt GAB-Halle Auf der Heide. Durch die in 2017 begonnene Verkürzung der Nutzungsdauern der am Standort „Im Schlenkert“ noch betriebenen gewerblich genutzten Hallen sind Abschreibungen in Höhe von T€ 330,1 letztmalig angefallen. Die aktivierten Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung werden über 35 Jahre abgeschrieben.

Unter den **Sonstigen Aufwendungen** sind für die allgemeine Verwaltung und den Betriebsbedarf der Projekte T€ 472,9 (Vorjahr T€x512,9) aufgewandt worden. Für Versicherungen fielen Kosten in Höhe von T€ 106,2 an. Instandhaltungen am Standort Im Schlenkert waren mit T€ 102,0 zu verzeichnen.

Die **Zinsaufwendungen** sind entsprechend der höheren Darlehenssummen und der Zinsen zur Finanzierung des Erwerbs der GAB-Halle Auf der Heide um T€ 52,7 gestiegen.

Einmalige und periodenfremde Aufwendungen sind mit T€ 63,2 (Vorjahr T€ 76,7), perio denfrem de Erträge mit T€ 25,4 (Vorjahr T€ 1,4) in das Jahresergebnis eingegangen. Un ter Berücksichti gung der Abschreibungen durch die Verkürzung der Nutzungsdauern der gewerblichen Hallen am Standort Im Schlenkert in Höhe von T€ 330,1 ist das **Jahreser gebnis** in Höhe von minus T€ 176,7 durch periodenfremde und außerordentliche Posten von T€ 367,9 negativ beeinflusst. Das Be triebsergebnis ist mit T€ 191,2 positiv.

5. Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

In den letzten Jahren hat die positive wirtschaftliche Entwicklung den Druck auf die Ar beitsmarktpolitik im Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar vermindert. Allerdings war die wirtschaftliche Entwicklung in 2019 nur noch schwach positiv. Die Ereignisse des Frühjahres 2020 mit den umfassenden Maßnahmen zur Corona-Pandemie-Bekämpfung zeigen spürbare Auswirkungen. So hat sich das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2020 deutschlandweit mit 2,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal negativ entwickelt. Die tatsächlichen Folgen für den Beschäftigungs- und Ausbildungsmarkt können derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Die tägliche Arbeit zeigte in den letzten Jahren, dass auch bei der bis dato guten Beschäfti-

gungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt.
Die Unternehmen stellen fest, dass schwache Auszubildende und Beschäftigte eine besondere Herausforderung darstellen und im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung vermehrt investiert werden muss. Entsprechend ihres Auftrages und ihres Selbstverständnisses sieht die GAB hier weiterhin in Unterstützung und Abstimmung mit dem Landkreis ihre besondere Kompetenz und ihren Tätigkeitsschwerpunkt. Erste Gespräche mit den Kammern deuten an, dass infolge der Corona-Krise ein spürbarer Rückgang des Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzangebotes seitens der Unternehmen möglich ist. In diesen Bereichen greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung, die geförderte Beschäftigung und Ausbildung.

Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten, dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann.

Die GAB hat auf diese Entwicklungen reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeiteten Strukturen zu erhalten und anzupassen. Möglich wurde dies auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessi schen Bildungsverband e.V., dem Verein Mitte Hessen e.V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. In 2015 sind z.B. die mehrjährigen Landes-, Bundes- und ESF-Projekte angelaufen. Diese durch Landes- und ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei.

Ein wesentliches Standbein der GAB ist seit 2014 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung für den Landkreis geworden. Aktuell stellt die GAB weiterhin an die 564 Unterbringungsplätze und betreut dort die Flüchtlinge. Von den 564 Unterbringungsplätzen entfallen 130 auf eine auch als Empfangszentrum genutzte Großgemeinschaftsunterkunft.
Diese dient auch als Notausfallunterkunft mit weiteren 130 Notplätzen. Die Geschäftsleitung der GAB wird hier in Zusammenwirken mit dem Landkreis auf eine wirtschaftlich

sinnvolle und langfristig tragbare Unterkunftsanzahl achten. Die obige Entwicklung liegt innerhalb der planvollen Konsolidierung auf den langfristigen Grundstock für den Landkreis in Höhe von ca. 400 Plätzen. Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Flüchtlingspolitik zeigen, dass eine langfristige Planung sehr schwierig ist und auf mögliche Veränderungen bei den Zuweisungszahlen sehr kurzfristig reagiert werden muss. Die GAB hat hier im Zusammenwirken mit dem Sozialamt und dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft aber tragfähige Strukturen entwickelt.

An die in 2015 bis 2019 erfolgreich geleistete Arbeit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge schließt sich nunmehr die große Aufgabe der Integration in Bildung und Beschäftigung an. So wurde ein durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration gefördertes Gemeinschaftsprojekt, „Chance Arbeitsmarkt“, mit dem Lahn-Dill-Kreis aufgelegt. Hier erfolgt eine Kompetenz- und Potentialfeststellung der in den Landkreisen untergebrachten Flüchtlinge mit dem Ziel, diese gezielt in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Auch in unseren Werkstätten haben wir Ausbildungsplätze für Flüchtlinge bereitgestellt und besetzt. Hier ist in 2017 mit der Maßnahme EQ – Einstiegqualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund ein Instrument zur Heranführung von Flüchtlingen an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geschaffen worden. Dabei kann auf die vorhandenen Erfahrungen und Strukturen im Bereich der Beschäftigungsförderung direkt zurückgegriffen werden.

Zur Übernahme weiterer Dienstleistungen für den Landkreis wurden in 2014 und 2015 die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen geschaffen. Die Betrauung der GAB mit ihren satzungsmäßigen Aufgaben Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Förderung der Weiterbildung sowie Flüchtlingsunterbringung und –betreuung durch den Landkreis wurde im Oktober 2016 durch den Kreistag verabschiedet.

Durch die oben geschilderten Maßnahmen und durch die positive Arbeit in den Projekten Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt sowie die gute Arbeit der Schuldnerberatung und des Bildungsträgerbereichs ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten.

Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2015 bis 2019 erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Der Erfolgsplan für das Jahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 93 ab. Die Zahlen des ersten Quartals 2020 zeigen jedoch, dass die coronabedingten Ausfälle im Bildungsträgerbereich eher ein leicht negatives bis ausgeglichenes Ergebnis erwarten lassen. Allerdings kann auch hier noch keine abschließende Bestimmung des negativen Ergebniseinflusses sicher getroffen werden. Die Bereiche Flüchtlingsunterbringung und –

betreuung, die Dienstleistungen für den Landkreis und die Vermögensverwaltung sind in 2019 für 74,4 % der Umsätze der GAB verantwortlich.

Diese Bereiche waren und sind nicht wesentlich von wirtschaftlich einschränkenden Maßnahmen der Corona-Abwehr betroffen. Auch für die Jahre 2021 bis 2022 plant die Geschäftsleitung der GAB daher weiterhin mit positiven Ergebnissen.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken unserer wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmarkt und mit Übernahme der Aufgabe Flüchtlingsunterbringung und –betreuung zusätzlich von der hier sehr komplizierten politischen Entwicklung abhängen.

Die GAB sieht daher ihre Aufgabe darin, bei sich abzeichnendem Wandel der gesetzlichen Rahmenvorgaben und der politischen Entwicklung, frühzeitig Chancen zur Verbesserung der Vermögens- und Ertragsstruktur zu erkennen und zu nutzen sowie Risiken ebenso frühzeitig wirksam zu begegnen.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

2.4 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L.

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshauser Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: IGUMENITSA GmbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der Firma IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in München errichtet.
Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 14. Dezember 2005

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 122936) vertreten durch ihre Geschäfts-Führer

- Bernd Janietz (ab 11.04.2019)
- Marcus Menne (vom 10.01.19 bis 11.04.19)
- Michael Ruhl (bis 10.01.2019)
- Klaus Steixner

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Liquidatoren:
IGUMENITSA Verwaltungsgesellschaft mbH
Michael Lohr

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
eingeforderte Einlagen Kommanditisten	25.000,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	18.570,93	0,00
Guthaben bei Kreditinstituten	43.254,73	52.662,68
	86.825,66	**52.662,68**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Kapitalanteil Kommanditisten		
1. Pflichteinlage	25.000,00	25.000,00
2. Ausstehende Einlagen	0,00	-25.000,00
Gewinnvortrag	14.839,85	17.477,48
Sonstige Rückstellungen	8.636,55	33.191,00
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	51,04	0,00
Verbindlichkeiten a. L. L.	36.304,02	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.994,20	1.994,20
SUMME PASSIVA	**86.825,66**	**52.662,68**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
1. sonstige betriebliche Erträge	16.070,93	17.477,48
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	18.708,56	0,00
3. Ergebnis nach Steuern	**-2.637,63**	**17.477,48**
4. Jahresfehlbetrag	**-2.637,63**	**17.477,48**
5. Belastung auf Kapitalkonten	2.637,63	0,00
6. Gutschrift auf Kapitalkonten	0,00	17.477,48
7. Bilanzgewinn	**0,00**	**0,00**

Der Jahresabschluss 2019 liegt noch nicht vor. Die entsprechenden Zahlen sind alle noch vorläufig, unter dem Vorbehalt der Prüfung.

Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Nach Abschluss bzw. Klärung der Gewerbesteuerproblematik wird die Gesellschaft aufgelöst.

2.5 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG i. L.

Unternehmensportrait

Adresse: Wolfratshauser Straße 49, 82049 Pullach

Rechtsform: Kommanditgesellschaft (KG)

Gesellschafts-verhältnisse: Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet.
Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG

Gesell.-vertrag: 13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH
(AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäfts-Führer

- Bernd Janietz (ab 11.04.2019)
- Marcus Menne (vom 10.01.2019 bis 10.04.2019)
- Michael Ruhl (bis 09.01.2019)
- Klaus Steixner

Bezüge
Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Liquidatoren:
Ankyra Verwaltungsgesellschaft mbH
Michael Lohr

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54.084,67	0,00
Guthaben bei Kreditinstituten	20.184,36	31.263,31
Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil und Entnahmen von Kommanditisten		
Verlustanteil	0,00	2.017,40
SUMME AKTIVA	**74.269,03**	**33.280,71**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Eigenkapital		
Kapitalanteil Kommandititsten	25.000,00	0,00
Gewinnvortrag (Vorjahr: Verlustvortrag)	10.746,12	-2.017,40
Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil und Entnahmen von Kommanditisten	0,00	2.017,40
Rückstellungen	8.404,34	27.864,25
Verbindlichkeiten	30.118,57	5.416,46
SUMME PASSIVA	**74.269,03**	**33.280,71**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
1. sonstige betriebliche Erträge	41.984,24	26.879,44
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	29.084,97	28.337,27
3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	135,75	559,57
4. Ergebnis nach Steuern	**12.763,52**	**-2.017,40**
5. Jahresüberschuss (Vorjahr: -fehlbetrag)	**12.763,52**	**-2.017,40**
6. Belastung auf Kapitalkonten	0,00	2.017,40
7. Gutschrift auf Kapitalkonten	12.763,52	0,00
8. Bilanzgewinn	**0,00**	**0,00**

Der Jahresabschluss 2019 liegt noch nicht vor. Die entsprechenden Zahlen sind alle noch vorläufig, unter dem Vorbehalt der Prüfung.

Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Nach Abschluss bzw. Klärung der Gewerbesteuerproblematik wird die Gesellschaft aufgelöst.

2.6 Kreishallenbad Weilburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.oberlahnbad.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg.
Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Thorsten Roth	(Geschäftsführer)
	Dana Meister	(Stv. Geschäftsführerin)
Gesellschafterversammlung	Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Karl Heinz Stoll	

Bezüge
Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen 5.850,00 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.731,00	5.863,00
Sachanlagen	10.836.906,69	11.001.447,69
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53
Umlaufvermögen		
Vorräte	20.125,78	18.483,12
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	671.658,70	1.911.581,98
Guthaben bei Kreditinstituten u. Kassenbestände	870.875,17	118.935,00
Rechnungsabgrenzungsposten	4.631,49	6.424,33
SUMME AKTIVA	**19.383.341,36**	**20.038.147,65**
Passiva	**2018 in €**	**2018 in €**
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	2.390.922,86	2.390.922,86
Gewinnrücklagen	5.342.027,94	5.302.054,08
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-274.130,07	39.973,86
Sonderposten	1.319.963,00	1.367.998,00
Rückstellungen	121.381,92	160.882,79
Verbindlichkeiten	10.455.311,12	10.750.751,47
SUMME PASSIVA	**19.383.341,36**	**20.038.147,65**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
+ Umsatzerlöse	591.710,48	250.298,91
+ sonstige Erträge	101.202,34	13.357,22
- Materialaufwand	989.363,74	487.213,04
- Personalaufwand	89.823,37	48.209,20
- Abschreibungen	421.009,70	149.390,08
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	175.427,06	165.417,65
Zwischenergebnis	**-982.711,05**	**-586.573,84**
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	908.193,00
+ Erträge aus Verlustübernahmen	237.400,00	220.875,00
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.117,00	295,00
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	237.400,00	220.875,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	197.507,02	267.429,60
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.222,00	-12.868,26
Ergebnis nach Steuern	**-274.130,07**	**41.616,30**
- sonstige Steuern	0,00	1.642,44
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-274.130,07**	**39.973,86**

Der Jahresabschluss 2019 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die entsprechenden Zahlen sind alle noch vorläufig, unter dem Vorbehalt der Prüfung. Der geprüfte Jahresabschluss inklusive Lagebericht wird dann voraussichtlich im Dezember vorliegen.

Im Jahr 2019 hat der Landkreis Limburg-Weilburg den Verlustausgleich der Hallenbad-Diez-Limburg GmbH für die Kreishallenbad Weilburg GmbH übernommen. Dies bedeutete einen Mehraufwand für den Kreishaushalt in Höhe von 237.400,00 €.

2.7 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Stammkapital:	110.000 Euro	entspricht 100 %
Einlage Landkreis:	100.000 Euro	entspricht 90,9 %
Mitgesellschafter:	Lahn-Dill-Kliniken GmbH	9,1 %
Gründungsjahr:	2005	
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen.
Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohngelegenheiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.
Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 55 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 36 vollstationäre Plätze incl. 4 Plätze für Kurzzeitpflege, sowie seit 01.05.2017 über zusätzliche 27 vollstationäre Plätze incl. 1 Platz für Kurzzeitpflege zur besonderen Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit demenzieller Erkrankung.

Beteiligungen

Seniorenzentrum Fellersborn	Bestandteil der Muttergesellschaft
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH (siehe 7.5)	100 %
MVZ Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH (siehe 7.6)	100 %
Clinicpartner eG (siehe 7.7)	1,563 %

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Peter Schermuly

Aufsichtsrat:

Landrat Michael Köberle	Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter (bis 15. März 2019)	stv. Vorsitzender
Jörg Sauer, Erster Kreisbeigeordneter (ab 16. März 2019)	stv. Vorsitzender
Dr. Ruth Kittler	
Dr. Hans Christoph Noack	
Robert Becker	
Dr. Frank Schmidt	
Joachim Veyhelmann	
Günter Henche	
Katja Dienst	
Peter Hoffmann	

Gesellschafterversammlung:

Landrat Michael Köberle	Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter (bis 15. März 2019)	stv. Vorsitzender
Jörg Sauer, Erster Kreisbeigeordneter (ab 16. März 2019)	stv. Vorsitzender
Peter Rompf	
Christian Radkovsky	
Dr. Johannes Hanisch	
Sabine Häuser-Eltgen	
Andreas Hofmeister	
Richard Kreutzer, Geschäftsführer Lahn-Dill-Kliniken GmbH bis 30.06.2019	
Tobias Gottschalk, Geschäftsführer Lahn-Dill-Kliniken GmbH ab 01.07.2019	

Bezüge:
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.
Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 893,45 Euro erstattet.
Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Anlagevermögen	16.225.494,40	15.062.987,37
Immaterielle Vermögensgegenstände	336.712,00	171.345,86
Beteiligungen	50.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00
Vorräte	519.891,65	468.499,89
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.141.738,84	5.909.570,07
Kassenbestand/Guthaben bei KI	1.639.489,96	2.617.558,64
Rechnungsabgrenzungsposten	32.638,58	17.625,59
SUMME AKTIVA	**24.559.253,43**	**24.076.241,56**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Gezeichnetes Kapital	110.000,00	110.000,00
Kapitalrücklagen	4.239.562,45	4.263.229,45
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-901.242,68	-978.140,42
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	45.991,45	76.897,74
Eigenkapital	**3.559.977,22**	**3.537.652,77**
Sonderposten aus Zuweisungen	12.876.854,34	11.612.104,79
Rückstellungen	2.837.320,40	3.231.171,83
Verbindlichkeiten	5.098.717,47	5.612.022,64
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	186.084,00	38.371,53
SUMME PASSIVA	**24.559.253,43**	**24.076.241,56**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Umsatzerlöse	34.630.931,18	32.605.043,05
Veränderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	54.209,45	-44.490,09
Sonstige betriebliche Erträge	3.390.161,63	4.600.928,69
	38.075.302,26	**37.161.481,65**
- Personalaufwand	22.883.927,91	21.220.989,90
- Materialaufwand	8.815.322,75	8.227.602,85
Zwischenergebnis	**6.376.051,60**	**7.712.888,90**
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.645.702,86	1.583.824,97
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.580.841,70	5.937.983,44
Zwischenergebnis	**149.507,04**	**191.080,49**
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	151,47	328,04
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79.248,64	84.813,25
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	23.391,00	28.692,00
- Steuern	1.027,42	1.005,54
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**45.991,45**	**76.897,74**

A. Geschäftsverlauf

I. Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen im Krankenhausbereich wird weiterhin durch die politischen Rahmenbedingungen zu permanenten Veränderungen motiviert. Der wirtschaftliche Druck wächst ständig. Das Vergütungssystem und die Versuche der Politik, die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten abzubauen führen zu Herausforderungen, denen sich die Krankenhäuser in Zukunft stellen müssen.
Der Krankenhausmarkt ist ferner durch Konsolidierungen und Spezialisierungen der Fachabteilungen auf bestimmte Krankheitsbilder ausgerichtet. Prognosen zur Leistungs- und Umsatzentwicklung für Folgejahre gestalten sich schwierig, da der stationäre Leistungsbereich durch das fallpauschalen-orientierte Abrechnungssystem einer jährlichen Anpassung unterliegt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich durch anhaltende Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Leistungsbereich.

Durch die Kostenträger werden zunehmend Nachweise zu definierten Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmalen abgefordert. Hieraus erwächst die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird. In Hessen hat es diesbezüglich in den zurückliegenden Jahren mehr vereinbarte Fälle zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern gegeben, als tatsächlich erbracht wurden. Dies führte aktuell zu einer deutlich geringeren Steigerung des Landesbasisfallwertes. Personalkosten- und Sachkostensteigerungen lassen sich nicht mehr ohne Weiteres mit den möglichen Erlössteigerungen auffangen. Viele deutsche Krankenhäuser stehen somit in einer Unterfinanzierung und können die Verpflichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen.
Neben den allgemeinen Preisentwicklungen stehen die Krankenhäuser besonders auch wegen der rasanten Entwicklung bei den medizinisch-technischen Möglichkeiten und damit einhergehenden steigenden Ansprüchen an die medizinische Versorgung in der Bevölkerung stark unter Druck. Hinzu kommen der demografische Wandel und der damit verbundene Anstieg der zu behandelnden Patienten einer älter werdenden Gesellschaft.

Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und seit 01.12.2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.
Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist im Krankenhausplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg verfügt über folgende Fachabteilungen:

- Allgemein-/ Viszeralchirurgie/ Proktologie
- Orthopädie/ Unfallchirurgie
- Innere Medizin
- Gynäkologie
- Klinische Geriatrie

Es wird eine geriatrische Tagesklinik mit 10 Betten betrieben. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 55 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über insgesamt 63 vollstationäre Plätze incl. 5 eingestreuter Plätze für Kurzzeitpflege sowie incl. einer beschützten Wohngruppe „Demenz“ mit 27 Plätzen.

Pflegesatzverfahren

Die Budgetgenehmigung 2019 erfolgte am 18.03.2020 mit Wirkung zum 01.04.2020.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2019	Ist-Ergebnis 2019	Ist-Ergebnis 2018
Fallzahl DRG	6.811	6.658	6.824
Summe der effektiven Bewertungsrelation	7.400,000	7.320,540	7.452,822
CMI	1,086	1,100	1,092
Teilstationäre Fallzahl	168	162	171
Teilstationäre Abrechnungstage	1.883	1.752	1.842

II. Umsatzentwicklung

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Umsatzerlöse inklusive der Bestandsveränderung steigen im Bereich des Krankenhauses im Geschäftsjahr von TEUR 30.234,6 auf TEUR 32.196,7. Der Anstieg resultiert aus den Neuregelungen i.S.d. § 4 Abs. 8 u. 8a und § 9 Abs. 1a KHEntgG sowie aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes um EUR 88,14 auf EUR 3.532,67.

Die Entwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade der letzten Jahre zeigt folgendes Bild:

	2019	2018	2017
Behandelte Patienten (stationär) (ohne interne Verlegungen)	6.658	6.824	6.760
Belegungstage	46.414	46.267	45.473
Durchschnittliche Verweildauer (Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	6,97	6,78	6,73
Nutzungsgrad (%)	70,26	70,03	68,83
Aufgestellte Betten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	127,16	126,76	124,58

Seniorenzentrum Fellersborn (01.01.- 31.12.2019)

Die Umsatzerlöse im Bereich des Seniorenzentrums steigen von TEUR 2.653,3 auf TEUR 2.786,4 bei durchschnittlich 60,32 Bewohnern und 22.015 Pflegetagen (Vorjahr 22.365). Zum 01.09.2019 wurde eine Wohngruppe mit 12 Plätzen in eine beschützte Wohngruppe umgewandelt. Damit bietet das Seniorenzentrum 36 Plätze für die vollstationäre Dauerpflege incl. 4 eingestreuter Plätze Kurzzeitpflege sowie 27 Plätze incl. 1 Platz für Kurzzeitpflege in der besonderen Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit demenzieller Erkrankung.

III. Investitionen

Es wurden Investitionen ins Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 2.778,5 getätigt, davon entfallen auf den Anbau Süd und die Sanierung der Intensivstation TEUR 1.581,3, die Baumaßnahme MRT TEUR 167,2, die Notaufnahme TEUR 76,3, Brandschutzmaßnahmen TEUR 11,4 den Erwerb von Software-Lizenzen TEUR 284,0 und für das Seniorenzentrum Fellersborn TEUR 16,5. Des Weiteren sind Investitionen von TEUR 499,6 für medizinische Ausstattung und TEUR 142,2 für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich angefallen.

IV. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Krankenhaus seitens des Landkreises Limburg-Weilburg durch das Kommunalinvestitionsprogramm mit 5 Mio. € für Baumaßnahmen berücksichtigt. Die Baumaßnahmen begannen am 01.03.2017 und werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2020 fertiggestellt sein. Daneben finden ak-tuell Umbaumaßnahmen im Bereich der Notfallambulanz sowie für die Installation eines MRT-Gerätes statt.

V. Personal und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung stellt sich wie folgt dar:

Vollkräfte:

	2019	2018
Teilbereich Krankenhaus	263,81	247,23
Teilbereich Seniorenzentrum	34,12	30,04
Gesamt:	297,93	277,27

B. Darstellung der Lage

I. Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist zu 115,5 % (2018: 116,5 %) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt. Die Erhöhung der Beteiligungen von 25 TEUR betrifft die MVZ Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH. Die Vorräte beinhalten Roh,- Hilfs- und Betriebsstoffe 162,2 TEUR (Vorjahr 165,1 TEUR) sowie DRG-Überlieger 357,6 TEUR (Vorjahr 303,4 TEUR). Die Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beträgt TEUR 1.106,7 (Vorjahr TEUR 118,8). Die Erhöhung beruht insbesondere auf den geänderten Rahmenbedingungen durch das PpSG.

Der Bestand der flüssigen Mittel betrug TEUR 1.639,5.

Das Eigenkapital beträgt TEUR 3.560,0; damit beträgt die Eigenkapitalquote 14,5 %. Die Verbindlichkeiten enthalten TEUR 2.298,3 langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Kranken-hausfinanzierungsrecht TEUR 825,4.

II. Aufwands- und Ertragslage

Das laufende Betriebsergebnis beträgt TEUR - 615 (Vorjahr TEUR 93). Das neutrale Ergebnis beträgt TEUR 661 (Vorjahr TEUR -16). Die Personalkostenquote beträgt 66,08 % (Vorjahr 65,08 %); die Materialaufwandquote 25,46 % (25,23 %) des Umsatzes.

III. Vergleich der Prognose und tatsächlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2019 im Wirtschaftsplan (geplanter Jahresüberschuss TEUR - 0) wurde durch den gestiegenen Landesbasisfallwert positiv beeinflusst.

C. Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobach-

ten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein, die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordern. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personalkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser, ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben im Bereich Hygiene, die mit der Einstellung von zusätzlichem Personal verbunden waren, welches ebenfalls nur zum Teil refinanziert wird. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und chirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegungskapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Die in 2019 eingeführten Pflegepersonaluntergrenzen werden im Jahr 2020 noch ausgeweitet. Neben dem Bereich Geriatrie wird in 2020 auch der Bereich der Orthopädie / Unfallchirurgie betroffen sein.

Das MDK-Reformgesetz soll die Prüfung von Krankenhausrechnungen durch die Krankenkassen transparenter und homogener gestaltet und die Abrechnungsqualität erhöht werden. Neben den Rechnungskürzungen infolge von MDK-Prüfungen sind ab 2020 auch festgelegte Strafzahlungen fällig. Ab 2020 dürfen die Krankenkassen zudem maximale Prüfquoten nicht überschreiten.
Bereits mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz wurde die Einführung von Pflegebudgets vorgegeben. Ab 2020 werden die Kosten für die Pflege aus den bisherigen DRG’s ausgegliedert und gesondert vergütet. Sämtliche Pflegekosten sollen den Kliniken zu 100% vergütet werden. Die Pflegebewertungsrelationen dienen allein als Abschlagsinstrument auf die Pflegekosten. Insgesamt wird deutlich, dass die Politik immer mehr regulatorische Eingriffe vornimmt und die Anforderungen an die Strukturen deutlich anhebt. Gerade für kleinere Kliniken sind diese nur schwer zu realisieren. Dies entspricht dem deutlichen Willen der Politik, die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland zu verringern.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Mitglied des Klinikverbundes Hessen e.V., einem Zusammenschluss von 60 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Auf Beschluss der Aufsichtsgremien und des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg beteiligen sich die Lahn-Dill-Kliniken mit 9,0909 % am Kreiskrankenhaus Weilburg. Das MVZ Kreiskrankenhaus gGmbH wurde am 19.09.2019 beim Amtsgereicht Limburg (HRB 6160) eingetragen und

wird im 2. Halbjahr 2020 seinen Betrieb aufnehmen. Zielsetzung hierbei ist eine Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg.
Seit dem 01.12.2009 betreibt die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 63 vollstationären Plätzen. Davon 36 Plätze für die vollstationäre Dauerpflege incl. 4 eingestreuter Plätze Kurzzeitpflege sowie 27 Plätze incl. 1 Platz für Kurzzeitpflege in der besonderen Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit demenzieller Erkrankung. Das Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist weiterhin voll ausgelastet. Synergieeffekte wirken sich positiv auf die Krankenhausbilanz aus.

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus kommt auf die Krankenhäuser eine besondere Belastungsprobe in vielerlei Hinsicht zu. Die Einstellung der elektiven Behandlung von Patienten sowie das Vorhalten von Kapazitäten der Grund- und Intensivversorgung wird grundsätzlich zu erheblichen finanziellen Risiken führen. Die Bundesregierung hat zugesagt, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auszugleichen. Mit dem COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz wurden erste Schritte des Gesetzgebers dahingehend eingeleitet. Neben den finanziellen Risiken ist derzeit mit erheblichen personellen Ausfällen und Engpässen zu rechnen. Die aus dem Coronavirus resultierenden Risiken sind zurzeit insgesamt noch nicht final absehbar bzw. quantifizierbar.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen und der Versorgungsqualität zu senken und die Erlöse zu steigern. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau von Kooperationen mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o.a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u.a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und -bewertung zusammengefasst sind.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken – bestehen nach Einschätzung der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH nicht.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

I. Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2020 wird ein ähnliches Ergebnis als in 2019 in Abhängigkeit der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen angestrebt. Aufgrund der Corona-Krise ist eine seriöse Vorhersage nur schwer möglich.

2.8 Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Vor Wetzelscheid 2, 56477 Rennerod

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital: 25.600 Euro entspricht 100,000 %

Einlage Landkreis: 12.800 Euro entspricht 50,000 %

Gründungsjahr: 1998

Gesell.-vertrag: März 2019

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Geschäftsführung, Beteiligung und die Übernahme der persönlichen Haftung an der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co.KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Beteiligungen:

MBS-Anlage GmbH & Co.KG (siehe 7.1) 100%

Organe des Unternehmens

Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal.

Geschäftsführung: Matthias Baldius

Gesellschaftsversammlung:

Jörg Sauer	Erster Kreisbeigeordneter des Landkreises Limburg-Weilburg
Achim Schwickert	Landrat des Westerwaldkreises

Bezüge
Der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit keine Vergütung.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Finanzanlagen	0,00	32.433,30
Forderungen und sonstige Vermögensgegen-stände	35.571,81	2.296,42
Kassenbestand	3.123,73	2.328,31
SUMME AKTIVA	**38.695,54**	**37.058,03**
Passiva	**2019 in €**	**2018in €**
Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.264,59
Gewinn-/Verlustvortrag	10.634,33	8.701,19
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	525,35	1.933,14
Rückstellungen	1.670,21	750,00
Verbindlichkeiten	265,65	109,11
SUMME PASSIVA	**38.695,54**	**37.058,03**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Umsatzerlöse	2.328,40	1.278,23
Sonstige betriebliche Erträge	0,03	32,28
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.072,40	901,05
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	367,71	1.886,92
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	98,39	363,24
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**525,35**	**1.933,14**

Nähere Informationen zur MBS-Anlage GmbH & Co.KG können dem Abschnitt 7.1 entnommen werden.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 41, 65549 Limburg

Homepage: www.ksk-limburg.de

Handelsregister Amtsgericht Limburg HRA 994

Gewährträger: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %

Gründungsjahr: 1908

Beteiligungen:

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Träger ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Ihr Geschäftsgebiet ist das Gebiet des ehemaligen Landkreises Limburg nach dem Gerichtsstand vom 01. Januar 1974. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Sparkasse ist zudem ein großer Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb in der Region.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat

Michael Köberle, Landrat		Vorsitzender
Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister a.D.	stv. Vorsitzender	
Ludger Burdich		
Paul-Josef Hagen		
Christel Höhler-Heun		
Silvia Lissner		
Karl Nießler		
Nathalie Tritschler		
Dr. Frank Schmidt		
Wolfram Uhe		
Andreas Alfa		
Nathalie Distler		
Alexander Hilb		
Jörg Mackauer		
Alexander Poppe		

Vorstand	Patrick Ehlen	Vorstandsvorsitzender
	Mario Rohrer	Vorstandsmitglied

Bezüge
Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2019 auf 485 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 63 TEUR.

Unternehmensdaten

Aktiva	in TEUR	in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	21.908	21.026
Forderungen an Kunden	965.084	942.165
Wertpapiere	481.403	378.011
Übrige Aktiva	112.520	157.590
Bilanzsumme	**1.580.915**	**1.498.792**
	2019	**2018**
Passiva	**in TEUR**	**in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	181.646	110.081
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.189.196	1.182.730
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.504	10.504
Eigene Mittel	172.922	167.190
Übrige Passiva	27.648	28.287
Bilanzsumme	**1.580.915**	**1.498.792**

Gewinn- und Verlustrechnung Entwicklung der Ertragslage	2019 in TEUR	2018 in TEUR
Zinsüberschuss	26.428	28.496
+ Provisionsüberschuss	9.923	9.905
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0
- Personalaufwand	18.824	18.514
- Sachaufwand	9.506	9.079
+-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	-176	-367
= Betriebsergebnis vor Bewertung	**7.845**	**10.441**
- Bewertung/Risikovorlage	2.891	5.560
= Betriebsergebnis nach Bewertung	**4.955**	**4.882**
- außerordentliches Ergebnis	0	0
- Steueraufwand	2.673	2.474
= Jahresüberschuss nach Steuern	**2.282**	**2.408**

Kennzahlen

TEUR bzw. %	2019	2018
Eigenmittel gem. SolvV bzw. CRR	173.700	172.300
Kernkapitalquote %	18,72	21,80
Gesamtkennziffer %	19,47	23,10
Eigenkapitalrentabilität %	4,90	4,00
Cost-Income-Ratio %	75,60	71,50

TEUR bzw. %	2019	2018
Anzahl Girokonten	50.628	49.971
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	29.994	31.212
Anzahl Kundendepots (Depot B)	9.250	9.065
Stiftungskapital (TEUR)		
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	255	255

Situationsbericht

Unseren Kunden stehen 31 Geschäftsstellen, eine Mobile Geschäftsstelle in Form des Sparkassenbusses (6 Haltepunkte}, die Online-Filiale mit Beratungszeiten von 10 bis 22 Uhr sowie samstags von 10 bis 16 Uhr, zwei SB-Geschäftsstellen und zusätzlich 46 Geldautomaten zur Verfügung Hinzu kommen das Firmenkunden- und das Immobiliencenter sowie das Vermögensmanagement mit dem Vorsorge-Center.
Unsere Öffnungszeiten richten wir weiterhin an Kundenfrequenz und Kundenbedürfnis aus. Hierbei ist es im Zuge der Corona-Pandemie zu Anpassungen der Öffnungszeiten gekommen, welche wir laufend unter Einhaltung aller geltenden Vorschriften den aktuellen Rahmenbedingungen anpassen.
Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2019 über 188 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg} und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassenstiftung Lim-

burg-Weilburg fördert gemeinnützige Institutionen und Vereine im Bereich Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport, Forschung und Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg.

Die Verteilung des Kreditvolumens stellt sich wie folgt dar:

	2017	2018	2019
Privatkunden	62,5%	62,6%	61,3%
Unternehmen und selbstständige	34,9%	35,3%	36,7%
Öffentliche Haushalte	1,6%	1,2%	1,1%
Sonstige Kreditnehmer	1,0%	0,9%	0,9%

Der **Provisionsüberschuss** lag wiederum über dem Wert des Vorjahres und stieg auf 27,7 % der gesamten ordentlichen Erträge (Vorjahr: 24,6 %). Ausschlaggebend für den Anstieg des Provisionsüberschusses waren unter anderem spürbar höhere Erträge im Giroverkehr und aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen sowie Provisionen und Gebühren aus dem Darlehensgeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen lagen über dem Wert des Vorjahres, jedoch unter dem Planwert. Die darin enthaltenen **Personal- und Sachaufwendungen** einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung lagen etwas über dem Vorjahresniveau.

Der **Steueraufwand** liegt aufgrund eines gefallenen zu versteuernden Einkommens in der vorläufigen Steuerbilanz unter dem Vorjahr.

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) ist von 71,51% auf 75,6 % gestiegen. Entsprechend den Erwartungen verschlechterte sich das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen. Dies resultiert insbesondere aus dem Rückgang des Zinsüberschusses.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich geringfügig um 58,0 Mio. EUR. Dabei wurden fällige Papiere adäquat ersetzt.

Die bilanzielle Eigenmittelausstattung hat sich auch in 2019 weiter erhöht. Hauptgrund hierfür war die weitere Dotierung der Rücklagen gern. § 340g HGB. Der Bilanzgewinn wurde in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Die aktuellen bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen nach CRR werden wie erwartet deutlich überschritten und bieten den notwendigen Spielraum für Geschäftswachstum.

Das Risikomanagement baut die Kreissparkasse Limburg auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf.
Diese Instrumente werden- nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben - kontinuierlich weiterentwickelt. Der Verwaltungsrat wird mindestens vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die diver-

sen Strategien erörtert. Einzelheiten zum Risikomanagement sind im Offenlegungsbericht aufgeführt.

	2017	2018	2019
Bruttokreditvolumen (Mio. EUR)	1.738	1.789	1841
Notleidende Kredite (non performing, Mio. EUR)	14	12	10
Bestand EWB und Rückstellung (Mio. EUR)	8	7	5
Bestand PWB (Mio. EUR)	2	1	2
Abschirmquote (%)	66,8	68,1	66,3

Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Prognose:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen[1]:

Für das kommende Jahr rechnen wir im Euroraum mit einer Rezession aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie. Andere Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung wie der Handelskonflikt, der Klimaschutz und der Brexit sind zunächst in den Hintergrund getreten.

Branchenaussichten:

Insgesamt bringt die Corona-Krise deutlich erhöhte Risiken für den Finanzsektor mit sich. Die Banken sind aber, nicht zuletzt aufgrund der in den letzten Jahren aufgebauten höheren Eigenkapitalquoten, besser aufgestellt als in früheren Krisen.

Die langanhaltende Niedrig- und Negativzinsphase belastet weiter die Ertragskraft der Kreditinstitute. Gerade nach der wirtschaftlichen Abkühlung durch die Corona-Pandemie ist mittelfristig kein Ende der Niedrigzinsphase zu erwarten.

Weitere aktuelle Herausforderungen der Branche sind die Entwicklungen an den Kapitalmärkten und die wahrscheinlich zeitlich etwas verzögert auftretenden Risiken im Kreditgeschäft im Zuge der Corona-Krise. Womöglich kommt es auch zu Preiskorrekturen an den Immobilienmärkten, welche sich sowohl auf erworbene Renditeobjekte, eigengenutzte Immobilien und Immobiliarsicherheiten im Rahmen des Kreditgeschäfts auswirken können.

Zudem erhöht sich der Wettbewerbsdruck auf die Institute durch den Eintritt neuer Marktteilnehmer. Im Zuge des digitalen Wandels werden traditionelle Geschäftsmodelle infrage gestellt.

Die Kreissparkasse Limburg hat bereits umfangreiche Maßnahmen umgesetzt, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Darüber hinaus werden wir weiterhin in den identifizierten Handlungsfeldern Vertrieb, Mitarbeiter, Digitalisierung und

Regulatorik investieren und uns bemühen, die Negativ/Niedrigzinsphase sowie die Corona-Krise bestmöglich im Interesse der Sparkasse und der Kunden zu managen.

Des Weiteren wollen wir die Berater stärker von allen nicht vertriebsrelevanten Aufgaben entlasten und eine bessere Unterstützung geben, wann welcher Kunde wie aktiv angesprochen werden soll, um die Bedarfe unserer Kunden frühzeitig zu erkennen und Lösungen anzubieten. Dazu werden weitere Schulungen in den Bereichen Geldanlage, Altersvorsorge, Vorsorge-Spezialist, sowie Bedarfserkennung Kredit durchgeführt. Durch den Ausbau der Kapazität unserer Online-Beratung wollen wir noch stärker den Kunden gerecht werden, die nur schlecht während der Öffnungszeiten in unsere Geschäftsstellen kommen können und deshalb längere Zeit nicht mehr beraten wurden.

Die immer weiterwachsende Regulatorik möchten wir mit hoher Qualität, aber so ressourcenschonend wie möglich erfüllen.

Wegen des harten Wettbewerbs wird der Druck auf die Margen weiter anhalten.

Erwartung zum Geschäftsverlauf:

Die tatsächlichen Ergebnisse könnten aufgrund der vielen Unsicherheiten wesentlich von den nachfolgend dargelegten Erwartungen abweichen. Bei den Risiken sind die Abweichungen vom Erwartungswert durch die Unsicherheiten im Rahmen der Corona-Pandemie höher als die Abweichungen bei den Chancen. Die Kreissparkasse Limburg verfügt aber Ober Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Planungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd einzugreifen.

Auch 2020 wird die Kreissparkasse weitere Maßnahmen umsetzen, um den Vertrieb zu stärken. Das strategische Ziel mehr Zeit im Vertrieb soll durch verschiedene Instrumente erreicht werden. Zu den Maßnahmen gehören Kampagnen, die weitere Qualifizierung von Mitarbeitern und Befreiung von Beratern von Servicetätigkeiten. Der Kunde entscheidet, wie er in Kontakt treten möchte. Zudem sind für 2020 mit dem "Angebot des Monats" breit angelegte Aktionen geplant, um Angebote in den Fokus zu rücken und die Berater gezielt beim Vertrieb zu unterstützen.

Durch Ausbau der Digitalisierung auf allen Vertriebswegen, ob stationär oder online, ist die KSK erreichbar. Dazu gehört unter anderem der weitere Ausbau der sozialen Medien. Weiterhin wird die aktive Kundenansprache in den Fokus gesteht. Die Kreissparkasse hat sich mit der Digitalisierung beschäftigt und treibt sie weiter voran. Neben der Präsenz bei den sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder Twitter hat die Sparkasse das e-Postfach und den e-Safe für digitale Kundendokumente eingeführt. Die papiergebundene Ablage wurde weitgehend durch ein optisches Archiv ersetzt, in dem z.B. gescannte Kundenverträge archiviert werden.

Im Bereich der Unternehmenskredite bleibt die KSK ein verlässlicher Partner in der Region. Die Kreissparkasse Limburg wird auch weiterhin jeden wirtschaftlich vertretbaren Kreditwunsch ihrer Kunden erfüllen. Insbesondere in Zeiten der Corona-Krise soll allen Kunden, die vor der Krise ein funktionierendes Geschäftsmodell hatten, zur Seite gestanden werden und sie durch die Krise begleiten. An der Fortentwicklung des Verbund-

konzeptes des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen wird die KSK sich weiter beteiligen.

Insgesamt wird für das Jahr 2020 erwartet, dass das Kundenaktivgeschäft durch den Kreditbedarf der Kunden in der Krise leicht steigen wird. Es wird erwartet, dass die erhöhte Kreditnachfrage die Rückgänge im Konsumentenkreditgeschäft, welches nicht mehr als eigenes bilanzielles Geschäft, sondern als Vermittlungsgeschäft auf Provisionsbasis mit der S-Kreditpartner GmbH durchgeführt werden soll, überkompensiert.

Die Zinsabhängigkeit wird auf der Aktivseite durch Investition in Immobilienvermögen (sowohl Direktanlagen als auch Immobilienfonds) vermindert.

Bei den Einlagen werden krisenbedingte Rückgänge erwartet, weil davon ausgegangen werden muss, dass die gewerblichen und kommunalen Sichteinlagen durch den erhöhten Liquiditätsbedarf in und nach der Krise abschmelzen.

Durch eine aktive, bedarfsorientierte Beratung in attraktive Geldanlagen möchte die KSK ihren Kunden attraktive Anlagemöglichkeiten bieten und gleichzeitig den Zuwachs von Sichteinlagen im Privatkundengeschäft steuern.

Auf Basis der Planung wird sich der Zinsüberschuss im nächsten Jahr weiter deutlich reduzieren. In den folgenden Jahren rechnet die KSK mit weiter sinkenden Zinsüberschüssen. Basis hierfür ist die Annahme, dass das Negativzinsumfeld auf unbestimmte Zeit anhalten wird. Aufgrund der Corona-Krise und der temporären Schließung einiger Standorte rechnet die KSK gegenüber der ursprünglichen Planung zwar mit einem rückläufigen, aber trotzdem leicht über dem Ergebnis von 2019 liegenden Provisionsüberschuss. Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird, gemäß der Planung, im Jahr 2020 niedriger ausfallen als im Vorjahr. Der Trend setzt sich aufgrund der Zinssituation in den Folgejahren fort, kann aber nach der Ursprungsplanung sukzessive abgemildert werden.

Aufgrund der aktuellen Zinsphase gewinnt der Ergebnisbeitrag aus dem Provisionsüberschuss und dem sonstigen ordentlichen Ertrag immer mehr an Bedeutung.

Es werden für 2020 leicht höhere Verwaltungsaufwendungen erwartet. Im Bereich des Sachaufwandes wird durch kostenbewusste Investitionen und einem strikten Kostenmanagement mit leicht steigenden Beträgen gerechnet. Der Personalaufwand wird sich trotz natürlicher Mitarbeiterfluktuation infolge von Tarifabschlüssen wohl ebenfalls erhöhen.

Die aktuellen konjunkturellen Vorhersagen im Rahmen der Corona-Krise werden sich nach unserer Meinung auch negativ auf die Ertragslage und Bonität der heimischen Kunden auswirken. Wir erwarten eine deutliche Erhöhung der Kreditrisikovorsorge in 2020 und 2021.

Die starken Kursrückgänge an den Kapitalmärkten haben auch stark negative Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis Wertpapier im ersten Quartal 2020 gehabt. Inwiefern sich die Märkte und damit auch das Ergebnis davon erholt, ist aktuell noch schwierig zu prognostizieren. Die KSK rechnet aber nicht damit, dass sich die Kurse bis Jahresende wieder auf das Niveau von vor der Krise erholen. Somit dürfte auch das Bewertungsergebnis Wertpapier der Sparkasse 2020 negativ bleiben.

Ein gleichbleibend niedriges Zinsniveau dürfte unabhängig von einer möglichen Erholung bei den Aktien und Unternehmensanleihen zu fallenden Kursen insbesondere bei den Renten führen, da diese bei vergleichsweise hohen Kuponsätzen Richtung Laufzeitende gegen 100% konvergieren. Die KSK rechnet daher bei den Positionen mit Abschreibungen, bei denen Papiere über pari erworben werden und diese sich dem Endfälligkeitsdatum nähern. Es wird insgesamt ein deutlich schlechteres Bewertungsergebnis Wertpapier erwartet.

Die weiter anhaltende Niedrig- und Negativzinsphase führt zu weiteren Risiken, weil die Anlagen weniger Rendite erbringen und dieser Zinseffekt nicht vollständig auf der Passivseite durchgesetzt werden soll bzw. der Markt dies auch derzeit nicht erlaubt.

Chancen auf einen besseren Geschäftsverlauf hat die Sparkasse hingegen bei steigenden langfristigen Zinsen und bei einem besseren Bewertungsergebnis Kredit infolge eines günstigeren Konjunkturverlaufs.

Aufgrund der aufgeführten Annahmen erwartet die KSK gegenüber 2019 zunächst ein niedrigeres Betriebsergebnis vor Bewertung. Womöglich werden die Ergebnisse nicht ausreichen, um die Risiken abzudecken und eine weitere Rücklagenbildung zu ermöglichen. Gerade für solche unerwarteten Krisensituationen hat die Sparkasse über die letzten Jahre einen auskömmlichen Risikopuffer aufgebaut, um die Auswirkungen abzufedern. Beim Betriebsergebnis nach Bewertung rechnet die KSK für 2020 mit einem niedrigeren Ergebnis als 2019. Die vorgenannten Krisenauswirkungen und die anhaltende Niedrigzinsphase wird die Ertragslage der Kreissparkasse Limburg sowie die gesamte Finanzwirtschaft weiter spürbar belasten und zu sinkenden Ergebnissen führen.

Es wird erwartet, dass sich unsere Aufwand-Ertrags-Relation und die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern für 2020 aufgrund der Corona-Krise deutlich verschlechtern.

Für die Finanzlage der Sparkasse wird 2020 unverändert nach wie vor eine Liquiditätskennzahl LCR deutlich über der Mindestanforderung von 100 % erwartet.

Durch das schwierige Umfeld aufgrund des nicht absehbaren Endes der Niedrigzinsphase sieht die KSK der zukünftigen Ertragslage pessimistischer entgegen. Das erwartete niedrigere Ergebnis führt aber zu keiner Einschränkung der Risikotragfähigkeit oder der Erfüllung der regulatorischen Mindestanforderungen durch die Sparkasse. Es wird mit einer relativ konstanten Eigenmittelquote gerechnet.

Die letztlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Ertragslage kann zum Zeitpunkt des Verfassens des Berichtes nicht abschließend beurteilt werden.

Die Kreissparkasse Limburg verfolgt eine vom Vorstand und dem Verwaltungsrat entschiedene langfristige Strategie, die ausgiebig mit allen Mitarbeitern und dem Personalrat besprochen wurde und den aktuellen Anforderungen angepasst wird. Auf dieser Basis wurden für alle unter dem Abschnitt Branchenaussichten aufgeführten Handlungsfelder Maßnahmen entwickelt, um den Weg der vergangenen Jahre mit ruhiger Hand fortzuführen.

3.2 Kreissparkasse Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg

Homepage: www.ksk-weilburg.de

Handelsregister: Amtsgericht Limburg HRA 2227

Gewährträger: Landkreis Limburg-Weilburg 100%

Gründungsjahr: 1904

Beteiligungen:

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	0,92 %
Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	0,93 %
Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,11 %
Erwerbs-Gesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co.KG	0,11 %
S-International Mittelhessen GmbH	15,23 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
Visa Inc.	k.A.

Anteile an verbundenen Unternehmen:

SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
Dr. Frank Schmidt	stellv. Vorsitzender
Friedhelm Bender	
Dr. Ralf Bletz	
Dr. Bettina Dannewitz (bis 30. August 2019)	
Willy Eltgen	
Jan Erbe	
Alexandra Güth	
Dr. Johannes Hanisch	
Oliver Bernd Herbert	
Ruprecht Keller	
Uwe Ketter	
Matthias Knaust (ab 11. November 2019)	
Stephan May	
Christine Ost	
Sybille Theis-Schermuly	

Vorstand

Stefan Hastrich	Vorsitzender
Stephan Gürtler	Mitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2019 auf 495 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betrugen 57 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in TEUR	2018 in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	55.956	92.776
Forderungen an Kunden	690.592	657.304
Wertpapiere	184.059	187.361
Übrige Aktiva	164.623	115.125
Bilanzsumme	**1.095.230**	**1.052.566**
Passiva	**2019 in TEUR**	**2018 in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	80.458	70.200
Verbindlichkeiten ggü Kunden	879.719	853.866
Verbriefte Verbindlichkeiten	0.00	0.00
Übrige Passiva	135.053	128.500
Bilanzsumme	**1.095.230**	**1.052.566**

Gewinn- und Verlustrechnung Entwicklung der Ertragslage	2019 in TEUR	2018 in TEUR
Zinsüberschuss	16.752	17.663
+ Provisionsüberschuss	7.102	6.390
- Verwaltungsaufwand	17.820	16.876
- sonstiger Aufwand	4.331	5.691
= Jahresüberschuss nach Steuern	**1.703**	**1.486**

Kennzahlen

%	2019	2018
Cost-Income-Ratio	74,4%	71,7%

Ziel ist, dass der ordentliche Aufwand in Relation zum ordentlichen Ertrag kleiner/gleich 75% ist.

TEUR bzw. %	2019
Anzahl Girokonten	52.192
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	20.119

Situationsbericht

Unseren Kunden stehen neun Geschäftsstellen und zwei Mobile Geschäftsstelle zur Verfügung.
Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2019 über 149 TEUR gespendet.

Der **Provisionsüberschuss**, welcher sich im Wesentlichen aus Verbundgeschäftsprovisionen, weiteren Wertpapierprovisionen sowie Gebühren und Provisionen im Zahlungsverkehr zusammensetzt, betrug rd. 7,2 Mio EUR und hat damit die erwartete positive Entwicklung um 0,4 Mio EUR überschritten. Höhere Provisionserträge erzielte die Sparkasse u. a. im Privatgiroverkehr, bei Versicherungsverträgen sowie durch Kreditvermittlungen. Niedrigere Provisionserträge wurden u. a. im Avalgeschäft und Devisenhandel vereinnahmt.

Der **Personalaufwand** erhöhte sich um 0,7 Mio EUR auf 12,1 Mio EUR. Damit lag er auf dem erwarteten Planwert. Ursache hierfür sind in erster Linie Tariferhöhungen, Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen sowie unerwartete Personalveränderungen. Diese Effekte konnten durch die Einsparungen im Bereich der sonstigen Personalkosten (z.B. reduzierte Provisionszahlungen) weitestgehend kompensiert werden.

Der **Sachaufwand** hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und lag u.a. durch einen geringeren Werbeaufwand unter dem geplanten Wert.

Das Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge hat sich trotz gestiegener Provisionsüberschüsse gegenüber dem Vorjahr verringert. Grund hierfür ist im Wesentlichen der gesunkene Zinsüberschuss. Es lag trotzdem über dem geplanten Ergebnis für 2019.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft lag im positiven Bereich und fiel besser aus als erwartet. Das Betriebsergebnis nach Bewertung und der Jahresüberschuss haben die Erwartungen der Sparkasse übertroffen.

Die Eigenkapitalrendite (als Verhältnis des Ergebnisses vor Steuern zzgl. der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und der bestehenden Sicherheitsrücklage zzgl. des Bestandes des Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Jahresbeginn) erhöhte sich auf 7,22 % (Vorjahr: 5,39 %). Dies reflektiert die Auswirkungen eines intensiven Wettbewerbs, hoher regulatorischer Kosten und des Niedrigzinsumfeldes.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage

Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag 2019 oberhalb der Erwartungen. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung sowie des verstärkten Wettbewerbsdrucks blickt die Sparkasse auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück.

Die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Eigenkapitalunterlegung von mindestens 8,0 % bzw. von 9,0 % (inkl. SREP Zuschlag per 31. Dezember 2019) der anzurechnenden Risikopositionswerte wurde stets eingehalten und weit übertroffen. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist gemäß langfristiger Kapitalplanung damit gegeben.

Die Vorgaben der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften wurden stets eingehalten, die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Jahr 2019 jederzeit gegeben. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse ist gemäß Liquiditätsplanung weiterhin mit Reserven gegeben.

Prognosebericht

Bei den nachfolgenden Ausführungen handelt es sich um die aus Sicht der Sparkasse erwarteten Entwicklungen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Branchensituation. Die im Jahresverlauf 2020 und darüber hinaus tatsächlich eintretenden Entwicklungen und Ergebnisse können wesentlich von den getroffenen Erwartungen abweichen. Der vorläufige ifo- Geschäftsklimaindex ist im März 2020 aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie auf 87,7 Punkte eingebrochen. Dies ist der tiefste Wert seit August 2009. Auch die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage und den Geschäftserwartungen sind deutlich gefallen. Die Sparkasse verfügt über entsprechende Instrumente und Prozesse, um sich abzeichnende Abweichungen von den getroffenen Annahmen zeitnah erkennen und Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Welt- und Binnenwirtschaft

Die Sparkasse erwartet, dass die Ausbreitung des Coronavirus in 2020 zu einer deutlichen Schrumpfung der globalen und der deutschen Volkswirtschaft führen wird. Die Szenarien des Sachverständigenrates gehen für Deutschland jedoch auch von spürbaren Erholungen noch im laufenden Jahr aus.

Weitere globale und nationale Risiken bestehen u.a. in einer Eskalation von Handelskonflikten und geopolitischen Risiken. Ein weiteres schwer kalkulierbares Risiko stellt der Brexit dar.

Aufgrund der schwierigen Datenlage in der historisch einmaligen Situation besteht ein erhöhtes Maß an Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung der bundesdeutschen Realwirtschaft und der Sparkasse.

Die langanhaltende Niedrigzinsphase stellt Banken und Versicherungen weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. Hinzu kommt, dass die schwächere Konjunktur zunehmende Zahlungsausfälle bei Haushalten und Unternehmen mit sich bringen könnte.

Der „Shutdown“ im März 2020 betrifft bei der Sparkasse insbesondere Branchen, die unter Nachfrageausfällen (z. B. Gastgewerbe, Dienstleistungen, Groß- und Einzelhandel) zu leiden haben oder die in hohem Maße von kleineren Unternehmen geprägt sind. Die Aufrechterhaltung der Liquidität ist maßgeblich für die Existenzsicherung der betroffenen Unternehmen. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen und geplanten Gesetzesänderungen u. a. im Insolvenzrecht werden die Folgen der COVID-19-Pandemie nach unserer Einschätzung abmildern.

Die Sparkasse geht davon aus, dass sich die Corona-Krise insbesondere im Kundenkredit- und Eigengeschäft im Jahr 2020 negativ auswirkt. Die Sparkasse ist nach wie vor der Überzeugung, dass das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) die Leitzinssätze 2020 weitestgehend auf historisch niedrigen Niveaus belassen und weiterhin eine reichliche Versorgung der Märkte mit Liquidität gewährleisten wird. Für das Jahr 2020 deckt sich die Meinung der Sparkasse hinsichtlich der Entwicklung der Preissteigerung noch mit den Erwartungen des Sachverständigenrates von 1,6 %.

Geschäftsstrategie

Vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen im Finanzdienstleistungssektor konzentriert sich die Sparkasse auf die räumliche Nähe zu ihren Kunden als wichtigem Wettbewerbsfaktor und Alleinstellungsmerkmal. Entscheidende Erfolgsfaktoren sind die Serviceorientierung und Beratungsqualität der Mitarbeiter*innen. Um diese auf einem hohen Niveau zu halten und darüber hinaus zu verbessern, wird auch zukünftig in deren fachliche Aus- und Fortbildung investiert.

Wesentliche geschäftspolitische Ziele sind neben der Erzielung auskömmlicher Erträge die Sicherung der Marktposition, die Verbesserung des Risiko-/Ertragsverhältnisses und die Optimierung von Prozessabläufen. Der weiteren Stärkung des Eigenkapitals kommt im Rahmen der Bankenregulierung eine wichtige Rolle zu.

Den kundenorientierten Marktauftritt wird die Sparkasse durch eine bedürfnisgerechte Gestaltung und sinnvolle Verzahnung der Vertriebswege fortlaufend weiterentwickeln. Die elektronischen Vertriebswege, wie beispielsweise das Internetangebot, werden kontinuierlich auf den aktuellen Stand (sicherheits-)technischer Möglichkeiten ausgebaut. Zur Sicherung ihrer Marktposition ist die Sparkasse dabei, unter dem Namen „Kurs auf 2020“ folgende Ziele anzusteuern:

- (Neu-)Ausrichtung des Kundengeschäfts der Kreissparkasse Weilburg
- Verschlankung, Optimierung und Standardisierung der Prozesse
- Kostenoptimierung / potenzialorientierte Allokation.

Als Institut der Sparkassen-Finanzgruppe setzt die Sparkasse im Rahmen der ganzheitlichen und bedarfsorientierten Kundenberatung auch weiterhin schwerpunktmäßig auf sicherheits- und zukunftsorientierte Geschäftsfelder, wie z. B. die Altersvorsorge, Versicherungen und das Bausparen. Darüber hinaus werden auch passende Wertpapiere und Fondsprodukte angeboten.

Planung

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Coronapandemie erwartet die Sparkasse im Einlagengeschäft mit Kunden eine unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Produkten. Sie rechnet insgesamt mit einem moderat steigenden Bestand an Kundeneinlagen. Hinsichtlich der Einlagenstruktur geht die Sparkasse von einer moderaten Zunahme bei den Beständen der Sichteinlagen aus. Bei den Spareinlagen rechnet die Sparkasse mit einem leichten Anstieg der variablen Sondersparformen, während bei den Sondersparformen mit fester Zinsvereinbarungen wie in den vergangenen Jahren von einem weiteren Abbau der ohnehin nur noch geringen Volumen auszugehen ist.

Die Sparkasse erwartet bei privaten Wohnungsbaudarlehen und im gewerblichen Darlehensbereich - wie in den Vorjahren - leichte Volumensteigerungen. Im Eigengeschäft erfolgt eine Fortsetzung der moderaten Neuallokation der Bestände in (Immobilien-) Spezialfonds und im Portfolio mit hochliquiden Wertpapieren. Bei den Verbindlichkeiten wie auch bei den Forderungen gegenüber Kreditinstituten erwartet die Sparkasse einen unveränderten Bestand.

Unter Berücksichtigung der geplanten Volumenentwicklungen erwartet die Sparkasse einen moderaten Anstieg der Durchschnittsbilanzsumme (DBS) auf rd. 1,1 Mrd. EUR.

Insgesamt wird für das Geschäftsjahr 2020 erwartet, dass sich das Zinsumfeld aufgrund der von der Sparkasse erwarteten Zinsentwicklung nicht verbessert. Vor dem Hintergrund des geschilderten Wettbewerbsumfeldes und des sukzessiven Auslaufens hochverzinster Aktivpositionen und deren Substitution durch neue, niedrig verzinste Anlagen wird ein weiterer leichter Rückgang des Zinsüberschusses erwartet. Die geldpolitisch induzierte Niedrigzinsphase wird zusammen mit den Auswirkungen der Coronapandemie die Entwicklung der Sparkasse in den nächsten Jahren prägen. Neben den beschriebenen Risiken bestehen Chancen für eine positive Entwicklung des Zinsüberschusses in einer optimierten Zinsbuch- und Vertriebssteuerung.

Die Sparkasse rechnet für 2020 aufgrund verschiedener Maßnahmen, wie z. B. der Ausweitung des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes und der Fortsetzung der ganzheitlichen Beratung, - trotz Corona-Krise - mit einem insgesamt weiterhin leicht steigenden Provisionsüberschuss.
Für eine positive Entwicklung sprechen darüber hinaus ein verstärktes Verbundgeschäft mit sicherheitsorientierten Produkten, z. B. dem Immobilien- und Bauspargeschäft. Das vorhandene Kundenbedürfnis nach Produkten zur langfristigen Sicherung von niedrigen Finanzierungszinssätzen bietet ebenfalls Potenzial. Risiken für den Provisionsüberschuss liegen bei volatilen Kapital- und Aktienmärkten im verwalteten Wertpapier- und Fondsgeschäft.

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase plant die Sparkasse, die Basis zur Generierung zinsunabhängiger Erträge durch indirekte bzw. direkte Investition in Immobilien schrittweise auszubauen.

Der Personalaufwand wird sich gemäß den Erwartungen in 2020 gegenüber 2019 auf 12,5 Mio EUR erhöhen, dabei wurden prognostizierte Tariferhöhungen, Ein- und Austritte sowie dauerhafte Arbeitszeitveränderungen berücksichtigt. Der Personalbestand in Mitarbeiterkapazitäten an aktiven, bankspezifischen Beschäftigten liegt per 31. Dezember 2019 bei 153. Es ist per Saldo keine Erhöhung der Mitarbeiterkapazitäten geplant.

Der Sachaufwand (einschl. Immobilien) wird in 2020 leicht niedriger als im Vorjahr erwartet. Risiken bezüglich des Sachaufwands liegen in Preisniveausteigerungen. Chancen zur Reduzierung liegen in einem proaktiven Kostenmanagement. Die Sparkasse prognostiziert eine geringfüge Verschlechterung der Cost-Income-Ratio.

Unter der Annahme der dargestellten Entwicklungen rechnet die Sparkasse mit einem leichten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung.

Der Planwert für den Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft wird mit kaufmännischer Vorsicht deutlich über den tatsächlichen Ergebnissen der Vorjahre angesetzt.

Die Sparkasse erwartet eine Seitwärtsentwicklung der mittel- bis langfristigen Kapitalmarktzinsen und eine im Verlauf des Jahres 2020 wieder positive wirtschaftliche Entwicklung. Bestehende Unsicherheitsfaktoren sind weiterhin vor allem der künftige geldpolitische Kurs und die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer. Vor diesem Hintergrund erwartet die Sparkasse ein moderat negatives Bewertungsergebnis für das Wertpapiergeschäft.

Für das Betriebsergebnis nach Bewertung rechnet die Sparkasse mit einem deutlichen Rückgang. Insgesamt wird ein deutlich niedrigeres, aber auskömmliches positives Jahresergebnis, jedoch mit einer entsprechend geringeren Kapitalzuführung zum harten Kernkapital erwartet, so dass sich die harte Kernkapitalquote leicht erhöht.

Das anhaltende Niedrigzinsniveau und die aufsichtsrechtlichen Neuregelungen mit den entsprechenden Folgewirkungen werden die Ertragslage aufgrund einer zunehmend geringer werdenden Zinsspanne in den folgenden Jahren belasten.

Die Vermögenslage wird durch die vorgesehene Dotierung der Sicherheitsrücklage aus dem Jahresergebnis sowie die Aufstockung des Fonds nach § 340g HGB weiter gestärkt.

Die Liquiditätsreserve plant die Sparkasse in 2020 weiter zu stärken. Nicht zuletzt die zu erfüllende aufsichtsrechtliche Kennziffer LCR fordert einen angemessenen Bestand an hochliquiden Aktivbeständen der Eigenanlagen, sodass die komfortable Liquiditätsposition der Sparkasse hinsichtlich der möglichen Liquidierbarkeit in Stresssituationen weiter gegeben sein wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Planung der Sparkasse vor dem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld unter den Rahmenbedingungen der Corona-Krise im Jahr 2020 belastet wird. Gleichwohl geht die Sparkasse derzeit weiterhin von mittelfristig auskömmlichen Ergebnissen aus.

3.3 Nassauische Sparkasse

Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau (siehe Ziffer 5.2)

Gründungsjahr: 1840

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung, sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main, sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen, sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Trägers

Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender)
Michael Baumann
Bertram Theilacker

Mitwirkung im Verwaltungsrat:
Landrat a.D. Manfred Michel

Bezüge
Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 1.658 TEUR.

Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr war grundsätzlich geprägt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau sowie die konjunkturelle Lage. Die Auswirkung dieser Faktoren spiegelt sich sowohl in der Bestandsentwicklung des Kundenkredit- und des Kundeneinlagengeschäftes als auch in der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wieder.

Das Geschäftsvolumen verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % auf 17,3 Mrd. EUR, der Anstieg im bilanzwirksamen Geschäft wurde durch einen Rückgang bei den derivativen Finanzinstrumenten überkompensiert. Die Bilanzsumme stieg, bedingt durch das starke Wachstum im Kundenkreditgeschäft um 3,8 %, auf rd. 12,2 Mrd. EUR an.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in Mio. EUR	2018 in Mio. EUR
Barreserve	553	991
Forderungen an Kreditinstitute	795	685
Forderungen an Kunden	9.335	8.899
Wertpapiere	1.122	878
Übrige Aktiva	413	316
Bilanzsumme	**12.219**	**11.771**
Passiva	**2019 in TEUR**	**2018 in TEUR**
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.332	1.247
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	9.414	9.081
Verbriefte Verbindlichkeiten	187	193
Übrige Passiva	1285	1.250
Gesamt	**12.219**	**11.771**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in Mio. EUR	2018 in Mio. EUR
Zinsüberschuss	**206,2**	**220,0**
Provisionsüberschuss	**71,9**	**82,0**
Verwaltungsaufwendungen/Abschreibungen	**201,8**	**200,4**
Sonstige Erträge/Aufwendungen	**-6,8**	**-1,7**
Betriebsergebnis vor Bewertung	**69,5**	**100,9**
Bewertungsergebnis	-6,4	-31,9
Betriebsergebnis nach Bewertung	**63,1**	**69,0**
Steuern	-22,8	-25,1
Bilanzgewinn	**40,3**	**50,6**

Gesamtbetrachtung:

Insgesamt ist die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der Naspa im Jahr 2019 als geordnet und die Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend anzusehen. Die Kernkapitalquote sowie die Gesamtkapitalquote werden sich nach Feststellung des Jahresabschlusses weiter verbessern. Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von einer rückläufigen Entwicklung in den operativen Zins-Ergebnispositionen aus. Insbesondere wird sich vor dem Hintergrund eines anhaltend niedrigen Zinsniveaus die Zinsspanne weiter verengen, da der Spielraum für marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft nahezu ausgeschöpft ist. Insgesamt werden die Ergebnisse unter dem Vorjahresniveau liegen. Die Liquidität der Naspa wird nach wie vor gewährleistet sein. Für das Jahr 2020 sehen wir insbesondere Chancen in der Fortsetzung der konsequenten Anwendung eines ganzheitlichen Beratungsansatzes sowie dem weiteren Ausbau der Infrastruktur als digitale Vertriebssparkasse als Grundlage für eine langfristige Kundenbindung. Umsetzungsergebnisse aus dem Strategieprogramm „Naspa 4.0“ werden zudem positive Impulse setzen.

Sollte es zu einer nachhaltigen Stabilisierung an den Finanzmärkten und einer Erhöhung des Zinsniveaus kommen, besteht die Chance auf einen Anstieg der Ertragspositionen. Dem gegenüber steht das korrespondierende Risiko steigender Bewertungsaufwendungen im Kredit- und Wertpapiergeschäft.

Beim Provisionsergebnis sieht die Naspa das Risiko in einem sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb sowie der zunehmenden Einengung der Rahmenbedingungen zur Vereinnahmung von bestimmten Entgelten.

Bei den Personal- und Sachaufwendungen wird ein Anstieg erwartet, im Wesentlichen durch erwartete Tarifsteigerungen sowie die Umsetzung strategischer und regulatorischer Projekte. In Anbetracht der erwarteten Verschärfung der Wettbewerbslage wird unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung der Aufwendungen, unter Berücksichtigung strategischer Investitionen und Erfüllung regulatorischer Anforderungen, gerichtet werden. Entsprechende organisatorische Maßnahmen und Strukturen sind etabliert und werden weiterentwickelt.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sieht die Naspa in der konjunkturellen Entwicklung, den politischen und geldpolitischen Unwegbarkeiten und in nicht vorhersehbaren Risiken, die im Zusammenhang mit den staatlichen Haushaltssituationen innerhalb der Eurozone entstehen können. Weiterhin bestehen Risiken bei gravierenden Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen und veränderter Verbraucherschutzbestimmungen.

Eine deutliche Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie eine negative Entwicklung der Spreadrisiken würden auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikovorsorge für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft und das Bewertungsergebnis Wertpapiere haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergeben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen als im mittel- und

langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve weiter verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43,65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	**15.450 €**	**15,00 %**
	die Städte Bad Camberg, Hadamar, Runkel, Limburg, Weilburg, Diez und Verbandsgemeinde Diez	je 1.800 €	1,75%
	Gemeinde Beselich, Dornburg, Hünfelden, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Selters, Villmar, Waldbrunn, Elz, Brechen, Weilmünster, Weinbach		
	Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
	Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
	Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
	Volksbank Rhein Lahn Limburg e.G.	3.550 €	3,40%
	Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
	Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
	Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
	Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
	Volksbank Rhein-Lahn Limburg e.G.	2050 €	2,00%
	Förderverein Region Aktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
	Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
	Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%

Stammkapital: 103.000 Euro

Gründungsjahr: 12. April 1994

Gesell.-vertrag: 12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwör-

ter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirtschaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Region Limburg-Weilburg und Diez. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Gesellschaft in der Initiierung, Gestaltung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur indirekten Wirtschaftsförderung in der Region tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr. Dipl.-Geogr. Walter Gerharz

Mitwirkung in der Gesellschafterversammlung
Michael Köberle
Jörg Sauer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat:

Herr Landrat Michael Köberle	Vorsitzender
Herr Erster Kreisbeigeordneter Jörg Sauer	stellv. Vorsitzender
Peter Blum, Gemeinde Waldbrunn	
Jörg Lösing, Gemeinde Weinbach	
Michael Franz, Gemeinde Beselich	
Dr. Marius Hahn, Stadt Limburg a. d. Lahn	
Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	
Annette Wick, Stadt und Verbandsgemeinde Diez	
Alfred Ullner, Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG	
Frau Dipl.Rpfl. Monika Sommer, IHK Limburg	
Patrick Ehlen, KSK Limburg	
Gerd Ohl, Limtronik GmbH	

Bezüge
Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.
Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00
Finanzanlagen	2.500,00	2.500,00
Umlaufvermögen	122.590,42	206.478,61
Kassenbestand, Guthaben bei KI	536.772,11	576.146,12
Rechnungsabgrenzungsposten	2.876,98	1.065,11
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00
Gewinnvortrag	330.192,53	297.309,23
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21.142,30	32.883,30
Eigenkapital	**412.050,23**	**400.309,23**
Rückstellungen	23.960,00	28.450,00
Verbindlichkeiten		
- aus Lieferungen und Leistungen	1.917,33	2.516,18
Sonstige Verbindlichkeiten	327.518,69	322.045,13

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
+ Umsatzerlöse	416.152,73	421.478,64
+ sonstige betriebliche Erträge	5.943,48	2.260,77
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.183,35	8.180,66
- Personalaufwand	261.490,42	256,629,94
- Abschreibungen	444,54	355,45
- sonstige betriebliche Aufwendungen	176.814,42	146.054,60
+ Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.001,48	499,44
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
- sonstige Steuern	0,00	19.865,10
Jahresergebnis	**-43.835,04**	**32.883,30**

Geschäftsverlauf

Wirtschaftsbericht

Im Geschäftsjahr 2019 fanden 2 Aufsichtsratssitzungen und 1 Gesellschafterversammlung statt.

In der 59. Aufsichtsratssitzung vom 07.05.2019, die im Sitzungssaal Westerwald im Kreishaus in Limburg stattfand, standen der Jahresabschluss 2018, die Entlastung der Geschäftsführung und ein ausführlicher Tätigkeitsbericht auf der Tagesordnung. Weiterhin fanden die Wahlen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters statt.

Die 60. Aufsichtsratssitzung fand am 30.09.2019 im Konferenzraum der WFG, Schiede 20, in Limburg statt. Themen waren der Bericht der Geschäftsführung über aktuelle Projekte und der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019. Weiterhin standen Veränderungen im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung auf der Tagesordnung.

Am 06.11.2019 fand in den Räumen der Blechwarenfabrik Limburg GmbH, Anna-Ohl-Straße 1 in Limburg, die 33. Gesellschafterversammlung der WFG statt. Themen der Versammlung waren der Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, die Feststellung des Jahresabschlusses 2018, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2019. Weiterhin erfolgte die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2018.

Von den Gesellschaftern als neue Mitglieder im Aufsichtsrat bestätigt wurden Frau Annette Wick für die Stadt Diez, und Herr Matthias Berkessel für die Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG.

Turnusmäßig wurde weiterhin der gesamte Aufsichtsrat mit dem Vorsitzenden Landrat Michael Köberle und seinem Stellvertreter Erster Kreisbeigeordneter Jörg Sauer von den Gesellschaftern für weitere vier Jahre im Amt berufen.

Wie in den Jahren zuvor bestand 2019 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Mittelpunkt bildeten hierbei betriebswirtschaftliche Fragestellungen, Standortthemen, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie Fragen zur Infrastrukturplanung.

Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr war erneut die Betreuung und Beratung von Unternehmen und Existenzgründern. Neben individuellen Beratungen konnte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellen. Die monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmersprechtage waren gut besucht.

Die erfolgreiche Beratungsleistung der WFG und ihrer Partner zeigt sich darin, dass der Landkreis im aktuellen Gründerreport der IHK´en hinter Offenbach, Frankfurt und Wiesbaden auf dem vierten Platz hinsichtlich der Gründungsintensitäten liegt. Auch beim An-

stieg der sozialversicherten Beschäftigten liegt der Landkreis laut einem Gutachten der namhaften Prognos AG in Mittelhessen an erster Stelle.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2019 vor allem der gemeinsame Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Expo Real in München hervorzuheben.

Im Bereich der Ansiedlung und Bestandsentwicklung konnte die WFG im Geschäftsjahr erfolgreich Vorhaben in der Region initiieren und begleiten.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg-Wetzlar, dem Jobcenter und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Juni auch wieder ihren Gründertag. Es gelang den Veranstaltern, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2019 der weitere Ausbau der Breitbandinfrastruktur in der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen kostengünstige Projekte generieren.

Auf Grund des von der WFG in 2014 erstellten Entwicklungskonzeptes für die Region wurde der Landkreis im Frühjahr 2015 vom Land Hessen offiziell als LEADER-Region anerkannt. Mit dieser Anerkennung stehen dem Landkreis bis zum Ende der EU-Förderperiode im Jahre 2020 ca. 2.100.000,00 € als anteiliger Zuschuss für Projekte zur Verfügung.

Der Trägerverein des LEADER-Prozesses, Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e.V., beauftragte die WFG für den Zeitraum 01.08.2015 – 31.12.2020 mit dem erforderlichen Regionalmanagement. Im Rahmen des Regionalmanagements der WFG konnten in 2019 mehrere Projekte erfolgreich aus dem LEADER-Budget gefördert werden. Insgesamt konnten bislang gut 1.634.451,00 € an Zuschüssen in die Region gelenkt werden.

Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 ebenfalls bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich erneut ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch in 2019 konnte die WFG Zuschüsse für überwiegend erstmals geschaffene Ausbildungsplätze durch junge Unternehmen im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Zusammenfassendlässt sich feststellen, dass die WFG im Geschäftsjahr 2019 in allen Aufgabengebieten ihre Beratungsleistungen erneut sehr erfolgreich anbieten konnte.

Die Veränderungen der Vermögens- und Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr zeigt die folgende Übersicht:

	31.12.2019			**31.12.2018**	
	T€	%		T€	%
Finanzanlagen	3	0,4		3	0,4
Umlaufvermögen/RAP	740	99,6		783	99,6
	743	**100,0**		**786**	**100,0**
Eigenkapital	389	52,3		433	55,1
Langfristige Verbindlich-keiten	314	42,3		314	40,0
Kurzfristige Verbindlich-keiten	40	5,4		39	4,9
	743	**100,0**		**786**	**100,0**

Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage im Vorjahresvergleich:

	2019	2018	Ergebnisveränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erträge aus Zu-schüssen	396	421	36	9,4
Aufwendung	-440	-408	-58	16,6
Sonstige Steuern		+20	+31	
Jahresergebnis	-44	33	9	37,5

Laut Haushaltsplan für 2019 war bereits ein Verlust von T€ 18 erwartet worden. Da keine Sicherheit besteht, dass Forderungen an den Landkreis für Beiträge aus 2017 – 2019 ausgeglichen werden, wurde eine Einzelwertberichtigung von T€ 23 gebildet.

Der einmalige Effekt in 2018 aus der Rückzahlung von Vorsteuern entfiel in 2019. Der Verlust von T€ 44 ist erklärbar aus dem erwarteten Fehlbetrag laut Etat sowie der Einzelwertberichtigung

Prognosebericht

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.
Ab der Änderung der Vermögenseinlagen (Übertragung der stillen Beteiligung an der Naspa an die Zweckgesellschaft ZVN und Tilgung des Kredites bei der HSH Nordbank) erhält der Landkreis Limburg-Weilburg über diese die jährliche Aval-Provision aus seiner Beteiligung. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat am 11.12.2015 beschlossen, dass die Aval-Provision aus dieser Beteiligung weiterhin als Zuweisung an die WFG fliesen wird.
Für das Geschäftsjahr 2020 rechnet die Gesellschaft mit einem leicht negativen Ergebnis. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass dies auch in 2021 der Fall sein wird.

Nachtragsbericht

Die Gesellschaft ist von Terminabsagen durch die Corona-Pandemie nur indirekt betroffen. Das Weitere hängt vom Verlauf der Maßnahmen ab. Wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu erwarten.

Chancen- und Risikobericht

Freiwillige Leistungen insbesondere der öffentlichen Haushalte unterliegen immer den Risiken konjunktureller Schwankungen bzw. deren Auswirkungen auf die Einnahme- und Ausgabenseiten der jeweiligen Einrichtungen. In Relation zum Kapitalvolumen der Gesellschafter ist das finanzielle Risiko für diese bzw. für die Gesellschaft aber als sehr gering einzustufen.
Chancen ergeben sich durch erhöhte Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im Zuge einer positiven Konjunkturentwicklung.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Landkreis Limburg-Weilburg leitet die Avalprovision aus seiner Beteiligung an der ZVN Finanz GmbH jährlich zur Finanzierung der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH weiter. Der Betrag belief sich 2019 auf 161.000 €.

4.2 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Carl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital: 25.000 Euro

Gesellschafter:			
	Landkreis Limburg-Weilburg	**2.850 Euro**	**11,4 %**
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rheingau-Taunus-Kreis	5.000 Euro	20,0 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.850 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	1.150 Euro	4,6 %

Gründungsjahr: 2006

Gesell.-vertrag: 29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:
Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2019 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Mitwirkung in der Gesellschafterversammlung
Landrat Michael Köberle

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Anlagevermögen	62.000.000,00	62.000.000,00
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonst Vermögensgegenstände	2.156.015,21	2.215.366,78
Guthaben bei Kreditinstituten	186.765,13	73.416,29
Summe	**64.342.780,34**	**64.288.783,07**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Eigenkapital		
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.500,00	12.500,00
Einlage des stillen Gesellschafters	-	-
Gewinnrücklagen	830.532,26	777.096,78
Jahresüberschuss	53.758,20	53.435,48
Rückstellungen	17.052,38	16.813,31
Verbindlichkeiten	63.428.937,50	63.428.937,50
Summe	**64.342.780,34**	**64.288.783,07**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	2.132,73
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	6.094,40	6.397,37
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	1.724.220,00	1.682.680,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.638.408,02	1.596.286,91
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24.959,38	27.692,97
Jahresüberschuss	**53.758,20**	**53.435,48**

Geschäftsentwicklung und Lage

Die ZVN Finanz GmbH hält bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlagen von nom. 62,0 Mio EUR mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2025. Die bisherige Laufzeit bis 31. Dezember 2032 wurde im Wege einer Vertragsänderung gekürzt.

Zur Refinanzierung hat die ZVN Finanz GmbH ein kommunalverbürgtes Schuldscheindarlehen von 62,0 Mio EUR mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2025 und fester Verzinsung aufgenommen sowie als Sicherungsinstrument für das Darlehen einen Zinsswap mit einer Laufzeit ebenfalls bis zum 30. Dezember 2025 abgeschlossen (Mikro-Hedge).

Aus den Geschäften ergibt sich für die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die ZVN Finanz GmbH einen Jahresüberschuss von rund 54 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2019 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Ausblick

Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlagen und des aufgenommenen Darlehens ist bis 30. Dezember 2025 fest vereinbart und der als Sicherungsinstrument für das Darlehen abgeschlossene Zinsswap hat eine Laufzeit bis 30. Dezember 2025. Daher bestehen für die ZVN Finanz GmbH bis zum 30. Dezember 2025 keine Zinsänderungsrisiken, sodass das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtungen für die bei ihr platzierten stillen Einlagen aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Landkreis Limburg-Weilburg hält über die ZVN Finanz GmbH bei der Nassauischen Sparkasse eine platzierte stille Einlagen von derzeit 7 Mio EUR. Die Avalprovision aus dieser Einlage betrug 2019 161.000 €.

Diese wird kreisintern zur Finanzierung der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH weitergeleitet.

4.3 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital:	130.000 Euro	entspricht 100,000 %
Anteil Landkreis Limburg-Weilburg:	12.500 Euro	entspricht 9,6153 %

Weitere Gesellschafter:

Lahn-Dill-Kreis	9,6153 %
42 Städte und Gemeinden mit je	1,92 %

Gründungsjahr: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Geschäftsführung
Kira Lampe
Dirk Hans-Otto Plate

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
Peter Trottmann	

Gesellschafterversammlung:
Michael Köberle, Landrat
Christian Radkovsky,
Elke-Lore Fehr,
Thomas Werner,
Karl-Heinz Stoll

Bezüge
Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 285 Nr. 9 HGB wird Gebrauch gemacht. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung erhalten keine Vergütung.

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Immaterielle Vermögengegenstände	1.672,00	6.673,00
Sachanlagen	121.278,00	158.369,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:		
- aus Lieferungen und Leistungen	692.272,68	345.569,90
- gegen Gesellschafter	229.265,75	614.989,06
sonstige Vermögensgegenstände	1.506.619,74	554.851,32
Kassenbestand	19.410.657,50	16.654.880,39
Rechnungsabgrenzungsposten	188.645,64	411.361,64
SUMME AKTIVA	**22.150.411,31**	**18.746.694,31**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	4.463.620,02	4.463.620,02
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	1.982.799,56	0,00
Sonderposten für Investitionszuschüsse	8.506,00	13.799,00
Sonstige Rückstellungen	2.255.477,64	1.482.803,00
Verbindlichkeiten	906.195,78	146.723,13
Rechnungsabgrenzungsposten	4.910.690,16	5.016.627,01
SUMME PASSIVA	**22.150.411.31**	**18.746.694,31**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Umsatzerlöse	18.246.821,45	16.900.917,37
+ sonstige betriebliche Erträge	10.821.727,28	5.164.823,46
- Materialaufwand	22.189.446,80	20.102.352,46
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	1.150.491,88	1.107.832,14
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	323.590,56	302.642,24
Abschreibungen auf Sachanlagen	50.929,17	48.610,96
- sonstige betriebliche Aufwendungen	3.370.456,76	503.329,03
Ergebnis nach Steuern	**1.983.633,56**	**974,00**
Sonstige Steuern	834,00	974,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**1.982.799,56**	**0,00**

Situationsbericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH (VLDW mbH) nimmt für die Landkreise Lahn-Dill und Limburg-Weilburg die Aufgabenträgerschaft für den lokalen Busverkehr nach dem hessischen ÖPNV-Gesetz wahr. Sie ist Partner des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV), der u.a. für den Schienenverkehr und den regionalen Busverkehr zuständig ist. Aufgabe der VLDW ist es, gemeinsam mit dem RMV den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu organisieren, zu finanzieren und kundengerecht weiterzuentwickeln.

Insgesamt sind im VLDW Gebiet 15 lokale Linienbündel nach europaweiter Ausschreibung vergeben: Sechs im Landkreis Limburg Weilburg (LLW) und neun im Lahn-Dill-Kreis (LDK). Im LDK werden mit 103 Fahrzeugen 5,2 Mio. Nutzwagenkilometer (Nutz-Wkm) erbracht, im LLW mit 50 Fahrzeugen 1 ,8 Mio. Nutz-Wkm.

Im Lagebericht 2018 wurde die Insolvenz des Verkehrsunternehmens Gebrüder Schermuly Busunternehmen GmbH & Co. KG zum November 2018 erwähnt. Dieses war Partner im Verkehrsunternehmen B.u.S. Linienverkehr, welches seit Dezember 2017 die Linienbündel LDK Herborn - Süd und LDK Herborn - Nord betrieb. Das Partnerunternehmen Bender Reisen GmbH & Co. KG erbringt seit 01. Februar 2019 die Leistung in diesem Bündel zu 100%.

Weitere Auswirkungen der Insolvenz betreffen den Stadtlinienverkehr Limburg und das Linienbündel LLW-B49 im Bereich des Gesellschafters Landkreis Limburg-Weilburg, hier übernahm zum 14. März 2019 der Omnibusbetrieb Franz Käberich, Inh. Thomas Reichwein den Betrieb in den beiden Bündeln.

Der seit 2017 laufende Pilotversuch "Schülerticket Hessen" für Schüler und Schülerinnen sowie Auszubildende, befindet sich im 3. Jahr. Das hessenweite Schülerticket ist ein besonders attraktives Angebot für Schüler und Auszubildende (bei Projektstart für das Schuljahr EUR 365,00/Ticket) und soll eine längerfristige Bindung junger Menschen an den ÖPNV schaffen.
Das Land Hessen stellt hierfür Mio. EUR 20 zur Verfügung, um etwaige Defizite auszugleichen.

Die von der Gesellschaft betriebene Mobilitätszentrale in Weilburg, die neben den RMV Produkten auch DB Fernverkehrsprodukte vertreibt, beschäftigt im Geschäftsjahr drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Mobilitätszentrale in Wetzlar beschäftigt ebenfalls drei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Durch die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2017 - 2021 wurde auch auf Verbundebene weitere Klarheit in der ÖPNV Finanzierung geschaffen. Hessen erhält dabei vom Bund zwar zunächst ca. 50 Mio. EUR jährlich mehr aus der Verteilung der Regionalisierungsmittel, es besteht aber weiterhin eine Deckungslücke von ca. 66 Mio. EUR jährlich zwischen dem Mittelbedarf der Verbünde und den zur Verfügung stehenden Regionalisierungs- und KFA- Mitteln.

Diese Finanzierungslücke soll zu jeweils einem Drittel vom Land, den Verbünden und der kommunalen Ebene getragen werden. Daraus ergibt sich, dass die Verbünde ca. 22,9 Mio. EUR jährlich selbst tragen müssen, welche Auswirkungen dies auf die lokale Ebene haben wird, bleibt abzuwarten. Positiv zu bewerten ist, dass die regionalen Leistungsbestellungen im RMV bis 2021 gesichert sind.

Die Umsetzung des LHO Tarifs mit dem Tarifabschluss mit Gültigkeit ab Februar 2017 bis März 2019, führte zu hohen Auswirkungen in der Preisentwicklung der Verkehrs-Service Verträge.
Die vom "runden Tisch" erarbeitete Lösung aus den Lageberichten 2016 und 2017, der sogen. "Hessen Index", wurde inzwischen in die Verkehrs-Service-Verträge der VLDW mbH übernommen.

Im Dezember 2019 erfolgte der Tarifabschluss des LHO für den Zeitraum April 2019 bis März 2024. Hier werden erneut hohe Auswirkungen in der Preisentwicklung der Verkehrs-Service-Verträge zum Tragen kommen. Alleine für das Jahr 2019 wird mit einer Steigerungsrate des Hessen-Indexes von um die 6% gerechnet, für das Jahr 2020 sogar um die 12%.

Weiterhin muss klar angemerkt werden, dass im Personalbereich sehr große Probleme und Risiken in der Entwicklung des ÖPNV für die nächsten Jahre liegen. Insbesondere die zukünftige Aus- bzw. Weiterbildung von Busfahrpersonal, vor dem Hintergrund einer leistungsgerechten Bezahlung, kann hier zu existenziellen Schwierigkeiten bei Verkehrsunternehmen führen.

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Allgemeines

Die Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg sichern als Aufgabenträger entsprechend § 5 Absatz 1 und 2 und § 11 des Hessischen ÖPNV Gesetzes (HÖPNVG), die finanziellen Grundlagen des öffentlichen Personennahverkehrs jeweils für ihren Verkehrsbereich.

Der Jahresüberschuss der VLDW beträgt für das Geschäftsjahr 2019 TEUR 1.983. Zu beachten ist hierbei, dass unterjährig die Gesellschafter LDK und LLW bereits Umlagezahlungen auf das zu erwartende Defizit getätigt haben. Werden die genannten Umlagezahlungen nicht berücksichtigt, ergibt sich für 2019 ein Jahresfehlbetrag von TEUR 4.126.

Darlehen

Aufgrund der Entwicklung in der Zinspolitik, wurde von den Hausbanken der VLDW mbH (Sparkasse Wetzlar und Kreissparkasse Weilburg) Anfang 2017 kurzfristig für die liquiden Mittel der VLDW mbH Strafzinsen in Höhe von 0,4% angekündigt, diese wurden 2019 auf 0,5% erhöht.

Die Lösung aus 2017, bei Bedarf eine Darlehensvereinbarung (die sogen. "Liquiditätshilfe") mit den Gesellschaftern Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg abzuschließen, konnte in 2019 erneut nicht umgesetzt werden. Sie ruht daher weiterhin.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Darstellung der Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Bilanzposten zum 31.12.2019 den Werten zum 31.12.2018 gegenübergestellt. Die wesentlichen Veränderungen der einzelnen Bilanzposten sind nachfolgend erläutert:

Gegenüber den Gesellschaftern bestanden zum 31.12.2019 Forderungen i.H.v. TEUR 229, gegenüber TEUR 615 in 2018. Hier handelt es sich überwiegend um erwartete Abschlagszahlungen im Zusammenhang mit dem Ausbau von Barrierefreien Haltestellen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen steigen von TEUR 29 in 2018 auf TEUR 836. Hauptsächlich den ausstehenden Abrechnungen der Verkehrs-Verträge geschuldet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sinken von TEUR 97 in 2018 auf TEUR 44 in 2019.

Das Eigenkapital steigt von TEUR 12.087 auf TEUR 14.069.

Die Rückstellungen mit TEUR 2.255 enthalten im Wesentlichen, Zusatzleistungen im Regionalbusnahverkehr (RBNV, TEUR 83) und Verkehrs-Service-Verträgen (VSV, TEUR 261) sowie rückständige Infrastrukturkastenausgleichsleistungen (TEUR 13) und Mittel für das Einnahmeaufteilungsverfahren (EAV) 2019 (TEUR 1.804).

Der passive Abrechnungsposten (PRAP) bleibt auf hohem Niveau: 2018 wurden TEUR 5.017 ausgewiesen, in 2019 TEUR 4.911. Dargestellt wird hier hauptsächlich die Verpflichtung der Abgrenzung von Erlösen aus dem Bereich "Schülerticket Hessen" (ehem. CleverCards).

Kapitalstruktur	**31.12.2019**		**31.12.2018**	
Langfristig verfügbares Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Eigenkapital	14.069	63,5	12.087	64,5
Sonderposten Investitionszuschüsse	9	0,0	13	0,1
	14.078	63,5	12.100	64,5

	31.12.2019		31.12.2018	
Mittel-/kurzfristig verfügbares Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Rückstellungen	2.255	10,2	1.483	7,9
Verb. aus Lieferungen und Leistungen	836	3,8	29	0,2
Verb. Gegen Gesellschafter	44	0,2	97	0,5
Sonstige Verbindlichkeiten	26	0,1	21	0,1
Rechnungs-abgrenzungsposten	4.911	22,2	5.017	26,8
	8.072	36,5	6.647	35,5
	22.150	**100,0**	**18.747**	**100,0**

Vermögens-struktur	31.12.2019		31.12.2018	
Langfristig gebundenes Kapital	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	123	0,6	165	0,9

	31.12.2019		31.12.2018	
Mittel-/kurzfristig gebundenes Kapital	TEUR	**%**	TEUR	**%**
Umlaufvermögen				
Forderungen aus den Lieferungen und den Leistungen	692	3,1	346	1,8
Forderung gegen Gesellschafter	229	1,0	615	3,3
Sonstige Vermögensgegenstände	1.507	6,8	555	3,0
Liquide Mittel	19.410	87,6	16.655	88,8
Rechnungs-abgrenzungsposten	189	0,9	411	2,2
	22.027	99,4	18.582	99,1
	22.150	**100,0**	**18.747**	**100,0**

Darstellen der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

In der folgenden Übersicht sind die Erträge und Aufwendungen des Berichtsjahres Aufbereitet und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Ertragslage	**2019**	**Vorjahr**	**Veränderung**
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	18.247	16.901	1.346
Sonstige betriebliche Erträge	10.821	5.164	5.657
Materialaufwand	22.189	20.102	2.087
Personalaufwand	1.474	1.410	64
Abschreibungen	51	49	2
Sonstige betriebliche Anwendungen	3.370	503	2.867
Finanzergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.984**	**1**	**1.983**
			0
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresergebnis	**1.983**	**0**	**1.983**

Die Umsatzerlöse steigen um TEUR 1.346. Zur Steigerung trägt insbesondere der Bereich "sonstige Erlöse ohne USt. BiiRuG" mit TEUR 134 bei. Hier werden die Erträge aus der Lokalisierungsvereinbarung zwischen RMV und VLDW mbH für die Linienbündel LDK - Herborn/Nord und Süd, sowie LDK – Ehringshausen mit TEUR 1.247 abgebildet. Hinzu kommt eine Steigerung um TEUR 750 aus "Erlöse aus Fahrkarten Handy Ticket und Ticketshop". Hier handelt es sich allerdings nur um eine Verschiebung in der Darstellung in Verbindung mit dem Einnahmeaufteilungsverfahren des RMV, welches im Aufwand abgebildet wird.
Die "Erlöse aus Fahrgeldeinnahmen" steigen von TEUR 11.391 in 2018 um TEUR 243 auf TEUR 11.634.

Die sonstigen betrieblichen Erträge steigen von TEUR 5.164 um TEUR 5.657 auf TEUR 5.164.
Hier wird der Finanzierungsbedarf der VLDW mbH abgebildet: Die Erträge aus Verbandsumlage Verkehr stiegen von TEUR 3.803 um TEUR 2.853 auf TEUR 6.656 in 2019. Die in den Jahren 2017 und 2018 gewählte "NullStellung" des Jahresergebnisses der VLDW mbH, wird abgelöst durch die Vorgehensweise bis 2016; das Jahresergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Darüber hinaus ergeben sich noch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Erträge für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen, Ausgleichzahlungen nach §§ 228 ff. SGB IX, sowie periodenfremde Erträge.

Die Aufwendungen für bezogenen Leistungen (Materialaufwand) gesamt sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 20.102 um TEUR 2.087 auf TEUR 22.189 gestiegen. Hauptursächlich sind hier die Aufwendungen für Verkehrs-Service-Verträge. Sie sind von TEUR 15.123 um TEUR 1.706 auf TEUR 16.829 gestiegen. Stichworte hierzu sind Steigerungsraten "Hessenindex" und "Kraftstoff". Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Zusammenhang die gestiegenen Aufwendungen für sogen. "Baustellenverkehre" und die Folgekosten des Insolvenzverfahrens eines Verkehrsunternehmens.

Die Personalaufwendungen stiegen von TEUR 1.410 um TEUR 64 auf TEUR 1.474 in 2019. Im Vergleich zum Plan 2019 von TEUR 1.499 ergab sich eine Differenz von TEUR 25. Ursächlich hierfür ist die Elternzeit einer Mitarbeiterin.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um TEUR 2.867 von TEUR 503 in 2018 aufTEUR 3.370 in 2019. Hauptursächlich sind hier die Aufwendungen für den Barrierefreien Ausbau von Haltestellen mit TEUR 2.655.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklungen und Chancen

Es ist für die nächsten Jahre weiterhin damit zu rechnen, dass auf Grund knapper Finanzierungsmittel für den ÖPNV die Finanzsituation schwierig bleibt. Es gilt daher (mindestens) den Status Quo im ÖPNV Angebot zu sichern und damit eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Der Lahn-Dill-Kreis erarbeitet seit 2018 einen neuen Nahverkehrsplan, der Landkreis Limburg Weilburg will 2020 damit beginnen. Hier soll dem gesellschaftlichen Wandel im Thema "Mobilität" Rechnung getragen werden.

Da die Schüler/-innen die wichtigste Kundengruppe im ländlichen Raum darstellen, gilt es insbesondere den Herausforderungen einer sich wandelnden Schullandschaft sowie zurückgehender Schülerzahlen Rechnung zu tragen.

In 2019 gab es keine Ausschreibung im Bereich des Gesellschafters Lahn-Dill-Kreis. Für den Bereich des Landkreises Limburg-Weilburg wurden in 2019 Ausschreibungen für die Betriebsaufnahme Dezember 2020 vorbereitet; betroffen sind die Linienbündel LLW - Bad Camberg, LLW - Weilburg und LLW- Ost.

Abzuwarten bleibt weiterhin die Entwicklung der im März 2017 beschlossenen Einführung eines Modellprojektes "hessenweiten Schülertickets", welches über einen Zeitraum von 3 Jahren laufen soll. Das Schuljahr 2019/2020 ist das 3. Jahr, eine Verlängerung wurde bereits beschlossen. Über die Finanzierung des Defizits, werden noch Verhandlungen geführt. Das Land Hessen sieht in diesem Ticket die Möglichkeit junge Menschen verstärkt an den ÖPNV heranzuführen und erhofft sich eine Zunahme von bis zu 10% mehr Fahrgästen.

Darüber hinaus werden vermehrt sogen. "Flat-Rates" diskutiert: Das "Seniorenticket 65+" wurde zum 01. Januar 2020 bereits eingeführt, weitere stehen in der Diskussion, bzw. in der zurzeit gültigen Koalitionsvereinbarung des Landes Hessen, das sogen. "Bürger-Ticket". Dies kann als Chance für eine Zunahme von Fahrgästen gesehen werden, birgt aber auch gewisse Risiken.

Aufgrund des sich seit Januar 2020 außerhalb Chinas sprunghaft ausweitenden Coronavirus Sars-CoV-2 werden sich im Jahr 2020 auch im Aufgabengebiet der VLDW mbH Auswirkungen zeigen. Absehbar ist zurzeit ein starker Rückgang der Fahrgeldeinnahmen in den Fahrzeugen und damit einhergehend eine Zunahme der Ausgleichsbeträge der Verkehrs-Service-Verträge der Verkehrsunternehmen. Abhängig ist dieser Rückgang von der Dauer der jetzt getroffenen Maßnahmen; diese ist nicht absehbar.

Ergebnisprognose für das folgende Geschäftsjahr

Der Wirtschaftsplan 2020 wurde mit TEUR 25.977 im Ertrag und Aufwand festgesetzt, die in voller Höhe auf den Erfolgsplan entfallen. Damit wird für das Jahr 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 0 gerechnet.

Hierbei ist zu beachten, dass der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis mit TEUR 2.990 und der Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 2.970, bereits in den Einnahmen des Erfolgsplanes berücksichtigt wurden.

Inwieweit der aufgeführte Sachverhalt zu Sars-CoV-2 sich im Ergebnis niederschlagen wird, kann noch nicht beziffert werden. In der unterjährigen Liquidität der Fahrgeldeinnahmen ergab sich alleine für den Monat März 2019 ein Betrag von TEUR 613. Auch die Auswirkungen auf das Einnahmeaufteilungsverfahren des RMV sind noch nicht absehbar.

Die für das Jahr 2017 vorgenommene Änderung in der Darstellung, Ausweis des Finanzierungsbedarfes, wird in 2019 angepasst auf den bis 2016 erfolgten Vortrag auf neue Rechnung.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In den Lageberichten 2017 und 2018 wurde ausgeführt "*Die … genannte Einführung des hessenweiten Schülertickets und die Erwartung des Landes Hessen von einem Zuwachs von bis zu 10% an Fahrgästen, kann auch gleichzeitig als "Risiko" gesehen werden; Bei einem Eintreffen dieser Prognose, bedeutet dies im Umkehrschluss eine Erwartungshaltung an zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Dies birgt ein nicht unerhebliches Risiko an zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für zusätzliche Fahrzeuge und Personale." Hierzu kann frühestens im Frühjahr 2019 mit endgültigen Angaben für das erste Projektjahr (Schuljahr 201712018) gerechnet werden.*"
Auch im Geschäftsjahr 2019 waren die Kapazitäten ausreichend, aber eine endgültige Aussage lässt sich weiterhin (noch) nicht treffen.

In diesem Zusammenhang kann die aufgeführte Entwicklung im Produktbereich "Flat-Rates" weiterhin als Risiko gewertet werden. Im Dezember 2019 wurde das hessenweite Seniorenticket, in der einfachen Form für 365 EUR, als Komfortprodukt für 625 EUR, eingeführt. Wie bei der Einführung des pauschalierten hessenweiten Schülertickets bleibt die Frage, wie ein eventuell entstehendes Defizit aufgefangen werden kann. Wenn die Nutzer-Finanzierung nicht mehr obere Priorität hat, muss die entstehende Finanzierungslücke anderweitig aufgefüllt werden.

Zu berücksichtigen sind auch etwaige Entwicklungen aus den (noch) zu verabschiedenden neuen Nahverkehrsplänen der Landkreise. Eine Verkehrswende im ÖPNV wird steigende Defizite auslösen. Hier muss mit zusätzlichen Landes- und Bundesmitteln die lokale Ebene unterstützt werden.

Über die Darstellungen hinaus kann derzeit nicht seriös abgeschätzt werden, wie die Risiken aus der Entwicklung des SarsCoV-2 zu beziffern sind.

Die Finanzierung und Entwicklung des ÖPNV bleibt weiterhin die spannende Frage der Zukunft.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

In 2019 wurden Ausgleichszahlungen an die VLDW in Höhe von 2.699.999,80 € gezahlt. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung wurden zusätzliche 88.372,25 € gezahlt.

Bei den folgenden Beteiligungen (4.4 - 4.10) wird die Darstellung aufgrund der geringen Anteile des Landkreises Limburg-Weilburg auf einen tabellarischen Steckbrief reduziert.

4.4 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Adresse:	Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen	
Homepage:	www.mittelhessen.org	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Stammkapital:	25.000,00 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	1.351,00 €	entspricht 5,4%
Gründungsjahr:	27. Dezember 2012	
Gesellschafter seit:	27. Dezember 2012	

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Bilanzsumme 2019: 293.075,67 €

Jahresergebnis 2019: + 20.477,21 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:

Landrat Michael Köberle	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Mit dieser Beteiligung verbunden ist ein Jahresbeitrag in Höhe von 20.000 € zur laufenden Finanzierung der GmbH.

4.5 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH

Adresse:	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a. T.	
Homepage:	www.rmv.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Stammkapital:	690.244,04 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	25.564,59 €	entspricht 3,704 %
Gründungsjahr:	30. Juni 1994	

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:
Regionalisierter Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bilanzsumme 2019: 43.831.000,00 €

Jahresergebnis 2019: 0 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:

Landrat Michael Köberle (ab 27. Mai 2019)	Aufsichtsrat Gesellschafterversammlung

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 183.862,48 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

4.6 FrankfurtRheinMain GmbH

FrankfurtRheinMain GmbH
International Marketing of the Region

Adresse: Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt am Main

Homepage: www.frm-united.com

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital:	250.000,00 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	2.500,00 €	entspricht 1%

Gründungsjahr: 24. März 2005

Gesellschafter seit: 24. März 2005

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Bilanzsumme 2019: 836.577,48 €

Jahresergebnis 2019: - 4.774.153,86 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:

Landrat Michael Köberle	Aufsichtsrat

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Mit der Beteiligung verbunden ist ein jährlicher Gesellschafterbeitrag in Höhe von 40.000 €. Die Hälfte des Betrages wird aufgrund der positiven Synergieeffekte für die Stadt Limburg durch diese erstattet. Die Zahlungen und Erstattungen werden über das Produkt 2015, Tourismus und Wirtschaftsförderung abgewickelt.

4.7 Nassauische Heimstätte
Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm

UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE
WOHNSTADT

Adresse:	Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt	
Homepage:	www.naheimst.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Stammkapital:	119.965.553,00 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	10.140,00 €	entspricht 0,008 %
Gründungsjahr:	1920	
Gesellschafter seit:	30. Juni 2017	

Gegenstand des Unternehmens:
Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.
Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilserwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Bilanzsumme 2019: 2.245.526.634,68 €

Jahresergebnis 2019: + 33.928.070,17 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:
Landrat Michael Köberle Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
keine

4.8 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG

Adresse:	Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar	
Homepage:	www.gewobau-wetzlar.de	
Rechtsform:	eingetragene Genossenschaft	
Stammkapital:	5.959.145,81 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	5.500,00 €	entspricht 0,092 %
Gründungsjahr:	14. Juli 1904	

Gegenstand des Unternehmens:
Zweck der Genossenschaft ist dir Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, erwerben, veräußern und betreuen; sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Bilanzsumme 2019: 40.615.405,98 €

Jahresergebnis 2019: 220.598,99 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:
keine

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Für die Geschäftsanteile wurde in 2019 eine Dividende von 300,00 € ausgezahlt.

4.9 Volksbank Rhein-Lahn-Limburg eG

Adresse:	Werner-Senger-Str. 8. 65549 Limburg	
Homepage:	www.vvblm.de	
Rechtsform:	eingetragene Genossenschaft	
Stammkapital:	1.410.606.433,67(2018)	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	250,00 €	entspricht < 0,000%
Gründungsjahr:	2016 (durch Fusion der Volksbanken Rhein-Lahn und der Vereinigten Volksbank Limburg)	
Gesellschafter seit:	1970 über Vereinigte Volksbank Limburg	

Gegenstand des Unternehmens:
Zweck der Bank ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Bilanzsumme 2018: **1.992.874683,64 € (Jahresabschluss 2019 noch nicht veröffentlicht)**

Jahresergebnis 2018: **4.010.333,37 € (Jahresabschluss 2019 noch nicht veröffentlicht)**

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:

Michael Köberle, Landrat	Gast in der Vertreterversammlung

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Für die Geschäftsanteile wurde in 2019 eine Dividende von 14,23 € gezahlt.

4.10 Frankfurter Volksbank eG

Adresse:	Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt	
Homepage:	www.frankfurter-volksbank.de	
Rechtsform:	eingetragene Genossenschaft	
Stammkapital:	10.138.000.000 €	entspricht 100%
Einlage Landkreis:	250,00 €	entspricht < 0,000 %
Gründungsjahr:	1862	
Gesellschafter seit:	1970	

Gegenstand des Unternehmens:
Zweck der Bank ist gem. § 1 der Satzung die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften, insbesondere

- die Annahme von Spareinlagen und sonstigen Einlagen;
- die Gewährung von Krediten aller Art;
- die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen sowie die Durchführung von Treuhandgeschäften;
- die Durchführung des Zahlungsverkehrs;
- die Durchführung des Auslandsgeschäftes einschließlich des An- und Verkaufs von Devisen und Sorten;
- die Vermögensberatung, -vermittlung und -verwaltung;
- der Erwerb und die Veräußerung sowie die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Vermögenswerten;
- die Vermittlung oder der Verkauf von Bausparverträgen, Versicherungen und Immobilien.

Bilanzsumme 2019: 12.258.000.000 €

Jahresergebnis 2019: 12.700.000 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:
Michael Köberle, Landrat — Gast in der Vertreterversammlung

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Für die Geschäftsanteile wurde in 2019 eine Dividende von 5,06 € gezahlt.

5 Wasser- und Bodenverbände, Zweckverbände

5.1 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43, 65549 Limburg

Rechtsform: Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitglieder:

Landkreis Limburg-Weilburg	54%
Gemeinde Beselich	46%

Gründungsjahr: 1984

Verbandssatzung: 20. April 2010

Geschäftsführer: Stefan Lorber

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Michael Köberle, Landrat	Verbandsvorsteher
Jörg Sauer, Erster Kreisbeigeordneter	

Verbandsversammlung:
Burkhard Hölz (Kreistagsabgeordneter)
Regina Heep (Kreistagsabgeordnete)

Der Vorstand und die Verbandsversammlung bestehen jeweils aus Vertretern des Landkreises Limburg-Weilburg sowie der Gemeinde Beselich.

Bezüge
Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.
Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ergebnis 2019 in €	Ergebnis 2018 in €	Ergebnis 2017 in €
Summe der ordentlichen Erträge	527.072,97	519.045,46	518.896,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-414.982,61	-398.914,84	383.284,22
Verwaltungsergebnis	112.090,36	120.130,62	135.611,78
Finanzergebnis	-67.718,15	-70.573,90	-73.821,76
Ordentliches Ergebnis	44.372,21	49.556,72	61.790,02
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	**44.372,21**	**49.556,72**	**61.790,02**

Lagebericht

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Jahres 2019 bildete die in der Sitzung der Verbandsversammlung am 29. November 2018 beschlossene Haushaltssatzung des Abwasserverbandes Christianshütte. Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde im Haushaltsjahr 2019 nicht beschlossen. Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2019 durch das Regierungspräsidium Gießen erfolgte am 6. Februar 2019.

Im Ergebnishaushalt schließt der Haushaltsplan 2019 mit einem Überschuss von 13.100,00 € ab. Für anstehende Investitionen in die technische Ausstattung der Kläranlage wurde ein Betrag von 100.000,00 € in Ansatz gebracht. Zuzüglich einer übertragenen Haushaltsermächtigung von 245.000,00 € aus dem Haushaltsjahr 2018 stand somit insgesamt ein Betrag von 345.000,00 € zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigungen und Kredite wurden keine festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wurde auf 100.000,00 € festgesetzt. Aufgrund der Liquidität der Verbandskasse war im Haushaltsjahr 2019 die Aufnahme eines Kassenkredits nicht erforderlich.

Der Beitrag des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg wurde auf 237.600,00 € festgesetzt. Der Beitrag der Gemeinde Beselich wurde auf 202.400,00 € festgesetzt. Die vom Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg und der Gemeinde Beselich zu zahlenden Beiträge entsprechen somit dem Vorjahr.

Der nun vorliegende Jahresabschluss 2019 wurde durch den Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Finanzbuchhaltung der Kreisverwaltung Limburg-Weilburg aufgestellt. Landrat Michael Köberle hat den vorliegenden Jahresabschluss unterzeichnet. Aufgrund der geringen Anzahl von Sitzungen des Vorstandes des Abwasserverbandes Christianshütte wurde auf einen formellen Aufstellungsbeschluss nach § 112 Abs. 9 HGO verzichtet.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Verbandes

Der Neubau der Kläranlage bietet aus Sicht des Abwasserverbandes Christianshütte die Chance dafür, dass die Kläranlage den neuesten Anforderungen an den Stand der Technik gerecht wird und die gesetzlichen Überwachungswerte eingehalten werden. Damit trägt der Verband zur Verbesserung der Wasserqualität des Kerkerbachs bei. Im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen leistet der Verband hier einen wichtigen Beitrag.

In der Obertiefenbacher Str. in Schupbach sollen der Verbandssammler und die gemeindliche Trinkwasserleitung ausgetauscht, die Kanal- und Wasserhausanschlüsse erneuert sowie die Straße einschließlich der Nebenanlagen grundhaft erneuert werden. Die Federführung der Umsetzung der Gesamtbaumaßnahme liegt bei der Gemeinde Beselich, da der prozentuale Schwerpunkt der umzusetzenden Baumaßnahmen bei der Gemeinde liegt. Nach der vorliegenden Kostenschätzung des Ingenieurbüros belaufen sich die Gesamtbaukosten einschließlich Planungskosten auf 670.000 € Brutto. Hiervon entfällt ein Anteil von 43 % auf den Abwasserverband Christianshütte (= 290.000 €).

Im Haushalt des Abwasserverbandes ist bisher für diese Maßnahme ein Betrag von 330.000 € zur Verfügung gestellt, der als Haushaltsausgabeermächtigung in das Jahr 2020 übertragen wurde. Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Christianshütte hat in ihrer Sitzung am 16. Februar 2017 die Umsetzung dieser Baumaßnahme unter Federführung der Gemeinde Beselich beschlossen. Mit der Umsetzung der Maßnahme ist bisher noch nicht begonnen worden.

Neben der geplanten Durchführung der Kanalbaumaßnahme in der Obertiefenbacher Str. in Schupbach wurde im Abschlussjahr 2019 mit der Durchführung von verschiedenen Kanalsanierungsmaßnahmen aufgrund der Eigenkontrollverordnung (EKVO) begonnen. Im Jahr 2019 wurden hierfür ca. 11.000 € verausgabt. Diese Maßnahmen werden im Jahr 2020 fortgesetzt.

Nach § 30 der Verbandssatzung haben die Verbandsmitglieder dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Direkte Auswirkungen auf den Kreishaushalt bestehen nicht. Die Beiträge werden über das Sondervermögen des AWB entrichtet.

5.2 Sparkassenzweckverband Nassau

Adresse: Rheinstr. 42-46, 65185 Wiesbaden

Rechtsform: Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitglieder: Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt
Hochtaunuskreis
Landkreis Limburg-Weilburg
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1989

Verbandssatzung: 2005, zuletzt geändert im August 2010

Gegenstand des Unternehmens:
Der Verband ist Träger der Nassauischen Sparkasse. Die Anstaltslast wird ersetzt durch die folgenden Bestimmungen. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgabenmit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Jahresabschluss 2019:
Der Sparkassenzweckverband Nassau als Träger der Nassauischen Sparkasse erstellt keinen separaten Jahresabschluss.

Mitwirkung in den Organen des Verbandes:

Verbandsvorstand:
Dr. Norbert Zabel
N.N.

Verbandsversammlung:
Regina Heep
Ruprecht Keller
Markus Sabel

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
keine

5.3 Zweckverband Naturpark Taunus

Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.naturpark-taunus.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:

Hochtaunuskreis	38,22 %
Main-Taunus-Kreis	32,81 %
Wetteraukreis	7,61 %
Stadt Frankfurt am Main	7,61 %
Landkreis Limburg-Weilburg	**6,11 %**
Lahn-Dill-Kreis	6,11 %
Landkreis Gießen	1,53 %

Gründungsjahr: 1962

Geschäftsführer: Uwe Hartmann

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:
Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Bilanzsumme 2019: 3.331.211,30 €

Jahresergebnis 2019: 45.550,80 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:

Verbandsvorstand
Karl-Heinz Stoll, Mitglied des Kreisausschusses

Verbandsversammlung
Ferdinand Muth
Reinhold Ketter

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
Die Verbandsumlage für 2019 betrug 26.400 € und wird über das Produkt 4020 – Landentwicklung ausgezahlt.

5.4 Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Kreisverwaltung Cochem-Zell, Endertplatz 2, 56812 Cochem

Rechtsform: Zweckverband

Mitglieder:

Landkreise Ahrweiler,	Altenkirchen (Westerwald),
Alzey-Worms,	Bad Dürkheim,
Bad Kreuznach,	Bernkastel-Wittlich,
Birkenfeld,	Bitburg-Prüm,
Cochem-Zell,	Daun,
Donnersbergkreis,	Germesheim,
Kaiserslautern,	Kusel,
Limburg-Weilburg	Ludwigshafen,
Mainz-Bingen,	Mayen-Koblenz,
Merzig-Wadern,	Neunkirchen,
Neuwied,	Pirmasens,
Rhein-Hunsrück-Kreis,	Rhein-Lahn-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis,	Saarlouis
Saarpfalzkreis,	St. Wendel,
Stadtverband Saarbrücken,	Südliche Weinstraße,
Trier-Saarburg,	Westerwaldkreis,

Stammkapital: 2.200.000 Euro

Gründungsjahr: 1981 (Hessen)

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:
Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Aktuelle Situation

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg wurde durch das Landesgesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes vom 19. August 2014 (AGTierNebG) aufgelöst.

Das nicht innerhalb des zweijährigen Liquidationsverfahrens bis zum 22. September 2016 verwertete Vermögen, zu dem insbesondere Kredite zählen, wurde gem. § 6 Abs. 6 Satz 3 AGTierNebG auf den Altlastenzweckverband Tierische Nebenprodukte übertragen. Die Kosten, die aus dieser Vermögensübernahme resultieren, werden unter Rückgriff auf die ehemaligen Mitglieder des aufgelösten Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung von diesen getragen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:

Aus dieser Verpflichtung hat der Landkreis Limburg-Weilburg diesbzgl. eine Zahlungsverpflichtung bis voraussichtlich 31.12.2026. Für diese wurde eine Rückstellung gebildet.

Für das Jahr 2019 belief sich der Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg auf 49.880,19 €.

5.5 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Unternehmensportrait

Adresse: Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Homepage: www.kreis-bergstrasse.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:

Landkreis Aschaffenburg	3,37%
Landkreis Bergstraße	5,14%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,60%
Landkreis Groß-Gerau	5,06%
Hochtaunuskreis	4,50%
Landkreis Limburg-Weilburg	**3,33%**
Main-Kinzig-Kreis	7,94%
Main-Taunus-Kreis	4,48%
Odenwaldkreis	1,88%
Landkreis Offenbach	6,65%
Rheingau-Taunus-Kreis	3,55%
Rhein-Neckar-Kreis	10,42%
Wetteraukreis	5,79%
Stadt Aschaffenburg	1,33%
Stadt Darmstadt	2,94%
Stadt Frankfurt	13,88%
Stadt Mannheim	6,43%
Stadt Offenbach	2,34%
Stadt Wiesbaden	5,36%

Gründungsjahr: 1994

Gegenstand des Unternehmens:
Der Verband wurde am 01.07.1994 gegründet. Sitz des Verbandes ist Lampertheim im Kreis Bergstraße. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge.

Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße	
Verbandsvorstand	Diana Stolz, Kreis Bergstraße	Vorsitzender
	Oliver Grobeis, Odenwaldkreis	stellv. Vorsitzender
	Anja Crößmann-Scharf, LK Darmstadt-Dieburg	Mitglied
Verbandsversammlung	Gerhard Weber, Wetterau-Kreis	Vorsitzender
	Frank Sürmann, Bergstraße	stellv. Vorsitzender

Unternehmensdaten

Bilanz **Aktiva**	**2019 in €**	**2018 in €**
Flüssige Mittel	19.124,57	13.403,02
Summe	**19.124,57**	**13.403,02**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Netto-Position	191.221,59	191.221,59
Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-178.399,26	-157.777,87
Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-19,31	-19,31
Ordentlicher Jahresüberschuss	5.633,34	-20.521,29
Außerordentlicher Jahresabschluss	688,21	0,00
Verbindlichkeiten	0,00	600,00
Summe	**19.124,57**	**13.403,02**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Zum Ende des Jahres 2019 ergibt sich ein Finanzmittelbestand von 19.124,57 €.

Voraussichtliche Entwicklung

Aufgrund der Übertragung der Beseitigungspflicht auf ein Drittunternehmen ist mit keinen Veränderungen in den kommenden Jahren zu rechnen. Ab 01.01.2019 erhebt der Verband zu Deckung seiner Ausgaben gern. Beschluss der Verbandsversammlung vom 19.09.2018 eine Umlage.

Es handelt sich um vorläufige Daten zum Jahresabschluss 2019. Der Jahresabschluss konnte aufgrund des coronabedingten Ausfalls der Verbandsversammlung im November 2020 noch nicht beschlossen werden.

5.6 ekom21

Unternehmensportrait

Adresse: Carlo-Mierendorff-Straße 11, 35398 Gießen

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: 380 Städte und Gemeinden, 19 Landkreise, das Land Hessen und 94 sonstige Mitglieder

Stammkapital: 500.000,00 Euro

Anteil Landkreis: Stimmrechtsanteil richtet sich nach dem Jahresumsatz mit der ekom21 im letzten geprüften Jahresabschluss
aktueller Wert: 1,076 %

Gründungsjahr: 01.01.2008

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Verbandszweck. Durch den ganzheitlichen Einsatz von Informationstechnologien für öffentliche Verwaltungen, insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen sowie artverwandter Einrichtungen erfüllt die ekom21 einen öffentlichen Zweck. Die ekom21 versteht sich als Full-Service-Anbieter, deren Ziel es ist, die gesamte Palette der kommunalen Aufgaben mit entsprechender Software zu unterstützen.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Körperschaft ekom21 – KGRZ Hessen hat die Aufgabe Datenverarbeitungsverfahren, Datenverarbeitungsleistungen und Datenübertragungsnetze sowie IT-Dienstleistungen aller Art zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten, insbesondere entsprechend dem Bedarf der Mitglieder, die betriebliche Abwicklung der landeseinheitlichen und rechenzentrumsspezifischen Verfahren sicherzustellen, bei der Inbetriebnahme und der laufenden Anwendung von Verfahren und Programmen zu beraten und zu unterstützen, Programme und Verfahren zu entwickeln und zu pflegen, speziell landeseinheitliche und rechenzentrumsspezifische, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. Ferner gilt es, die Mitglieder bei Bedarf auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zu beraten und zu unterstützen sowie Schulungsmaßnahmen durchzuführen.

Bilanzsumme 2019: 109.249.918,13 €

Jahresergebnis 2019: 609.313,17 €

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:
Verbandsvorstand
Manfred Michel, Landrat a.D.

Verbandsversammlung
Ingried Friedrich
Christian Radkovsky (Vertreter)

Finanzausschuss der Verbandsversammlung
Ingried Friedrich

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:

Aus der Beteiligung selbst resultiert eine Verbandsumlage in Höhe von 15.055,00 €.

Darüber hinaus ist die Kreisverwaltung Limburg-Weilburg jedoch auch Kunde des Unternehmens.

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg

Unternehmensportrait

Adresse: Cahenslystraße 2, 65549 Limburg

Homepage: www.jobcenter-limburg-weilburg.de

Rechtsform: Gemeinsame Einrichtung gem. § 44 SGB II

Gründung: 01.01.2011

Kooperationsvereinbarung. 19.11.2010

Geschäftsführung: Dorothée Sachse

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:
Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

Trägerversammlung:

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender (ab 18.02.2019)
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter (bis 15.03.2019)	stellv. Vorsitzender (bis 25.04.2019)
Jörg Sauer, Erster Kreisbeigeordneter (ab 16.03.2019)	stellv. Vorsitzender (ab 16.03.2019)
Helmut Schäfer	
Dr. Frank Schmidt	
Albrecht Fritz	

Örtlicher Beirat nach § 18d SGB II
Michael Köberle, Landrat
Andreas Börner (stv. Mitglied)

Situationsbericht

Leistungen zum Lebensunterhalt (BA-Leistungen)
Die Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt liegt mit 25.482.000 € um 437.000 € unter dem Monitoringwert.

Integrationsquote
Mit 2.083 Integrationen in den Arbeitsmarkt bzw. Maßnahmen wurde das Ziel von 2.086 Integrationen nur knapp verfehlt. Insgesamt betrug die Integrationsquote 30,5%.

Langzeitleistungsbezieher
Die Anzahl der Langzeitleistungsbezieher liegt mit 4.275 um 50 unter dem angestrebten Zielwert.

Prozessqualität
Die Prozessqualität liegt mit einem Indexwert von 109,6% über dem Sollwert von 100%. Lediglich bei den Mindeststandards der Betreuung der U25jährigen bestehen Defizite. Dies ist jedoch hessenweit problematisch.

Finanzen und Maßnahmeeintritte
Die Ausgabequote im Eingliederungsbudget beträgt 83,2% vom verfügbaren SOLL. Der hessische Durchschnitt beträgt lediglich 73,5%.
Die Maßnahmeeintritte gesamt sind mit 26,1% über dem Plan (571 Eintritte im Plus).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Rahmen des SGB II sind folgende Kosten vom kommunalen Träger zu zahlen:

- Bedarfe für Unterkunft und Heizung, inklusive aller dazugehörigen Leistungen (§22 Abs. 1, 6 und 8 SGB II)
- Erstausstattungen für Wohnungen und Schwangerschaft sowie Gesundheitszubehör (§ 24 Abs. 3 SGB II)
- Zuschussleistungen für Auszubildende für Unterkunft und Heizung (§ 27 Abs. 3 SGB II)
- Bedarfe für Bildung und Teilhabe (§ 28 SGB II)

Die kommunalen Kosten 2019 gliedern sich wie folgt:

Zweckbestimmung	Betrag
Unterkunft/Heizung	24.083.580,34 €
Erstausstattung Wohnung/Schwangerschaft/Geburt	528.683,94 €
Zuschussleistungen Auszubildende	-589,10 €
Bedarfe Bildung und Teilhabe	391.050,16 €

Im Rahmen der Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II wurden davon 11.857.510,96 € dem Landkreis Limburg-Weilburg wieder erstattet.

Der kommunale Finanzierungsanteil an den Verwaltungskosten beläuft sich auf 15,2 %.

7 Mittelbare Beteiligungen

7.1 MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co.KG

Unternehmensportrait

Adresse: Vor Wetzelscheid 2, 56477 Rennerod

Rechtsform: GmbH & Co.KG

Stammkapital: 511.291,88 € entspricht 100 %

Persönlich haftende Gesellschafterin:
Beteiligungsgesellschaft MBS-Anlage Westerwald GmbH 100 %

Gründungsjahr: 1998

Gesell.-vertrag: März 2019

Geschäftsführung: Matthias Baldius

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb einer Abfallbehandlungsanlage zur mechanisch biologischen Stabilisierung (MBS) von Abfällen sowie die Entsorgung von Abfällen, vornehmlich solcher den Landkreisen Limburg-Weilburg und Westerwaldkreis überlassenen Abfällen. Die Gesellschaft ist berechtigt, unter Wahrung der Anforderungen des § 108 Absatz 1 Nr. 2 GWB weitere damit zusammenhängende und den Gesellschaftszweck fördernde Maßnahmen zu ergreifen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

keine

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.151,02	3.123,02
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.431.615,05	2.566.991,05
Technische Anlagen und Maschinen	91.339,08	113.240,57
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	237.916,85	324.758,34
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	21.901,17	
Vorräte	207.629,60	256.875,43
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	854.248,28	914.530,76
Kassenbestand	1.435.900,99	952.284,81
SUMME AKTIVA	**4.281.702,04**	**5.131.803,98**
Passiva	**2019 in €**	**2018in €**
Kommanditkapital	3.505.999,12	4.474.759,71
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-115.948,76	0,00
Rückstellungen	58.300,00	56.710,00
Verbindlichkeiten	833.351,68	600.334,27
SUMME PASSIVA	**4.281.702,04**	**5.131.803,98**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
Umsatzerlöse	10.331.237,92	10.562.672,99
Sonstige betriebliche Erträge	24.301,46	35.302,62
- Materialaufwand	1.371.307,89	1.265.178,30
- Personallaufwand	871.411,67	807.019,13
- Abschreibungen	1.278.722,00	1.296.883,72
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.899.877,77	901,05
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.494,82	318.437,13
Ergebnis nach Steuern	-104.274,77	-391.045,02
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	11.673,99	10.680,03
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-115.948,76**	**-401.725,05**

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft war in 2019 vorwiegend durch den Gesellschafterwechsel zum 01.01.2019 geprägt. Mit notariellem Kaufvertrag vom 06. März 2019 haben die bisherigen Gesellschafter, Umweltdienste Bohn GmbH, Alsfeld (26 %), TH Germany GmbH, München (48 %) und WEVG Westerwaldkreis-Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Montabaur (26 %), ihre Gesellschaftsanteile an den Landkreis Limburg-Weilburg (50 %) und den Westerwaldkreis-AbfallwirtschaftsBetrieb (WAB) als Sondervermögen des Westerwaldkreises (50 %) rückwirkend zum 01. Januar 2019 veräußert.

Der Geschäftsverlauf in der MBS-Anlage war im Geschäftsjahr 2019 gekennzeichnet durch eine leichte Verringerung des Inputs an Siedlungsabfällen. Entsprechend verminderte sich auch der Gesamt-Output.

Die Gesellschafter haben im abgelaufenen Jahr 81,7 % des Inputs angeliefert. Die sonstigen Anlieferungen betrugen 18,3 %.

In 2019 belief sich die Outputmenge auf 71.947,50 Mg (Vorjahr: 74.588,44 Mg).

Chancen

Bereits im Geschäftsjahr 2006 wurde mit der B + T Brennstoff GmbH, Alsfeld, ein Vertrag über die Lieferung von Trockenstabilat® geschlossen. Dieses wird vorwiegend in einem Sekundärbrennstoff-Kraftwerk zum Zwecke der Dampf- und Stromerzeugung in einer Papierfabrik im hessischen Witzenhausen thermisch verwertet.

Die Abnahme des Materials verlief im Berichtsjahr wie geplant.

Der hohe Wertschöpfungsanteil und der Einsatz des Trockenstabilates® als Ersatz für fossile Energieträger gewährleisten ein äußerst günstiges Kostenniveau für die praktizierte Restabfallbehandlung, die auch zukünftig die Entsorgungssicherheit garantiert und gleichzeitig allen gesetzlichen Anforderungen Rechnung trägt. Das Ziel einer kostengünstigen Abfallbehandlung mit optimierter Nutzung der im Restabfall enthaltenen Wertstoffe wird so erreicht.

Risiken

Es bestehen Chancen und Risiken bezüglich steigender oder sinkender Marktpreise für Metallschrott, die das Ergebnis nicht unerheblich beeinflussen können.

Ein gewisses Risiko stellen künftige gesetzliche Änderungen dar, die die Anforderungen und somit auch Aufwendungen für die MBS-Anlage erhöhen würden. Kurzfristig werden jedoch keine solchen Änderungen im Abfallbereich erwartet.

Aufgrund der permanenten vorbeugenden Maßnahmen betreffend die Reparaturen und Instandhaltungen ist die MBS-Anlage auf dem aktuellen technischen Stand.

Bezüglich der Entwicklung der Personalsituation werden möglichst viele Maßnahmen getroffen, die die Mitarbeiterbindung stärken. Dies gilt gleichlautend für die Möglichkeiten zur Weiterbildung.

Ab dem Jahr 2020 werden Erhöhungen der Aufwendungen für Strom erwartet, die das Ergebnis negativ beeinflussen werden.

IT-Risiken und Probleme durch Stromausfall werden als nicht wesentlich angesehen.

Das Brandschutzkonzept der MBS wird stetig weiterentwickelt. So ist z. B. für das Folgejahr geplant, derzeit in einer Testphase befindliche Thermalkameras anzuschaffen.

Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Durch die Abfallanlieferungen der beiden Gesellschafter, dem Landkreis Limburg-Weilburg und dem Westerwaldkreis-AbfallwirtschaftsBetrieb, und den Regelungen zu den zu zahlenden Entgelten sowie den Liefervertrag über Trockenstabilat® mit der B + T Brennstoff GmbH, Alsfeld, ist der Betrieb grundsätzlich gesichert.

Ansonsten sind die zukünftigen Ergebnisse insbesondere abhängig von der Preisentwicklung für die externe Entsorgung sowie die Unterhaltungskosten der Anlage.

Wir erwarten für das Wirtschaftsjahr 2020 leicht rückläufige Umsätze mit in gleichem Maß sinken den Aufwendungen, sodass sich ein kleiner Jahresüberschuss entwickeln wird.

In den voraussichtlich nächsten 5 Jahren sind Investitionen und Ersatzbeschaffungen in Höhe von T€ 7.760 geplant.

Abschließend muss darauf hingewiesen werden, dass die sich ergebenden Risiken aufgrund des Corona-Virus derzeit nicht absehbar sind.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Ankauf von 50% der Gesellschafteranteile an der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co.KG in Höhe von 2,75 Mio. € hat den Kreishaushalt direkt nicht belastet. Er wurde über den Vermögensplan des Sondervermögens Abfallwirtschaftsbetrieb abgewickelt.

7.2 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

Unternehmensportrait

Adresse: Im Schlenkert 14, 65549 Limburg

Homepage: www.gab-limburg.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg 100 %

Stammkapital: 25.564,59 Euro

Gründungsjahr: 9. Oktober 1998

Gesell.-vertrag: 9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens:
Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

keine

Unternehmensdaten

Bilanz Aktiva	2019 in €	2018 in €
Anlagevermögen		
Sachanlagen	0,51	0,51
Umlaufvermögen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.295,74	7.355,11
Sonstige Vermögensgegenstände	339,55	339,55
Kassenbestand	128.257,22	63.525,07
Summe Aktiva	**144.893,02**	**71.220,24**
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Gewinnvortrag	13.402,98	820,42
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	12.724,75	12.582,56
Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	6.800,00	5.700,00
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	2.927,40	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen	10.866,70	3.754,28
Sonstige Verbindlichkeiten	16.966,60	2.398,39
Rechnungsabgrenzungsposten	55.640,00	20.400,00
Summe Passiva	**144.893,02**	**71.220,24**

Gewinn und Verlustrechnung	2019	2018
1. Umsatzerlöse	557.865,64	407.758,74
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00
3. Gesamterträge	557.865,64	407.758,74
4. Personalaufwand	526.770,73	385.472,83
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	18.670,16	9.703,35
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Jahresergebnis	**12.724,75**	**12.582,56**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:

keine

7.3 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg

Homepage: www.profil-limburg.de

Stammkapital: 26.000 Euro entspricht 100 %

Anteil GAB: 6.500 Euro entspricht 25 %

Weitere Gesellschafter:

Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V.	25 %
Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.	25 %
Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg	25 %

Gründungsjahr: 25. Mai 1998

Gesell.-vertrag: 25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwer behinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

keine

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.239,84	22.432,35
Vorräte	22.151,00	14.400,00
Forderungen	24.519,26	18.118,34
Sonstige Vermögensgegenstände	42.767,68	51.992,28
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	38.331,50	33.103,66
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	338.689,81	314.648,61
Summe Aktiva	**486.699,09**	**454.695,24**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	400.648,61	354.413,73
Jahresfehlbetrag	24.041,20	46.234,88
nicht gedeckter Fehlbetrag	338.689,81	314.648,61
buchmäßiges Eigenkapital	0,0	0,0
Rückstellungen	14.318,00	29.365,00
Verbindlichkeiten	463.158,59	412.130,24
Rechnungsabgrenzungsposten	9.222,50	13.200,00
Summe Passiva	**486.699,09**	**454.695,24**

Gewinn und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
+ Umsatzerlöse	863.369,15	897.987,23
+ sonstige betriebliche Erträge	186,58	1.138,56
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	352.401,49	371.308,34
- Personalaufwand	331.893,01	377.177,65
- Abschreibungen	5.448,92	6.120,29
- sonstige betriebliche Aufwendungen	197.853,51	190.754,39
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-24.041,20**	**46.234,88**
Jahresfehlbetrag	**-24.041,20**	**46.234,88**

Lagebericht

zur Gesellschafterversammlung Profil GmbH am 25.06.2018

Bei Profil sind aktuell (01.07.2020) 14 Arbeitnehmer aus dem Kreis der Benachteiligten Personen beschäftigt (2019: 15), davon 6 Schwerbehinderte (Quote 2019/20: 34,75 % unverändert) und 2 Langzeitarbeitslose mit Förderung 16i durch das Jobcenter. Die Anerkennung als Inklusionsbetrieb nach §§ 132 Sozialgesetzbuch, SGB IX wurde zuletzt mit Bescheid vom 17.06.2020 durch den LWV Hessen erneuert. Die Fördermaßnahmen

für Minderleistungen sowie besonderen Aufwand wurden dementsprechend weiter bewilligt, inzwischen auch von individueller auf Pauschalförderung umgestellt.

Im Ausblick steigt die Schwerbehindertenquote wieder etwas an durch Veränderungen im Personalstamm. Die geforderte Mindest-Quote von 30 % wird sicher erreicht.

Die Eingangsmengen an E-Altgeräten sind insgesamt recht konstant (2017: 3.120 t. // 2018: 3034 t. // 2019: 3079 t.) Der Anteil der Mengen aus dem Gewerbe ist dabei weiter gestiegen (2017: 211 t. // 2018: 417 t. // 2019: 557 t.).

Die Verwertungserlöse für sortierte Fraktionen und Stoffe sind im Zuge der Verwerfungen durch die Corona-Pandemie unter Druck geraten. Durch eine schnelle Anpassung und Wechsel der Verwertungswege konnte jedoch ein Ausgleich geschaffen werden. Die Abhängigkeit der Erlösspannen von den Wertstoffpreisen wurde so weit wie möglich reduziert.

Im Oktober bzw. November 2018 wurden durch die Gesellschafter Judro und GAB Rangrücktrittserklärungen in Höhe von je. € 56.816 unterzeichnet. Der Gesellschafter BÖRDNER hat im Oktober 2018 eine Rangrücktrittserklärung in Höhe von € 76.294,14 unterzeichnet. Der Jahresabschluss 2019 weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Fehlbetrag von – 24.041,20 € aus.

Das operative Geschäft verläuft in 2020 (Januar-Juli) positiv. Für das Gesamtjahr 2020 wird dementsprechend mit einem Gewinn gerechnet. Preisanpassungen wurden selektiv für einzelne Materialströme und v.a. im Bereich der Annahme- und Handlingskosten umgesetzt.

Mit Datum vom 16.04.2020 erhielt Profil zudem einen Bescheid des Landes Hessen über die beantragte Soforthilfe in Höhe von 30.000 € (nicht rückzahlbarer Zuschuss).

Neben der ständigen aktiven Suche nach Vermarktungsmöglichkeiten für Wertstoffe, gab es weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit:

- Weitere Optimierung des Personalstamms
- Intensive Beschäftigung mit der möglichen Wertschöpfung im Inputmaterial
- Umgestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe in der Halle
- Aufbau einer Materialrutsche für den Sortierbereich Kleingeräte
- Überarbeitung der Einstellungen für Heizung und Lüftung in der Halle

Zur Absicherung der Tätigkeiten bei der Zerlegung von Flachbildschirmen wurde von REMONDIS Gießen ein Doppel-Arbeitsplatz mit Absaugung und Aktivkohlefilter übernommen.

Für den Verlauf des Jahres 2020 ist die Schaffung einer weiteren, durch das Jobcenter geförderten Arbeitsmöglichkeit geplant.

Die Optierung des AWB Limburg für die Elektroaltgeräte der Sammelgruppen 4 und 5 läuft aktuell bis 14.06.2022, der Entsorgungsvertrag mit dem AWB hat sich ebenfalls bis

zum 14.06.2022 verlängert. Für die Auftragsannahme und Beratung der Abholung gibt es aktuell einen Vertrag mit dem AWB mit Gültigkeit vom 01.07.2020 bis 30.06.2021.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

keine

7.4 Hallenbad Diez-Limburg GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Hallenbad 1, 65582 Diez

Homepage: www.oranienbad.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Stammkapital:	25.564,59 Euro	entspricht 100 %
Anteil Kreishallenbad Weilburg GmbH	6.391,14 Éuro	entspricht 25 %

Weitere Gesellschafter:

Stadt Diez	30 %
Stadt Limburg	20 %
Rhein-Lahn-Kreis	25 %

Gründungsjahr: 2. Juni 1966

Gesell.-vertrag: 2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

Gegenstand des Unternehmens:
Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Landrat Michael Köberle — Vorsitzender (ab 16.12.2019)
Helmut Jung (bis 16.03.2019)
Jörg Sauer (ab 16.03.2019)
Thorsten Roth
Elke Fehr
Karl-Heinz Stoll

Die aufgeführten Personen sind als Vertreter der Kreishallenbad Weilburg GmbH Mitglied der Gesellschafterversammlung.

Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt in 2019 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von 1.084,38 € (Vorjahr 1.012,77 €) keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2019 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftervertreter in Höhe von € 1.217,37 ausgezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Anlagevermögen	**3.028.251,74**	**3.169.892,20**
Vorräte	4.909,94	4.909,94
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	65.280,48	61.718,60
Guthaben bei Kreditinstituten	905.474,38	936.294,10
Rechnungsabgrenzungsposten	8.541,09	0,00
SUMME AKTIVA	**4.066.021,81**	**4.176.778,23**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	922.256,69	922.256,69
Jahresfehlbetrag	-998.663,79	903.055,03
Rückstellungen	34.850,00	31.430,27
Verbindlichkeiten	2.669.635,96	2.785.590,83
Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehl-betrag	1.361.453,66	1.314.908,69
Rechnungsabgrenzungsposten	82,19	82,19
SUMME PASSIVA	**4.066.021,81**	**4.176.778,23**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
+ Umsatzerlöse	465.596,42	443.590,16
+ Sonstige betriebliche Erträge	4.802,21	2.885,43
- Materialaufwand	466.945,07	398.987,55
- Personalaufwand	698.354,88	642.686,70
- Abschreibungen auf Sachanlagen	165.310,83	161.888,62
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	79.858,63	84.350,62
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58.593,01	61.617,13
Jahresfehlbetrag	**998.663,79**	**903.055,03**

Lagebericht

Darstellung der Ertragslage/ Vermögenslage und Finanzlage

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 schloss die Gesellschaft insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag von € 998.663,79 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag € 903.055,03) ab.
Die Bilanzsumme hat sich um T€ 161,6 gegenüber dem Vorjahr verringert. Das Eigenkapital zum Bilanzstichtag ist negativ. Die Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2019 mit T€ 51 bilanziell überschuldet. Der Fortbestand der Gesellschaft ist dadurch gesichert, da sich die Gesellschafter mit Vertrag vom 02.06.1966, zuletzt geändert am 15.12.1999, verpflichtet haben, entstandene Jahresverluste im Folgejahr auszugleichen.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 75,42 % (Vorjahr 75,89 %).

Die liquiden Mittel haben sich von T€ 936,3 um T€ 30,8 auf T€ 905,5 vermindert.

Die Verbindlichkeiten haben sich von T€ 4.100,5 um T€ 69,4 auf T€ 4.031,1 vermindert.

Bei der Bewertung der Rückstellungen (T€ 34,9; Vorjahr T€ 31,4) und deren Bemessung wurde allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

Darstellung der voraussichtlichen Lage

Das Bad ist das gesamte Jahr 2019 im Vollbetrieb gewesen, nachdem es im November 2017 nach einer Sanierung wieder in Betrieb gegangen ist.

Nunmehr ist das Augenmerk auf die Schwimmhalle zu richten. Hier sollen in den folgenden Jahren insbesondere energetische und notwendige Sanierungs- sowie Erhaltungs-

maßnahmen durchgeführt werden, möglichst ohne lange Schließungsphasen auszulösen.

Nachdem seit 2017 eine kontinuierliche Attraktivitätssteigerung des Bades durch ein stärkeres Kursangebot erfolgt ist, sollen diese Kurse weitergeführt und an manchen Stellen noch ausgebaut werden. Die Kurse werden von den eigenen Mitarbeitern angeboten, um somit die Einnahmen des Bades zu steigern.

Zur Betriebsoptimierung wurde die Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co. KG mit der Bestandsaufnahme der Betriebsstruktur und der Erstellung eines Organisations- und Betriebshandbuches beauftragt. Die Arbeiten haben begonnen und werden weiter schrittweise umgesetzt.

Zwischenzeitlich sind durch ein Fachbüro weitere bauliche Sanierungsschritte in verschiedenen Varianten aufgezeigt worden. Nach einem ersten Gespräch gibt es nun einen Folgeauftrag, einen umfassenden Neubau des gesamten Schwimmerbereichs mit zu planen. Ende des Jahres 2020 soll eine Grundsatzentscheidung durch die Gesellschafter erfolgen, in welchem Umfang die Schwimmhalle saniert werden soll.

Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2020

Entsprechend dem Erfolgsplan 2020 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 978 (Vorjahr TEUR 950) gerechnet. Eine verlässliche Prognose hinsichtlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Jahresergebnis ist derzeit nicht möglich.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Da die Gesellschaft unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt, ist sie nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Gleichwohl verfolgt sie eine Politik der höchstmöglichen Kostendeckung bzw. Verlustminimierung.

Sofern die Gesellschafter die Jahresfehlbeträge weiterhin gemäß Gesellschaftervertrag ausgleichen, ergeben sich keine wesentlichen künftigen Risiken.

Seit Mitte März ist das Bad aufgrund der rechtlichen Regelungen im Bundesland Rheinland-Pfalz geschlossen worden. Es wurde dann entschieden, dass die Revisionsarbeiten, die ursprünglich für die Sommerferien geplant waren, vorgezogen werden. Ab dem 1. Mai 2020 wurde für die Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet. Gleichzeitig wurden die notwendigen Revisions- und Reparaturarbeiten weitergeführt.

Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat die Wiedereröffnung von Bädern unter strengen Hygieneauflagen erlaubt. Die Geschäftsführung hat aber entschieden, das Hallenbad erst nach den Sommerferien wieder zu öffnen. Hintergrund ist, dass im Sommer (vor allem bei warmen Temperaturen) das Hallenbad nicht so stark nachgefragt wird.

Die Schließung bedeutet zwar, dass keine Einnahmen durch Eintrittsgelder zur Verfügung stehen. Da aber der Betrieb des Bades ein Zuschussgeschäft ist und die Kurzarbeiterregelung das Bad bei den Personalkosten entlastet, ist durch die Schließungsphase von keinem finanziellen Risiko auszugehen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Die Gesellschafter haben sich mit Vertrag vom 02.06.1966, zuletzt geändert am 15.12.1999, verpflichtet, entstandene Jahresverluste im Folgejahr auszugleichen.
Da die Kreishallenbad Weilburg GmbH aus eigenen Mitteln nicht in der Lage war, den entstandenen Jahresverlust zu 25% auszugleichen, wurde dahingehend der Kreishaushalt belastet.

In 2019 wurde ein Anteil zum Verlustausgleich i.H.v. 237.400,00 € gezahlt.

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 16.11.2005

Gesell.-vertrag: in der Fassung vom 9. Dezember 2011

Gegenstand des Unternehmens:
Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art außer in den Bereichen Medizin und Pflege, überwiegend für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden u. a. im Reinigungsdienst, beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Peter Schermuly	Geschäftsführer
Stefan Eckert	Pflegedienstdirektor

Aufsichtsrat:

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
Helmut Jung, 1. Kreisbeigeordneter (bis 15.03.2019)	stv. Vorsitzender
Jörg Sauer, 1. Kreisbeigeordneter (ab 16.03.2019)	stv. Vorsitzender
Dr. Ruth Kittler	
Dr. Hans-Christoph Noack	
Robert Becker	
Dr. Frank Schmidt	
Joachim Veyhelmann	
Günter Henche	Betriebsrat
Katja Dienst	Betriebsrat
Peter Hoffmann	Betriebsrat

Die Gesellschafterrechte der Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg, werden durch den Geschäftsführer wahrgenommen.

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz		
Aktiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Anlagevermögen: Sachanlagen	22.656,00	17.876,00
Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Gesellschafter	194.089,19	162.556,32
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.190,05	7.260,84
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	98.825,03	76.434,93
SUMME AKTIVA	**322.760,27**	**264.128,09**
Passiva	**2019 in €**	**2018 in €**
Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	69.382,78	52.045,50
III. Jahresüberschuss	10.549,87	17.337,28
Steuerrückstellungen	0,00	5.805,88
Sonstige Rückstellungen	55.719,50	25.414,28
Verbindlichkeiten	162.108,12	138.525,15
SUMME PASSIVA	**322.760,27**	**264.128,09**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €	2018 in €
1. Umsatzerlöse	2.311.434,20	2.016.402,36
2. Sonstige betriebliche Erträge	45.305,05	28.737,29
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65.526,11	55.411,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	46.622,50	45.495,98
	112.148,61	100.907,28
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.791.589,44	1.541.038,37
b) Soz. Abgaben &Aufwendungen f. Altersversorgung	357.427,96	303.763,19
	2.149.017,40	1.844.801,56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.612,93	3.348,93
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	77.090,44	71.631,61
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
8. Steuern von Einkommen und Ertrag	4.320,00	7.113,00
Jahresüberschuss	**10.549,87**	**17.337,28**

Umsatz und Auftragsentwicklung

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2019 beträgt 2.311,4 TEUR (Vorjahr 2.016,4 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2019 um 113,4 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2019 angesetzten Planung von 2.198,0 TEUR.
Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, in der Verwaltung, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst, in den Bereichen Archiv / Aufnahme und Ergotherapie in der Geriatrie sowie in den in 2016 neu hinzugekommenen Leistungen in den Bereichen Pflege, Funktions- und Med. technischer Dienst, Technik, Empfang, Hol- und Bringdienste und den Schreibdiensten der Ambulanzen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Investitionen in Höhe von 8,4 TEUR getätigt.

Personal und Sozialbereich

Es wurden im Geschäftsjahr 2019 durchschnittlich 66,8 Vollkräfte beschäftigt.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,5 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 32,5%.

Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber dem Gesellschafter (Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH) in Höhe von 194.089,19 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 7,2 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2019, sowie Forderungen Lohn und Gehalt.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter incl. Arbeitgeberanteil 116,5 TEUR aus dem Monat Dezember 2019, deren Zahlung im Januar 2020 erfolgte, aus laufenden Verbindlichkeiten gegenüber den Krankenkassen 1,9 TEUR, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 11,5 TEUR sowie Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 31,7 TEUR.

Eine ausreichende Liquidität war im Geschäftsjahr 2019 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Vergleich Prognose und tatsächliche Entwicklung

Das Ergebnis vor Ertragssteuern beträgt im Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 TEUR 7,0 tatsächlich wurde ein Ergebnis vor Ertragssteuern in Höhe von TEUR 14,9 erzielt. Die Personalkostenquote beträgt 92,97% sowie die Materialaufwandsquote 4,85% des Umsatzes.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Allerdings schafft der zunehmende Fachkräftemangel zusätzliche Herausforderungen. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg übernommen.

Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft. Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz sieht vor, das Pflegepersonal im Krankenhaus ab dem Jahr 2020 nicht mehr über die Fallpauschale, sondern über ein eigenes Pflegebudget auf Grundlage der tatsächlichen Kosten zu finanzieren. Berücksichtigt werden hier auch anteilig die pflegebudgetrelevanten Kosten von nicht im Krankenhaus, sondern im Verbundunternehmen (KSB) angestellten Mitarbeitern und Berufsgruppen. Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht.

Für 2020 wird von einem positiven Ergebnis wie in 2019 ausgegangen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:

keine

7.6 MVZ Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Am Steinbühl 4a, 35781 Weilburg

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH 100 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 2019

Gesell.-vertrag: 24. September 2019

Gegenstand des Unternehmens:
Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Wohlfahrtspflege durch optimale Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen, die in besonderem Maße den in § 53 Nr. 1 Abgabenordnung genannten Personen zu Gute kommt, unter Beachtung der für den Bereich ihrer Einrichtung ergangenen bzw. ergehenden Rechtsvorschriften und Vereinbarung mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Peter Schermuly	Geschäftsführer

Aufsichtsrat:

Michael Köberle, Landrat	Vorsitzender
Jörg Sauer, 1. Kreisbeigeordneter	stv. Vorsitzender
Dr. Ruth Kittler	
Dr. Hans-Christoph Noack	
Robert Becker	
Dr. Frank Schmidt	
Joachim Veyhelmann	
Günter Henche	Betriebsrat
Katja Dienst	Betriebsrat
Peter Hoffmann	Betriebsrat

Die Gesellschafterrechte der Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg, werden durch den Geschäftsführer wahrgenommen.

Bezüge
Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz	
Aktiva	**2019 in €**
Anlagevermögen	0,00
Umlaufvermögen	0,00
1. Vorräte	0,00
2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00
Guthaben bei Kreditinstituten	34.928,36
SUMME AKTIVA	**34.928,36**
Passiva	**2019 in €**
Eigenkapital	
1. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
2. Kapitalrücklagen	0,00
3. Gewinnrücklagen	0,00
4. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,00
5. Jahresergebnis	-8.270,43
Rückstellungen	0,00
Verbindlichkeiten	18.198,79
SUMME PASSIVA	**34.928,36**

Gewinn- und Verlustrechnung	2019 in €
1. Umsatzerlöse	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00
3. Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00
	0,00
4. Personalaufwand	
c) Löhne und Gehälter	0,00
d) Soz. Abgaben &Aufwendungen f. Altersversorgung	0,00
	0,00
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.270,43
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
8. Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00
Jahresüberschuss	**-8.270,43**

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
keine

7.7 clinicpartner eG

Unternehmensportrait

Adresse: Pommernstraße 19, 45889 Gelsenkirchen

Homepage: www.clinicpartner-eg.eu

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft

Träger:

Genossenschaft insgesamt	64 Mitglieder
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	1 Stimmrechtsanteil

Gründungsjahr: 1997

Gegenstand des Unternehmens:
Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten. Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung der Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Bilanzsumme 2018: 1.053.884,36 € **(Jahresabschluss 2019 noch nicht veröffentlicht)**

Jahresergebnis 2018: 14.860,71 € **(Jahresabschluss 2019 noch nicht veröffentlicht)**

Mitwirkung in den Organen des Unternehmens:
keine

Auswirkungen auf den Kreishaushalt:
keine

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse 2019

Bezeichnung	Beitrag 2019	Zuschuss/ Umlage 2019
VHS Limburg-Weilburg		301.433,04 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	95.418,00 €	
Kreismusikschule Limburg e.V.		40.500,00 €
Kreismusikschule Oberlahn e.V.		20.500,00 €
KGRZ Wiesbaden - Kommunales Gebietsrechen-zentrum		15.055,00 €
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus	58.366,42 €	
Außenstelle der Technischen Hochschule Mittel-hessen in Limburg		18.486,46 €
Weilburger Schlosskonzerte		10.000,00 €
Taunus Touristik Service e.V.		8.000,00 €
Westerwald Touristik Service e.V.		8.000,00 €
KAV - Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen	4.731,50 €	
KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwal-tungsmanagement	4.478,42 €	
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familien-recht e.V.	2.839,00 €	
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €	
Verein „Eine-Welt-Laden“ Limburg		1.500,00 €
Verein „Weltladen Regenbogen“ e.V. Weilburg		1.500,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €	
Deutscher Verein für öffentliche und private Für-sorge	739,48 €	
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €	
DJH Deutsche Jugendherberge Hauptverband e.V., Detmold	511,00 €	
Naturlandstiftung Hessen-Kreisverband Limburg-Weilburg e.V	511,00 €	
THW Limburg	460,16 €	
THW Weilburg	460,16 €	

Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	435,00 €	
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €	
vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €	
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €	
Streuobstroute Nassauer Land e.V.	250,00 €	
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	247,50 €	
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €	
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn	150,00 €	
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €	
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €	
Tierschutzverein Limburg	102,26 €	
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €	
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €	
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €	
Westerwaldverein Montabaur e.V.	60,00 €	
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €	
Deutsche Burgenvereinigung Braubach	52,00 €	
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €	
Deutscher Kinderschutzbund - Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €	
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €	
Institut der Rechnungsprüfer (IDR)	50,00 €	
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	50,00 €	
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €	
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €	
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €	
Weilburger Bürgergarde	30,68 €	

International Police Association	30,00 €	
Verein Freunde + Förderer Wildpark "Tiergarten Weilburg"	30,00 €	
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €	
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €	
Bildungsforum Mengerskirchen	24,00 €	
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €	
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €	
Summen	**183.278,34 €**	**416.974,50 €**
Gesamt	**600.252,84 €**	

Bei den nachstehend aufgeführten Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in verschiedenen Organen mit:

Dt. Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e. V.
Michael Köberle (Landrat) — Vorsitzender
Dr. Frank Schmidt — stellv. Vorsitzender
Lars Wittmaack — Geschäftsführer

Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) — Mitgliederversammlung

Förderverein Tiergarten Weilburg
Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) — Mitglied im Vorstand

Frauenkommission
Michael Köberle (Landrat) — Vorsitzender

Hessischer Landkreistag
Michael Köberle (Landrat) — Mitglied Bezirksversammlung Mitte, Sozialausschuss, Finanzausschuss, Rechts- und Europaausschuss

Jugendhilfeausschuss
Michael Köberle (Landrat) Vorsitzender

Jugendhilfe Limburg-Weilburg e. V.
Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie) Vereinsvorstand

Sozialstiftung für Kinder und Jugendliche des Landkreises Limburg-Weilburg
Michael Köberle (Landrat) Vorstandsvorsitzender
Jörg Sauer (Erster Kreisbeigeordneter) Stellvertreter
Markus Sabel (Kreisbeigeordneter) Beirat
Doris Reifenberg (Kreisbeigeordnete) Beirat
Thomas Werner (Kreisbeigeordneter) Beirat
Jürgen Dumeier (Kreisbeigeordneter) Beirat

Kommunaler Arbeitgeberverband
Michael Köberle (Landrat) Mitglied im Hauptausschuss

Krankenhaus St. Vincenz Hospital Stiftung
Michael Köberle (Landrat) Mitglied im Verwaltungsrat

Kreismusikschule Limburg e. V.
Thomas Werner Mitglied im Vorstand
Heinz Valentin/ Doris Reifenberg (Kreisbeigeordnete) Mitglieder im Kuratorium

Kreismusikschule Oberlahn e. V.
Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter) Mitglied im Vorstand

Kreissportkommission
Michael Köberle (Landrat) Vorsitzender

Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e. V.
Silvia Scheu-Menzer stellv. Vorsitzende
Dr. Frank Schmidt Beisitzer
Heinz Valentin Beisitzer
Joachim Veyhelmann Beisitzer
Landrat Michael Köberle ist gemäß Satzung Mitglied des Vorstandes

Lahntal Tourismus Verband
Michael Köberle (Landrat) Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg Diez e. V.
Michael Köberle (Landrat) Mitglied im Vorstand qua Amt

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied im Vorstand qua Amt

Lebenshilfe Limburg gGmbH

Michael Köberle (Landrat)	Mitglied im Vorstand qua Amt
Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied im Vorstand qua Amt

Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitgliederversammlung (als Vertreterin des Landkreises)

Lebenshilfe Wohnen gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Mitglied in Gesellschafterversammlung (als Vertreterin des Landkreises)

Präventionskommission Limburg-Weilburg

Michael Köberle (Landrat)	Vorsitzender
Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)	Schriftführer

Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e. V.

Silvia Scheu-Menzer	stellv. Vorsitzende

Regionalversammlung Mittelhessen e. V.

Dr. Frank Schmidt (Kreistagsabgeordneter)	Haupt- und Planungsausschuss
Thomas Scholz (Kreistagsabgeordneter)	Haupt- und Planungsausschuss
Thomas Scholz (Kreistagsabgeordneter)	Ausschuss für Energie, Umwelt, Ländlichen Raum und Infrastruktur

Verein Komitee für Nothilfe

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)	Vorstandsmitglied qua Amt

Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.

Michael Köberle (Landrat)	Vorsitzender
Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie	Mitgliederversammlung

9 Bürgschaften/ Darlehen

Bürgschaften des Landkreises Limburg-Weilburg für die in diesem Bericht abgebildeten Unternehmen (Stand 31.12.2019)

Bezeichnung	Ursprungsbetrag in Euro	Stand zum 31.12.2019
Bürgschaft f.d. Kreishallenbad Weilburg GmbH (Ablösung Sacheinlage MKW-Aktien)	3.414.454,73	1.509.038,68
Bürgschaft f.d. Kreishallenbad Weilburg GmbH (Finanzierung Kaufpreis)	909.000,00	422.752,48
Bürgschaft f.d. Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	6.000.000,00	2.268.950,00
Bürgschaft f.d. ZVN GmbH (Stille Einlage Naspa)	7.000.000,00	7.000.000,00
Ausfallbürgschaft f.d. Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	4.000.000,00	4.000.000,00
Summe	**21.323.454,73**	**15.200.741,16**

Darlehen des Landkreises Limburg-Weilburg für die in diesem Bericht abgebildeten Unternehmen (Stand 31.12.2019)

Bezeichnung	Ursprungsbetrag in Euro	Stand zum 31.12.2019
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (Ankauf Ohl-Heat-Halle))	3.000.000,00	2.900.000,00
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (Anbau Jobcenter)	2.300.000,00	2.300.000,00
Summe	**5.300.000,00**	**5.200.000,00**

Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg
Schiede 43
65549 Limburg
Telefon 06431/296-0
06431/296-246

Ansprechpartner: Landrat Michael Köberle
Amt für Finanzen und Organisation
Fachbereich Kämmerei
Fachdienst Haushalt und Finanzierung
Sachgebiet Haushalt und Controlling

Redaktion: Amt für Finanzen und Organisation
Fachdienst Haushalt und Finanzierung
Sachgebiet Haushalt und Controlling
Beteiligungsmanagement

Druck: Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei

Stand: 31.12.2019